

Hintergrund

Biografie Armin Laschet

Armin Laschet heißt der 11. Ministerpräsident des Landes NRW. Er ist der große Gewinner der Landtagswahl 2017.

Er verdankt seine Karriere Nehmer- und Steherqualitäten. Und einer breiten persönlichen Basis: Jurist, Journalist, Wissenschaftlicher Berater der Bundestags-Präsidentin, Verlagsleiter und Geschäftsführer.

Geboren 1961 in Aachen, wird er schon 1979 Mitglied der CDU. 1989 zieht er für diese als damals jüngster Ratscherr in den Aachener Stadtrat ein - um fortan dort für 15 Jahre Kommunalpolitik zu machen.

Ab Laschet will höher hinaus: Weitere Polit-Sporen verdient er sich 1994, als er mit einem Direktmandat in den Bundestag einzieht; und 1999 geht es für sechs Jahre nach Brüssel ins Europaparlament.

2005 holt ihn dann Ministerpräsident Rüttgers nach Düsseldorf: Er wird Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes - und damit erster Landesminister für Integration in Deutschland überhaupt.

Als die Partei unter Spitzenkandidat Rüttgers die Landtagswahl 2010 verliert, will er als Fraktionsvorsitzender die Oppositionsarbeit leiten. Gewählt wird aber Franz-Josef Laumann.

Die Niederlage der CDU bei der Landtagswahl 2012 wird für Laschet zum Wendepunkt: In der Folge wird er Vorsitzender des Landesverbandes, und Ende 2013 dann doch Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Landtag.

Der größte Triumph folgt nach der gewonnenen Landtagswahl 2017: Armin Laschet wird zum Ministerpräsidenten gewählt, mit allen 100 Stimmen der Regierungskoalition von CDU und FDP.

Dirk Bitzer

Thema:

Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



Hintergrund

Biografie Franz Meyers

Franz Meyers, CDU, (*1908, + 27.1.2002)

Im Wahlkampf 1958 ist er eigentlich nur die zweite Garnitur hinter Karl Arnold. Der aber stirbt auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes. Meyers gelingt es nicht nur, die parteiinternen Machtkämpfe um die Rolle des Spitzenkandidaten für sich zu entscheiden, er führt die CDU auch erstmals zur absoluten Mehrheit im Lande.

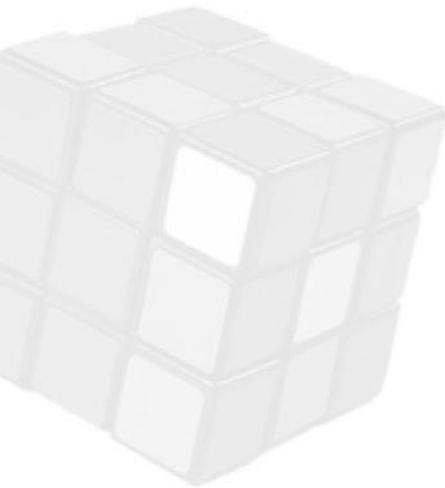
Als "starker Mann" erweist er sich schon vorher, als Bürgermeister von Mönchengladbach und seit 1952 als Innenminister unter Arnold: Er lichtet den Paragraphenschungel im Verwaltungsrecht, entzieht den Kommunen die Polizeihochheit und unterstellt sie dem Land.

Als Ministerpräsident wird die Montankrise zu seiner Bewährungsprobe. Meyers besteht: "Strukturwandel" ist die Zauberformel. Meyers gründet Universitäten, siedelt mit den Opel-Werken in Bochum auch die verarbeitende Industrie in NRW an. Er bereist das Land, investiert in den Ausbau von Krankenhäusern und Schulen.

Das beschenkte Volk ist dankbar, kürt Meyers zum ersten "offiziellen" Landesvater: Meyers integriert, schafft ein "Wir"-Gefühl in NRW. Den Titel nimmt er gern an: Meyers gilt als Prototyp des lebenslustigen Rheinländers, seine Politik ist unverkrampft. Er engagiert sich für die Aufhebung des KPD-Verbotes, sucht die direkte Auseinandersetzung mit politischen Gegnern.

1966 verlässt die FDP nur wenige Monate nach der Wahl die gemeinsame Koalition mit der CDU, Meyers stürzt. Kleine Parteien zählen fortan nicht zu seinen Lieblingen: In seinen Memoiren fordert er 1982 ein Zwei-Parteien-System.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Wirtschaft und Strukturwandel

Ort:
Mönchengladbach



Hintergrund

Biografie Fritz Steinhoff

Fritz Steinhoff, SPD (1897-1969)

Der erste SPD-Ministerpräsident: Ein glücklicher Abstauber. In NRW regiert seit 1954 eine CDU-FDP-Koalition unter Karl Arnold. In Bonn intrigiert 1956 Adenauer gegen die FDP, die bekommt Wind davon, reagiert verschnupft: Sie zieht in NRW ihre Minister aus dem Kabinett Arnold zurück.

Der Rückschlag der Bundespolitik auf Landesebene führt zum Partnertausch! Die SPD bittet die FDP zur Regierung, beide wählen im Landtag Ministerpräsident Arnold durch ein konstruktives Misstrauensvotum ab. Voilà: Fritz Steinhoff, bisher Fraktionschef der SPD, ist neuer Ministerpräsident!

Landespolitik kennt Steinhoff schon seit der Gründung von NRW, Politik von der Pike auf: Als Kind einer Bergarbeiter-Familie schuftet auch er unter Tage, durch politische Schulung gelingt ihm der Aufstieg zum Parteisekretär.

Nur kurzfristig beendet die Machtübernahme der Nazis sein politisches Engagement. Steinhoff überlebt mehrere KZ-Aufenthalte, nimmt nach dem Krieg seine politische Arbeit sofort wieder auf: Er wird Oberbürgermeister von Hagen und 1949 Landesminister für Wiederaufbau im 1. Kabinett Arnold.

Trotz aller Erfahrung kann er sich in seinem eigenen Kabinett nicht durchsetzen: Die FDP sichert sich alle wirtschaftlich wichtigen Ressorts. Der Preis der Macht...

Steinhoff hat nur wenig Gestaltungsspielraum für den Wiederaufbau des Landes, seine Regierung ist nur eine kurze Episode. Noch ist die SPD nicht reif für die Regierung in NRW.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Düsseldorf

Ort:
Ständehausstraße 1
40217 Düsseldorf



Hintergrund

Biografie Hannelore Kraft

Den Höhepunkt ihrer politischen Karriere erreicht sie im Jahr 2010: Der Landtag von NRW wählt die SPD-Politikerin Hannelore Kraft zur ersten Ministerpräsidentin des Landes.

Geboren wird Hannelore Kraft im Juni 1961 in Mülheim an der Ruhr. Ihr Vater ist gelernter Schuhmacher, der aber als Straßenbahnfahrer arbeitet, ihre Mutter ist Schaffnerin.

Nach einer Ausbildung zur Bankkauffrau studiert sie Wirtschaftswissenschaften, arbeitet dann unter anderem als Unternehmensberaterin sowie als Leiterin eines EU-Netzwerks zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Diese Erfahrung kommt später auch ihrer politischen Karriere zugute, die bereits 1994 mit dem Eintritt in die SPD beginnt. 1995 wird sie in den Vorstand der SPD Mülheim gewählt, fünf Jahre später zieht sie als Abgeordnete in den Landtag in Düsseldorf ein.

Und schon 2001 ist sie Ministerin: Zunächst für Bundes- und Europaangelegenheiten, ab Ende 2002 dann für Wissenschaft und Forschung.

Als die SPD die Landtagswahl 2005 verliert, kandidiert sie erfolgreich für den Fraktionsvorsitz und ist damit Oppositionsführerin. Nach ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden 2007 wird sie zwei Jahre später dann auch noch stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD.

So politisch gestärkt und mit ihrer beruflichen Erfahrung aus der Wirtschaftsförderung zieht sie als Spitzenkandidatin in den Landtagswahlkampf 2010. Die Wahl führt zu keinem eindeutigen Ergebnis, nach schwierigen Verhandlungen kommt es zur Bildung einer Minderheitsregierung. An deren Spitze: Hannelore Kraft, am 14. Juli 2010 zur neuen Ministerpräsidentin gewählt.

Als es 2012 zu vorgezogenen Neuwahlen kommt, bekommt die Ministerpräsidentin dann doch noch die ersehnte Mehrheit. Nach diesem Sieg zeigt Kraft ihre gesamte politische Bandbreite mit Themen wie der Entwicklung einer neuen Gesellschaft bis hin zur Digitalisierung.

Letztere prägt auch ihren Wahlkampf 2017, in dem sie in einem Videoblog für ihre Themen wirbt. Darunter seit längerem die Bildungspolitik: Kein Kind zurücklassen, größtmögliche Chancengleichheit. Vielleicht auch aufgrund ihrer Herkunft und eigenen Erfahrungen.

Am Ende kann Hannelore Kraft diesmal jedoch nicht punkten: Sie verliert die Landtagswahl 2017, bleibt aber als Abgeordnete für ihren Wahlkreis Mülheim I im Parlament.

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



Dirk Bitzer



Hintergrund

Biografie Heinz Kühn

Heinz Kühn, SPD (*1912, +1992)

Der Pate der sozial-liberalen Koalitionen auf Bundesebene: "Im übrigen nehme ich Bezug auf die Politik meines Vorgängers ...", dieser Satz habe noch in der Regierungserklärung von Heinz Kühn gefehlt, meinen Kritiker, als er 1966 Ministerpräsident einer sozial-liberalen Koalition wird. Eigentlich will er gar nicht, zumindest nicht mit der FDP. Doch er muss, auf Druck aus Bonn.

Loyalität gegenüber seiner Partei lernt der Sohn eines Tischlers früh: Erste Führungspositionen in der Sozialistischen Arbeiterjugend, weitere folgen während seines Volks- und Staatswissenschafts-Studiums in der Sozialistischen Studentenschaft und dem Reichsbanner. 1933 die NS-Machtübernahme, das Aus: Kühn flieht nach Prag, dann nach Belgien, setzt seine politische Arbeit während der deutschen Beatzung illegal fort.

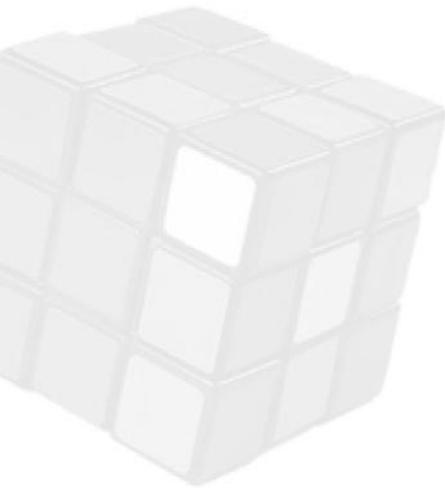
Nach dem Krieg zieht er 1948 in den Landtag ein, wird 1949 "Nachfolger" von Karl Marx: Er übernimmt zusätzlich die Chefredaktion der "Rheinischen Zeitung" die Marx einst innehatte.

Nebenbei setzt er seine Parteikarriere fort: Der Bundestagsabgeordneter Kühn gilt bei den Kumpeln als einer der Hauptverantwortlichen für die beginnende Kohlekrise.

Als Ministerpräsident erobert er ihr Vertrauen zurück. Kühn packt die Probleme an, über ideologische Grenzen hinweg: Das Entwicklungsprogramm Ruhr und das erste NRW-Programm flankieren den Strukturwandel in NRW, ergänzt von einer Bildungs- und Gebietsreform.

Der Aufschwung gelingt, doch für Kühn ist 1978 Schluss: Die Regierung erleidet beim Volksbegehren um die Koop-Schulen eine Niederlage, außerdem ist Kühn angeblich in die Personalaffäre um den Chef der Westdeutschen Landesbank verwickelt. Der Ministerpräsident tritt zurück.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Düsseldorf



Hintergrund

Biografie Johannes Rau

Johannes Rau (*1931, +2006)

Noch ein Landesvater! DER Landesvater. "Versöhnen statt spalten" ist sein Motto, er ist die Integrationsfigur im Lande. Dreimal holt er die absolute Mehrheit für die SPD, gibt nach fast zwanzig Regierungsjahren als einziger Ministerpräsident sein Amt freiwillig ab.

Seine politische Karriere beginnt der Sohn eines Evangelisten und Predigers in Gustav Heinemanns GVP: Wiederbewaffnung? Nein, danke. 1957 wechselt er in die SPD, zieht ein Jahr darauf auch gleich in den Landtag ein, übernimmt später den Fraktionsvorsitz.

Als Wissenschaftsminister unter Heinz Kühn regt er eine Reihe von Hochschulgründungen an.

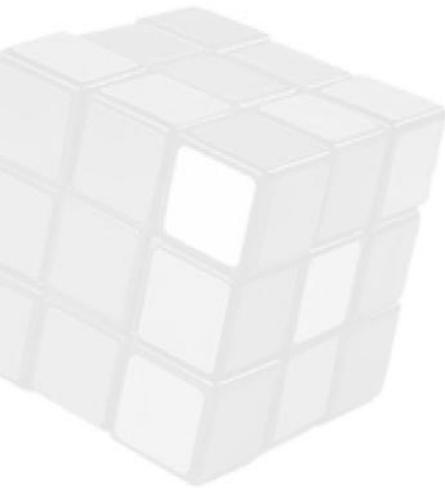
Nachdem er sich im Kampf um Kühns Nachfolge als Ministerpräsident durchsetzt, folgt die Ära der absoluten Mehrheiten in den achtziger Jahren. Mit Mäusewahlkämpfen: "Spitzschnäuzig und mit großen Ohren" nimmt er die Sorgen der Menschen im Land an.

Probleme wie Stahl- und Kohlekrise, Schuldenberg und Umweltzerstörung können seinen Ruf nicht beschädigen, auch persönlicher Ehrgeiz nicht: Rau kandidiert für das Amt des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten und scheitert je einmal. Doch im Land nehmen ihn die Menschen stets wieder an: Vati kehrt heim.

1995 ist es soweit: Der Landesvater verliert die absolute Mehrheit und kann die Regierung nur durch eine Koalition mit den GRÜNEN bilden. Rau tut sich schwer, gibt schließlich 1998 sein Amt an Wolfgang Clement ab. Und erhält bald ein neues: 1999 wird er doch noch Bundespräsident, und bleibt es bis 2004.

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt muss er sich zwei Operationen unterziehen, von denen er sich nicht mehr richtig erholen kann. Er stirbt am 27. Januar 2006.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Düsseldorf



Hintergrund

Biografie Jürgen Rüttgers

Jürgen Rüttgers, *1951 in Köln.

In der Endphase der CDU-geführten Bundesregierung von Helmut Kohl gilt er als einer der "Köpfe" im Kabinett: Jürgen Rüttgers, seit 1994 Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, kurz: "Zukunftsminister"

Von seinem Ressort erhoffte die CDU sich entscheidende Impulse, um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen. Doch schon 1998 muss Rüttgers seine Mission wieder aufgeben, zumindest auf Bundesebene: Die CDU verliert die Bundestagswahl und Rüttgers sein Ministeramt.

Dass seine Partei dennoch einen Mann der Zukunft in ihm sieht, zeigt sich schon bald: 1999 wählt die CDU in NRW ihn zu ihrem Landesvorsitzenden, bei den Landtagswahlen ein Jahr darauf zieht Rüttgers als Spitzenkandidat der CDU über die Parteiliste in den Landtag von NRW ein. Hier liegen auch die Wurzeln seiner politischen Laufbahn: Vom einfachen Ratsmitglied der Stadt Pulheim bei Bonn schafft er bis zum Vorsitzenden der CDU im Rhein-Erft-Kreis.

Im Landtagswahlkampf 2000 greift der ehemalige "Zukunftsminister" auch die Wirtschaftspolitik der neuen rot-grünen Bundesregierung auf, die mit der sogenannten "Green-Card" erleichterte Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen für ausländische Computerexperten schaffen wollen. "Statt Inder an die Computer, müssen unsere Kinder an die Computer", fordert Rüttgers. Und gerät ungewollt in eine Kampagne: "Kinder statt Inder an die Computer" lautet nun die griffige Schlagzeile. Die "Republikaner" versuchen sich gar als Trittbrettfahrer, verkürzen fremdenfeindlich auf "Kinder statt Inder". Was Rüttgers aber nie gesagt hat.

Auch aufgrund dieser Kampagne gelingt es Rüttgers und der CDU bei der Landtagswahl 2000 nicht, die rot-grüne Landesregierung von NRW zu stürzen. Er zieht als Oppositionsführer in den Landtag ein, gewinnt in seinem alten Fachgebiet Profil: In der Gentechnik-Debatte unterstützt Rüttgers, Vater von drei Söhnen, die Einführung der Präimplantationsdiagnostik, lehnt aber das Klonen von Menschen ab.

Schon bei seiner Arbeit in der Enquête-Kommission "Technikfolgenabschätzung und -bewertung", der er bis 1987 vorstand, waren Rüttgers auch christliche Motive wichtig.

Dass die CDU in NRW sich nicht zu Unrecht gerade von dem ehemaligen Zukunftsminister eine bessere Zukunft versprochen hat, zeigt sich bei der Landtagswahl 2005: Unter ihrem Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers löst die CDU, gemeinsam mit der FDP, die rot-grüne Landesregierung ab.

Rüttgers wird zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, seit 1966 ist das keinem Spitzenkandidaten der CDU gelungen! Und nicht nur der CDU im Land, auch der Bundes-

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Wirtschaft und Strukturwandel

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



CDU verhilft Rüttgers mit seinem Wahlsieg zu rosigen Zukunftsaussichten: Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht nach der Abwahl von rot-grün in NRW auch keine ausreichende Mehrheit mehr für seine rot-grüne Koalition in Berlin. Die Folge: Im Herbst 2005 entscheiden vorgezogene Neuwahlen über die Bundespolitik. Auch diesen Stein hat Jürgen Rüttgers ins Rollen gebracht.

Dirk Bitzer



Hintergrund

Biografie Karl Arnold

Karl Arnold, CDU, (*1901, +1958)

Der "soziale Stachel" der CDU, der erste frei gewählter Ministerpräsident von NRW. Kein Westfale, kein Lipper, kein Rheinländer: Ein Schwabe hält das junge Kunstgebilde NRW zusammen.

CDU-Mitglied Arnold ist gelernter Ledermacher und Kaufmann, Christ und Sozialist. Er gehört zu den Gründern der CDU im Rheinland, ist überzeugt, dass "nur das Christentum einer aus der Fugen geratenen Gesellschaft wieder Substanz und Halt" geben kann.

Arnold kennt aber auch keine Berührungsängste mit den Interessen der Arbeiter, vertritt sie auch gegen erbitterten Widerstand der Bundes-CDU. Die SPD schwärmt von ihm, und auch er schätzt die Genossen...

Sozialistische Forderungen wie die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, für Adenauer Teufelswerk, sind für ihn christliche Pflicht. Bundespolitisch verliert er diesen Richtungsstreit, in NRW ist er jedoch Trumpf: Dreimal zieht die Landes-CDU mit Arnold als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampf, dreimal gewinnt sie.

Arnold ist bescheiden, seine Regierung residiert in einem Mietsgebäude von Mannesmann. Enger als gewollt findet er deshalb Anschluss an den "Kleinen Mann auf der Straße": Der Konzern kündigt der Regierung, wegen "Eigenbedarf". Die Regierung sitzt auf der Straße! Ein neues Heim findet sie in der Elisabethstraße 5.

1958 tritt Arnold ein letztes Mal für die CDU als Spitzenkandidat an und wird zum tragischen Held der Partei: Sie gewinnt, doch Ministerpräsident wird nicht Arnold...

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Elisabethstraße 5
40217 Düsseldorf



Hintergrund

Biografie Peer Steinbrück

Peer Steinbrück, geb. 10. Januar 1947, widmet seine berufliche Laufbahn ganz der Politik.

Steinbrück studiert Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften in Kiel. Ab 1974 arbeitet er in verschiedenen Funktionen für die Bundesregierung, ist etwa Referent im Bundesforschungsministerium und im Bundeskanzleramt.

1985 wechselt er in die Düsseldorfer Landesregierung, wo er unter anderem Büroleiter des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau ist.

1990 geht Steinbrück nach Schleswig-Holstein. Er wird zunächst Staatssekretär, später Minister für Wirtschaft und Verkehr.

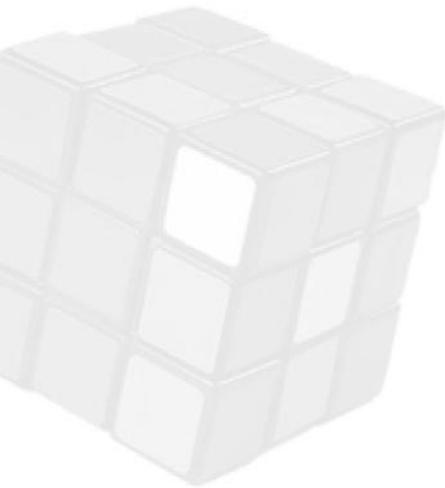
1998 kehrt er nach Nordrhein-Westfalen zurück, wird dort zunächst Wirtschaftsminister, Anfang 2000 dann Finanzminister.

Ende 2002 wechselt der amtierende Ministerpräsident Clement nach Berlin, um Wirtschafts- und Arbeitsminister in der Bundesregierung zu werden. Am 6. November 2002 wird Steinbrück zum Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen gewählt.

Er bleibt es, bis 2005 die rot-grüne Regierung abgelöst wird und Jürgen Rüttgers das Amt unter schwarz-gelber Regierung übernimmt.

Steinbrück ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

Philipp Sanke



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Hintergrund

Biografie Rudolf Amelunxen

Rudolf Amelunxen, (*1888, +1969), parteilos.

Sein Amt bekleidet er nicht einmal ein Jahr, der erste Ministerpräsident von NRW. Nicht gewählt, sondern eingesetzt von den Briten in einer Zeit, in der niemandem klar ist, ob das neue, künstliche Landesgebilde aus Westfalen, Rheinland und dem ehemaligen Fürstentum Lippe jemals zu einer Einheit zusammenwachsen wird.

Es gilt, zwischen den Parteien zu vermitteln, und Amelunxen scheint die ideale Wahl. Parteilos, als ehemaliger Oberpräsident der Provinz Westfalen ein erfahrener Verwaltungsmann, ist der linke Katholik auch kein religiöser Eiferer, hat eigentlich nur ein Manko, und selbst das ist landestypisch. Als Westfale steht er den Plänen skeptisch gegenüber: Ein gemeinsames Land, ausgerechnet mit den Rheinländern? Na ja! Doch seine Loyalität als Regierungsbeamter überwiegt.

Nach seiner Abwahl ist er 1949 Kandidat des Zentrums für das Amt des Bundespräsidenten, aber er scheitert. NRW bleibt er als Landespolitiker erhalten, wird Sozial- bzw. Justizminister in den Kabinetten seiner Nachfolger Karl Arnold und Fritz Steinhoff.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Düsseldorf

Dirk Bitzer



Hintergrund

Biografie Wolfgang Clement

Wolfgang Clement (*1940)

Der "Prinz Charles von NRW": Etliche Jahre wird Wolfgang Clement als Nachfolger von Johannes Rau gehandelt, doch erst 1998 übernimmt er den Chefposten im Land.

Als Ministerpräsident tritt er auf wie zuvor als Chef der Staatskanzlei und Wirtschaftsminister: Modernisierer, Macher, Manager. Mit guten Kontakten zur Wirtschaft, die er nicht verbirgt. Der neue Typ "Sozialdemokrat".

Clement geht offen auf die Betriebe zu, nutzt seine Kontakte, um mehr Lehrstellen und Arbeitsplätze in NRW zu schaffen. Ziel: Das Dienstleistungsland NRW.

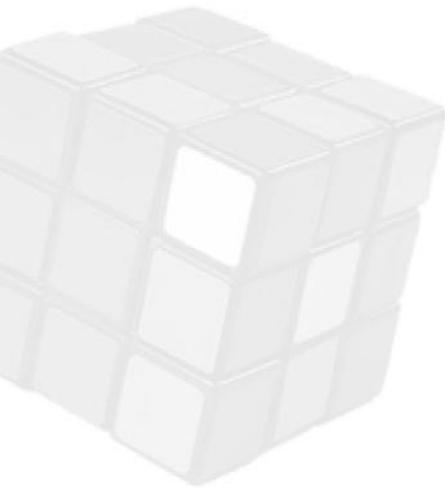
Besonders auffällig engagiert sich der ehemalige Zeitungs-Chefredakteur im Mediensektor: Fernsehsender, Produktionstechnik - zukunftsfähige Branchen sollen ins Land.

Die Kehrseite: Ein Untersuchungsausschuss im Landtag. Hat das Land NRW den Aufbau des Oberhausener Trickfilm-Centers HDO ungerechtfertigt mit hohen Zuschüssen unterstützt? Clement bestreitet das.

Und macht Spagat: Zwischen traditioneller Wirtschaftsskepsis in einer Arbeiterpartei und den Modernisierungsanforderungen im Land. Bei der Landtagswahl 2000 kämpfte er erstmals um eine eigene Mehrheit für seine Politik.

Nachdem er sie erfolgreich errungen hat, wechselt er jedoch im Oktober 2002 überraschend nach Berlin - als neuer "Superminister" für Arbeit und Wirtschaft. Sein Nachfolger wird Peer Steinbrück.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel
Medien

Ort:
Düsseldorf



Hintergrund

Der Landeshaushalt

Ausreichende finanzielle Mittel sind die Voraussetzung für staatliches Handeln.

Der Landeshaushaltsplan gibt eine systematische Übersicht über alle in einem Jahr anstehenden Ausgaben des Landes und die zu ihrer Deckung erwarteten Einnahmen aus Steuern, Abgaben und Krediten.

Um übersichtlich zu bleiben, gliedert der Haushalt sich in Einzelpläne, zum Beispiel in die Haushalte der Ministerien oder den des Landtags.

Der Haushalt gilt als "politisches Programm in Zahlen". Wer die nüchternen Zahlenkolonnen zu lesen versteht, erkennt darin die politischen Programme und ihre aktuellen Schwerpunkte wieder, etwa die Erhöhung von Bildungsausgaben.

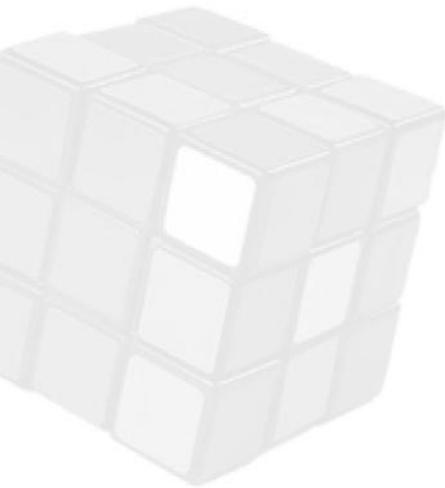
Die Feststellung des Finanzbedarfs und die Aufstellung eines Haushaltsentwurfs sind Aufgabe der Regierung, beschlossen wird der Haushalt vom Landtag. Das "Budget-Recht", die Entscheidung über den Staatshaushalt, ist eines der ältesten und wichtigsten Rechte des Parlaments.

Nur das Parlament darf Steuergesetze zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben erlassen und über die Verwendung der Einnahmen entscheiden. Die Haushaltsdebatten im Landtag gehören deshalb traditionell zu den zentralen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition.

In Nordrhein-Westfalen wird der Landeshaushalt in Form eines Haushaltsgesetzes beschlossen. Dafür sind drei Lesungen vorgeschrieben. Das Gesetzgebungsverfahren findet in der Regel im Herbst statt. Verabschiedet werden soll der Haushalt jeweils vor Beginn des betreffenden Haushaltsjahres, also spätestens im Dezember.

Seit der Gründung des Landes hat das Haushaltsvolumen insgesamt stetig zugenommen. 1970 lag es noch bei 18,5 Mrd. DM (= 9,25 Mrd. Euro), stieg bis 1999 auf 91,2 Mrd. DM (= 45,6 Mrd. Euro) und liegt 2016 bei rund 70 Mrd. Euro. Davon entfallen - ebenfalls Stand 2016 - etwa 28 Mrd. Euro auf Personalkosten und Zinszahlungen für aufgenommene Kredite.

Das NRW-Finanzministerium veröffentlicht auf einer eigenen Haushalts-Website umfangreiche Informationen zu aktuellen und vergangenen Landeshaushalten.



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Jägerhofstraße 6
40479 Düsseldorf



Hintergrund

Die Mehrheit macht's

Ministerpräsidenten und Mehrheiten ...

Der Landtag wählt aus seiner Mitte den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin des Landes; er oder sie beruft dann Männer und Frauen als Minister bzw. Ministerin. Sie führen in eigener Verantwortung ein bestimmtes Fachressort, also etwa Justiz, Wirtschaft oder Verkehr. Alle zusammen bilden die Landesregierung.

Weil der Ministerpräsident/die Ministerpräsidentin für die Wahl zumindest eine einfache Mehrheit braucht, ist wichtig, über wieviel Sitze seine/ihre Partei im Landtag verfügt.

Wenn diese Partei nicht über die Mehrheit verfügt, muss sie mit anderen Parteien eine Koalition eingehen. In der Geschichte Nordrhein-Westfalens sind Koalitionsregierungen die Regel.

Einmal - von 2010 bis 2012 - kam es trotz Koalition zu einer "echten" Minderheitsregierung - zählt man die sechswöchige Übergangszeit der Regierung Arnold 1950 mit einem in dieser Zeit bestehenden Minderheitskabinetts nicht als solche.

Viermal kam ein Ministerpräsident ohne Koalitionspartner aus: einmal Franz Meyers (CDU), und dreimal Johannes Rau (SPD). Johannes Rau hat das Land fast zwanzig Jahre lang regiert - vier Jahre länger als Helmut Kohl (CDU) Bundeskanzler war.

Ministerpräsidenten und ihre Regierungskoalitionen:

1946 - 1947

Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (parteilos)
Regierungskoalition: SPD, Zentrum, KPD und FDP
Opposition: CDU

[Diese erste Regierung ist nicht gewählt, sondern von der britischen Besatzungsmacht eingesetzt. Mehr dazu hier.]

1947 - 1950

Ministerpräsident Karl Arnold (CDU)
Regierungskoalition: CDU, SPD und Zentrum
Opposition: FDP und KPD (ab 1948)

1950 - 1954

Ministerpräsident Karl Arnold (CDU)
Regierungskoalition: CDU und Zentrum
Opposition: SPD, FDP, KPD

1954 - 1956

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Düsseldorf

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Ministerpräsident Karl Arnold (CDU)
Regierungskoalition: CDU, FDP und Zentrum
Opposition: SPD

1956 - 1958
Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD)
Regierungskoalition: SPD, FDP und Zentrum
Opposition: CDU

1958 - 1962
Ministerpräsident Franz Meyers (CDU)
Die CDU regiert allein.
Opposition: SPD und FDP

1962 - 1966
Ministerpräsident Franz Meyers (CDU)
Regierungskoalition: CDU und FDP
Opposition: SPD

1966 - 1978
Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD)
Regierungskoalition: SPD und FDP
Opposition: CDU

1978 - 1980
Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)
Regierungskoalition: SPD und FDP
Opposition: CDU

1980 - 1985
Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)
Die SPD regiert allein
In der Opposition: CDU

1985 - 1990: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)
Die SPD regiert allein
In der Opposition: CDU, FDP

1990 - 1995: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)
Die SPD regiert allein.
Opposition: CDU, FDP, Grüne

1995 - 1998: Ministerpräsident Johannes Rau (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU

1998 - 2000
Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU



2000 - 2002

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU, FDP

2002 - 2005

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU, FDP

2005-2010

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)
Regierungskoalition: CDU und FDP
Opposition: SPD, Grüne

2010-2012

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU, FDP, Die Linke

2012-2017

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)
Regierungskoalition: SPD und Grüne
Opposition: CDU, FDP, Piraten

Seit 2017

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)
Regierungskoalition: CDU und FDP
Opposition: SPD, AfD, Grüne



Hintergrund

Drei Damen, zwölf Herren

Der Landtag wird von einem gewählten Präsidium geführt. An seiner Spitze steht der Landtagspräsident oder die Landtagspräsidentin. Er oder sie vertritt den Landtag nach außen, lädt zu den Sitzungen ein und leitet sie.

Bisher haben in Nordrhein-Westfalen zwölf Männer und drei Frauen dieses Amt ausgeübt. Landtagspräsident oder Landtagspräsidentin waren bisher:

Ernst GROSS (SPD)
02.10.1946 - 19.12.1946

Dr. Dr. h.c. Robert LEHR (CDU)
19.12.1946 - 19.04.1947

Josef GOCKELN (CDU)
19.05.1947 - 06.12.1958

Wilhelm JOHNNEN (CDU)
13.01.1959 - 18.04.1966

Josef HERMANN DUFHUES (CDU)
19.04.1966 - 25.07.1966

John van NES ZIEGLER (SPD)
25.07.1966 - 25.07.1970

Dr. Wilhelm LENZ (CDU)
27.07.1970 - 28.05.1980

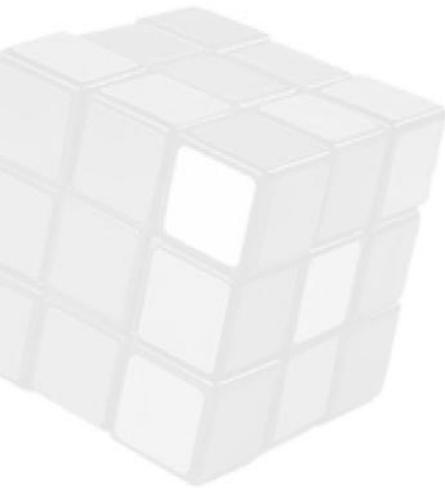
John van NES ZIEGLER (SPD)
29.05.1980 - 29.05.1985

Karl Josef DENZER (SPD)
30.05.1985 - 30.05.1990

Ingeborg FRIEBE (SPD)
31.05.1990 - 31.05.1995

Ulrich SCHMIDT (SPD)
01.06.1995 - 08.06.2005

Regina van DINTHER (CDU)
08.06.2005 - 09.06.2010



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Edgar Moron (SPD, kommissarisch)
10.06.2010 - 13.07.2010

Eckhard Uhlenberg (CDU)
13.07.2010 - 31.05.2012

Carina Gödecke (SPD)
01.06.2012 - 31.05.2017

André Kuper (CDU)
Seit 01.06.2017



Hintergrund

Kriegsgefangen, Politik-Gefangen

Während die letzten Kriegsgefangenen freikommen, fesselt die Bundesrepublik sich außenpolitisch selbst.

Flüchtlinge: Noch zehn Jahre nach Kriegsende kommen 10.000 neue in die Bundesrepublik. Kriegsgefangene, die die UdSSR nach einem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Adenauer freilässt.

Der Preis ist unter anderem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau. Dort gibt es bereits eine Botschaft der DDR. Doch die Bundesrepublik hält deren Regierung nicht für demokratisch legitimiert, pocht international darum auf den Alleinvertretungsanspruch aller Deutschen durch die Bundesregierung - Kern der nach dem Staatssekretär Prof. Walter Hallstein benannten "Hallstein-Doktrin".

Die Eröffnung einer weiteren Botschaft in Moskau könnte weltweit als Anerkennung der deutschen Teilung bewertet werden, doch neben den Flüchtlingen ist Adenauer auch ein guter Kontakt zur vierten Besatzungsmacht wichtig.

Darüber hinaus formuliert die Hallstein-Doktrin nach der Moskau-Reise den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und weiteren Staaten, die solche Beziehungen ebenfalls zur DDR unterhielten. Die Umsetzung der Hallstein-Doktrin erweist sich jedoch als Selbstfesselung der Bundesrepublik in der Außenpolitik.

Bereits in den sechziger Jahren wird sie stillschweigend umgangen, bevor sie mit der faktischen Anerkennung der DDR durch die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt überflüssig wird.

Dirk Bitzer

Thema:
Nachkriegsgeschichte
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Leninskij Prospekt 95a
119313 Moskau



Hintergrund

Landesgründung

Vor 60 Jahren fing alles an

Am 23. August 1946 verfügt die britische Militärregierung in ihrer Besatzungszone mit der Verordnung 46 die Bildung selbstständiger Länder. Sie treten an die Stelle der früheren preußischen Provinzen.

Die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen beginnt: Seine Hauptstadt wird Düsseldorf.

Am 2. Oktober konstituiert sich erstmals der Landtag. Die Abgeordneten sind nicht gewählt, sondern von den Briten ernannt. Bei der Zusammensetzung orientiert sich die Besatzungsmacht an den Ergebnissen der letzten demokratischen Wahlen vor der Machtergreifung der Nazis.

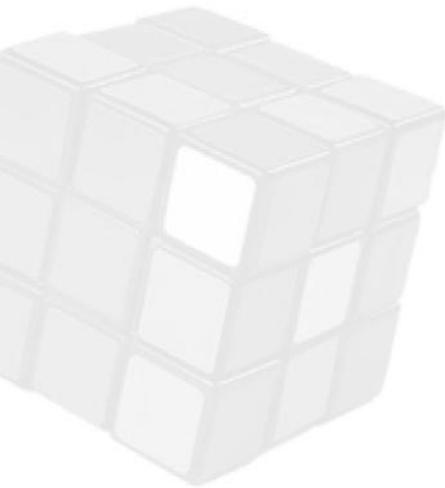
Knapp sechs Wochen später werden die Mehrheitsverhältnisse nach dem Ergebnis der ersten Kommunalwahlen korrigiert. Die CDU ist jetzt mit 92 Sitzen die stärkste Partei, es folgen SPD (66), KPD (19), Zentrum (12), FDP (9) und zwei Unabhängige.

Erster Ministerpräsident wird Rudolf Amelunxen. Er führt das Land bis zur ersten "richtigen" Landtagswahl am 20. April 1947.

Nach zwölf Jahren Nazi-Herrschaft liegt das Land in Trümmern. Die Menschen hungern, die Städte sind zerbombt, die Wohnungen Ruinen, Straßen und Eisenbahnlinien schwer beschädigt, die Versorgung mit Energie und Wasser funktioniert kaum. Der Wiederaufbau und die Etablierung eines demokratischen Gemeinwesens sind die herausragenden Aufgaben der Nachkriegszeit.

Eine Landesverfassung wird erst 1950 verabschiedet. Sie betont soziale Grundrechte und sieht Volksentscheide und Volksbegehren vor - anders als das Grundgesetz, das die repräsentativen Elemente der Demokratie hervorhebt.

Die NRW-Verfassung wird durch einen solchen Volksentscheid bestätigt: 62 Prozent der Wähler stimmen am 18. Juni 1950 mit "Ja".



Thema:
Nachkriegsgeschichte
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Düsseldorf



1946 | Politik

Operation Marriage

Das Codewort: Operation Marriage.

Die Akteure: Briten, Rheinländer und Westfalen. Die Aktion: Top Secret!

Der Start: 6.6.1946

Das Ergebnis: Die Gründung des Landes NRW

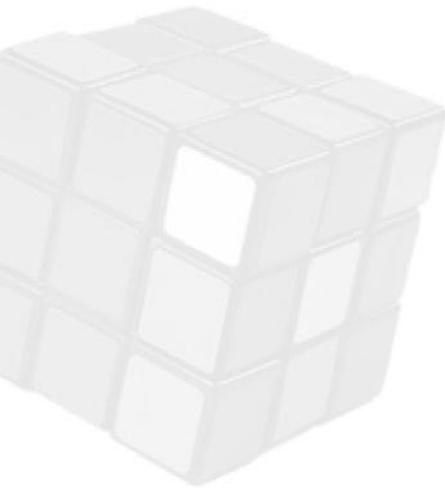
Die britischen Besatzer themselves setzen den ersten Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen ein. Auch sein Kabinett, das er am 29.8.1946 präsentiert, haben sie zusammengestellt.

Keine leichte Aufgabe für die fremden Machthaber: Alle politischen, religiösen und regionalen Interessen müssen unter einen Hut.

Außerdem hat die Bevölkerung große Erwartungen: Industrie und Infrastruktur in Deutschland sind nach dem Krieg weitgehend zerstört und müssen neu aufgebaut werden. Die Lebensmittel- und Güterversorgung ist mangelhaft.

Und gerade der erste Nachkriegswinter ist klirrend kalt, Heizstoffe sind Mangelware. In NRW fringst man Kohlen.

Dirk Bitzer



Thema:
Nachkriegsgeschichte
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1947 | Politik

Die erste Landtagswahl

Karl Arnold leitet ein "buntes" Kabinett, die Minister kommen aus allen im Landtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der FDP.

Karl Arnold ist Anhänger eines christlich fundierten Sozialismus. Im Ahlener Programm der CDU finden sich zwar solche Zielvorstellungen, aber andere CDU-Politiker haben andere Vorstellungen. Der konservative Parteifreund Konrad Adenauer bekämpft Arnolds Schmusekurs mit der SPD jedenfalls heftigst. Die Richtungsdebatte findet auch in der Presse ihren Widerhall: Angeblich sei Arnold regelmäßiger Besucher einschlägiger Etablissements. Bis heute finden sich in politischen Lexika Hinweise auf diese Schmutzkampagne!

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte

Dirk Bitzer

Ort:
Heinrich-Heine-Allee 16a
40213 Düsseldorf



1948 | Politik

"Von der frommen Helene zur Giftspritze" ...

... hat sie sich gewandelt - behaupten männliche Kritiker, als Helene Wessel die Gleichberechtigung von Frau und Mann im Grundgesetz durchsetzen hilft.

Die gebürtige Dortmunderin wird 1948 vom Land Nordrhein-Westfalen für den Parlamentarischen Rat nominiert und ist damit eine der vier "Mütter" der deutschen Verfassung.

Helene Wessel, geb. 1898, war für das Zentrum schon in der Weimarer Republik im Parlament, gehört zu den Neugründern der Partei nach 1945 und wird 1949 sogar Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag - ein Novum in der deutschen Parteiengeschichte. Vorher war sie bereits Abgeordnete des ersten gewählten Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Als kritische Katholikin steht sie in Opposition zu Adenauer und kämpft für das Recht auf Volksentscheid und die Wiedervereinigung. Deutschland soll dann ein neutraler Staat werden.

Zusammen mit Gustav Heinemann wird sie zu einer der zentralen Figuren im Widerstand gegen die Wiederbewaffnung. Mit Heinemann gründet sie 1951 die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas".

Helene Wessel stirbt 1969.

Anke Wolf-Graaf

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte



1950 | Politik

Demokratie üben

Wir üben Demokratie: 1950 wird wieder gewählt in NRW. Zwei wichtige Themen in Wahlkampf und Politik: Konfessionsschulen und Montan-Mitbestimmung. Die CDU gewinnt, braucht aber nach wie vor Koalitionspartner.

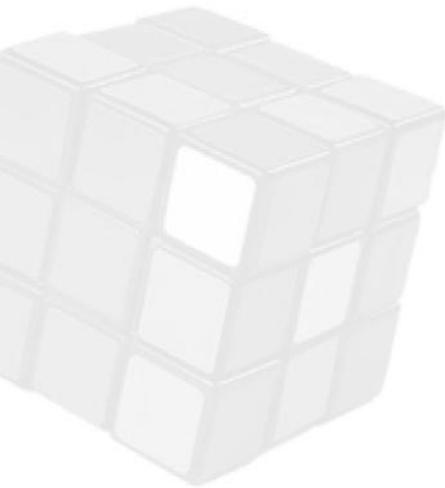
Neben neun CDU-Ministern sitzen im Kabinett jetzt zwei Kollegen vom ZENTRUM. Die SPD macht Opposition. "Karl Siemsen - für die christliche Gemeinschaftsschule", ist ihr Motto.

Das entspricht auch Ministerpräsident Arnolds Politik, der aber auf bundespolitischen Druck Konfessionsschulen einrichtet. Arnolds Position wäre mit der SPD als Regierungspartner gefestigt, doch seit 1949 ist Konrad Adenauer Bundeskanzler und hat damit politisch einiges an Gewicht zugelegt. Dass Arnold Ministerpräsident wird, kann er nicht verhindern - hätte er aber gern! -, doch die SPD erneut im Kabinett? Nein, da setzt sich der Alte durch.

Arnold schießt zurück: Gegen Adenauer kämpft Arnold mit den Gewerkschaften für die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Montan-Industrie. Sein Ziel: NRW soll das "soziale Gewissen der Bundesrepublik" werden.

Aufbruchstimmung auch bei der FDP, die trotz des verlorenen Krieges schon wieder die Nation feiert: "Glaube an Deutschland - Arbeite für Deutschland - Wähle für Deutschland - FDP". Stimmen kann sie damit holen, aber als Koalitionspartner bietet sie sich mit diesen Werten nicht an.

Dirk Bitzer



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1950 | Politik

Staatsziel Kultur

Artikel 18 Abs. I der neuen Landesverfassung stellt fest: "Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu fördern."

Am 6. Juni 1950 beschließt der Landtag die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen. Im Art. 18 bekennt sich das Land ausdrücklich zur Förderung von Kultur und Kunst und erklärt damit Kultur zum Staatsziel.

Ähnliche Bestimmungen finden sich in den Verfassungen anderer Bundesländer: Bayern bezeichnet sich explizit als "Kulturstaat", in anderen Ländern wird die Verpflichtung betont, für die kulturelle Teilhabe der Bevölkerung zu sorgen oder einzelne Bereiche wie Denkmalschutz oder Kultureinrichtungen wie Museen, Theater und Bibliotheken werden hervorgehoben. Lediglich in der hessischen, der baden-württembergischen und der Hamburger Verfassung sind keine derartigen Verpflichtungen enthalten.

Das 1949 verabschiedete Grundgesetz regelt in Art. 5 Abs. III die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre. Damit ist auch die Bundesrepublik insgesamt "Kulturstaat" und der Förderung von Kunst und Kultur verpflichtet, wie das Bundesverfassungsgericht 1974 erstmals entscheidet.

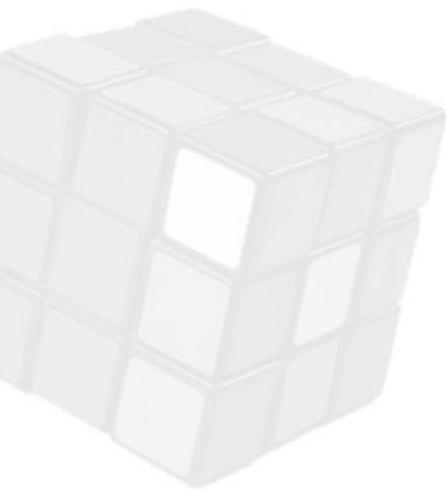
Der Aufnahme eines besonderen „Kulturförder-Artikels“ ins Grundgesetz nutzt deshalb nichts, schadet allerdings auch nicht. Der Anspruch auf Förderung eines bestimmten Kulturprojektes ist daraus nicht abzuleiten.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Ständehausstraße 1
40217 Düsseldorf





1950 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahl 18.6.1950

Wahlbeteiligung: 72,3%

CDU: 36,9%

SPD: 32,3%

FDP: 12,1%

ZENTRUM: 7,5%

KPD: 5,5%

[Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1950-2005, aufbereitet von der Landeswahlleiterin NRW]

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1951 | Wirtschaft

Ein Gesetz zur Mitbestimmung

Die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie wird am 10.4.1951 per Gesetz beschlossen: Fortan bestimmt die Belegschaft gleichberechtigt mit den Aktionären im Aufsichtsrat mit. So eingebunden lässt sich der Betriebsfrieden zwischen Arbeitern und Bossen leichter halten!

Per Urabstimmung der Betroffenen angenommen: Im Aufsichtsrat der Bergbauunternehmen kontrollieren künftig genau so viele Arbeitnehmervertreter wie Vertreter der Aktionäre den Vorstand. Paritätische Mitbestimmung, die es sonst nur noch in der Stahlindustrie gibt. Die Unternehmer stimmen nur zähneknirschend zu, brauchen aber die Unterstützung der Gewerkschaften gegen die Alliierten, die die verschachtelten Besitzverhältnisse im Bergbau entflechten wollen.

In der Kohlekrise entdecken sie die Vorteile der Mitbestimmung: Die Belegschaft ist gleichberechtigt in die Entscheidungen eingebunden, Konflikte so besser zu steuern.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1952 | Politik

Die Allzuständigkeit des Gemeinderates ...

... ist nach Ansicht der britischen Militärregierung ein guter Rat für die neue deutsche Gemeindeordnung.

In der "Revidierten Deutschen Gemeindeordnung" wird 1946 dieser Grundsatz erstmals festgeschrieben, am 29. Juli 1952 bestätigt der Landtag dieses Prinzip in einer neuen Gemeindeordnung.

Kritiker sprechen von einer "Allzuständigkeit des Rates": Er entscheidet, was in einer Gemeinde geschehen soll. Der Bürgermeister verliert damit seine Stellung als "Erster Bürger der Gemeinde": Bei Stimmengleichheit gibt künftig nicht mehr seine Stimme den Ausschlag, er darf auch nur noch Einspruch gegen Ratsbeschlüsse erheben, wenn das Wohl der Gemeinde offensichtlich gefährdet ist.

Auch der "Erste Beamte", der Stadtdirektor, wird in seiner Stellung beeinträchtigt: Der Rat entscheidet künftig auch, wie die Verwaltung die Ratsbeschlüsse durchzuführen hat.

Die Presse wertet die Stärkung des Rates, der vom Bürger gewählten Volksvertreter, als Erfolg der Demokratisierung nach dem Krieg.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1953 | Bildung

Das "Friedensklärchen"...

... wird 1953 rausgeschmissen - sie verliert ihren Lehrstuhl für Geschichte in Bonn

Die gläubige Katholikin Klara Marie Faßbinder, geb. 1890, verliert 1953 aufgrund von Spitzelberichten und Denunziationen ihren Lehrstuhl für Geschichte an der Pädagogischen Akademie in Bonn.

Auch als sich die Vorwürfe als haltlos erweisen, bleibt sie trotzdem bis zu ihrer Pensionierung zwangsweise beurlaubt.

Der Grund: als Aktivistin der 1951 gegründeten Frauenfriedensbewegung (WFFB) setzt die Pazifistin auf den Dialog zwischen "Christen und Marxisten" und besucht den Papst ebenso wie die Führung der Sowjetunion. Damit macht sie sich in den fünfziger Jahren zwangsläufig einer pro-kommunistischen Haltung verdächtig und gerät ins Visier des Verfassungsschutzes.

Klara Marie-Faßbinder stirbt 1974 in Berkum bei Bonn.

Anke Wolf-Graaf

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Bonn



1953 | Politik

Herrsche und teile!

Herrsche und teile: Verabschiedung der Ordnung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe am 12.5.1953.

Die Landesteile sollen ihre regionale Eigentümlichkeit behalten und selber verwalten: Krankenhäuser, Straßen, Kulturpflege, Kommunalwirtschaft sind ihre Aufgaben, aber weiter unter dem Dach des Landes.

NRW-typisch: Als einziges Bundesland hat NRW Landschaftsverbände - kommunale Gremien, bestehend aus Landschaftsversammlung, -ausschuss und dem Direktor. Gewählt werden sie aus den Kreistagen und den Räten der kreisfreien Städte. Die Stärkung der Regionen soll so einem Düsseldorfer Zentralismus vorbeugen. Das Hauptaugenmerk liegt auf der "Sozialen Sicherung".

Im Zuge der Verwaltungsreform 1999 sollen die Landschaftsverbände, der Kommunalverband Ruhrgebiet und fünf Regierungsbezirke aufgelöst werden. Fünf neue Behörden sollen sie ersetzen: Statt Eigenverantwortlichkeit der "Landesstämme" ist jetzt Bürgernähe das Schlagwort.

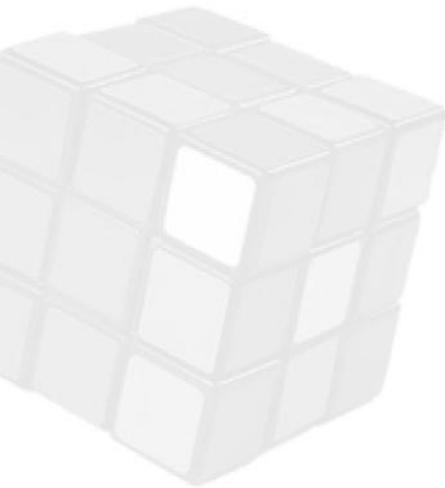
Die Verbände protestieren, noch ist nichts entschieden: Vermutlich werden die Landschaftsverbände bestehen bleiben, allerdings unter dem Namen "Kommunalverband". Paradox: Der einzige bisher existierende Kommunalverband Ruhrgebiet wird aufgelöst und auf die beiden "neuen" Verbände aufgeteilt. Die haben vermutlich die gleichen Kompetenzen wie die Landschaftsverbände, müssen nur bei der Straßenbau-Planung und kleineren Sozialbereichen abspecken.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1953 | Politik



Rose, Ross und Rhein

Als am 10.3.1953 das Gesetz über Landesfarben, -wappen und -flagge verabschiedet wird, ist offensichtlich: Heraldik ist eine Kunst.

Das westfälische Ross und der Rhein sind deutlich erkennbar, die lippische Rose ist dagegen als Mauerblümchen am Fuß des Wappens angeordnet: Kaum sichtbar! Dabei ist ausgerechnet der unauffälligste Teil des NRW-Wappens der älteste: Die lippische Rose führen Edelfrauen und Grafen seit dem 12. Jahrhundert im Siegel.

Das springende Pferd der Westfalen existiert dagegen erst seit dem 15. Jahrhundert, wird als Symbol für das Herzogtum Westfalen später fester Bestandteil des kurkölnischen Wappens.

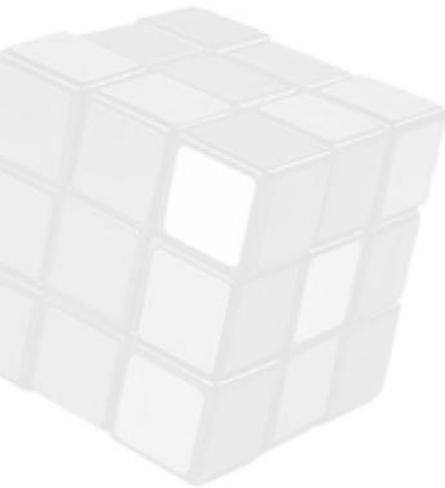
Die preußische Provinz "Großherzogtum Niederrhein" erhielt erst 1817 den Rhein als Wappen, der heute als Symbol für das gesamte Rheinland im NRW-Wappen steht.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1954 | Politik



Parteienkarussell

"Die CDU regiert, und jetzt?", fragt die SPD im Wahlkampf. Jetzt bleibt es erst mal dabei, trotz düsterer Vorzeichen der Kohlekrise. Allerdings in einer neuen Koalition: Das ZENTRUM hat sich im Wahlkampf gegen die Vormachtstellung der CDU in Bund und Land - "Einparteienherrschaft? Nein!" - gewehrt und ist bei der Wahl durchgefallen.

Ein neuer Koalitionspartner für die CDU muss her: Jetzt darf die FDP auch mal vorne auf der Regierungsbank sitzen. Grundsätzlich fühlen sich die FDP-Vertreter dort recht wohl, nur mit dem Nachbarn klappt es nicht so richtig. Nicht mit dem in Düsseldorf, und auch nicht mit dem in Bonn: Dort will Adenauer eine Wahlrechtsänderung zu Lasten der kleinen Parteien durchsetzen. Aus Protest tritt die FDP am 20.2.1956 aus der NRW-Regierung aus. Die Regierung von Karl Arnold stürzt.

Neuer Ministerpräsident wird Fritz Steinhoff aus der SPD, die FDP bleibt Juniorpartner in der neuen SPD-FDP-Koalition.

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer

Ort:
Elisabethstraße 5
40217 Düsseldorf



1956 | Politik

Endgültig

Blink bleibt deutscher Boden! Losheimergraben fällt an Belgien. Nach langem Kampf schreiben die Bundesrepublik und Belgien am 24.9.1956 die Grenzen endgültig fest.

Belgien hatte sich bereits unmittelbar nach dem Krieg seine Ansprüche auf deutsche Grenzgebiete in NRW von den Alliierten bestätigen lassen, aber auf einen Teil davon nie ernsthaft Anspruch erhoben.

Für die 56 Bewohner der Ortschaft "Losheimergraben" ist es nun aber endgültig: Ihr Dorf fällt an Belgien.

Doch auch die Bundesrepublik wächst. Insgesamt 648 Personen aus anderen Grenzgebieten kommen zurück, für einen stolzen Preis: 15 Millionen belgische Franken sind sie der Bundesregierung wert.

Thema:

Landschaften und räumliche Strukturen

Politik in NRW: Akteure und Ebenen Dirk Bitzer

Ort:

Losheimergraben



1957 | Wirtschaft

Hustende Heizer ...

... haben auf der Bahn bald ausgedient: Im abgasbelasteten Ruhrgebiet leistet der ET 30, der erste elektrische angetriebene Zug im Pott, einen kleinen Beitrag zur Luftverbesserung.

Ein neuer Schritt in der Verkehrspolitik: Kein Rauch dampft mehr aus den Schornsteinen! Und die Zeitersparnis durch die E-Züge, die seit dem 2. Juni 1957 zwischen Hamm und Düsseldorf verkehren, ist beachtlich!

Drei Jahre Bauzeit und über 90 Millionen Mark Zuschuss vom Land NRW braucht es, bis das Projekt in Fahrt kommt. Wenige Jahre später wird die Strecke Duisburg-Dortmund über Oberhausen und Gelsenkirchen in Betrieb genommen.

Die Bahnen sind im dicht besiedelten Ruhrgebiet die stressfreie Alternative zum Auto; auch heute noch leisten S-Bahnen, ihre Nachfolger, einen erheblichen Beitrag zur Entlastung der Straßen vor dem Verkehrsinfarkt.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel



1958 | Politik

Schicksalswahl

"In Stadt und Land weiter mit Steinhoff", wünscht sich die SPD. Für die CDU ist der Name "Karl Arnold" Programm. Er ist ihr Zugpferd, die Wähler wissen, welche Politik mit seiner Person verbunden ist.

Sieben Tage vor der Wahl heißt der Slogan plötzlich: "In seinem Sinne arbeiten wir weiter". Denn Karl Arnold ist unerwartet gestorben und erlebt den Triumph seiner Partei nicht mehr. Sie siegt, mit absoluter Mehrheit, und stellt damit allein die neue Regierung. Franz Meyers wird neuer Ministerpräsident.

Für die SPD eine Krise: Nur zwei Jahre dauerte die sozial-liberale Koalition.

Auch der Juniorpartner FDP hat kein Glück, obwohl die Partei im Wahlkampf ein Zukunftsthema besetzt, nur: das weiß noch keiner! "Arbeitsfrieden an Rhein und Ruhr" ist ihr Slogan: Über 9,38 Millionen Tonnen Kohle und Koks liegen zu diesem Zeitpunkt "auf Halde", die Bergleute streiken.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Mannesmannufer 2
42103 Düsseldorf



1959 | Gesellschaft

Caritas unterstützt Italiener

Der Deutsche Caritasverband übernimmt die Betreuung italienischer Arbeiter in Ostwestfalen.

Mit einer Stelle in Bochum wird der traditionsreiche Sozialdienst für italienische Migranten erweitert. Ein italienischer Sozialbetreuer übernimmt den ausgedehnten Bezirk, der sich weit über das östliche Ruhrgebiet hinaus bis in den Paderborner Raum erstreckt.

Um die weit verstreuten italienischen Landarbeiter zu erreichen, organisiert er zentrale Freizeitveranstaltungen. Bei italienischer Musik und italienischem Essen informiert er über arbeitsrechtliche Fragen, Krankenkasse, Rente und Kindergeld.

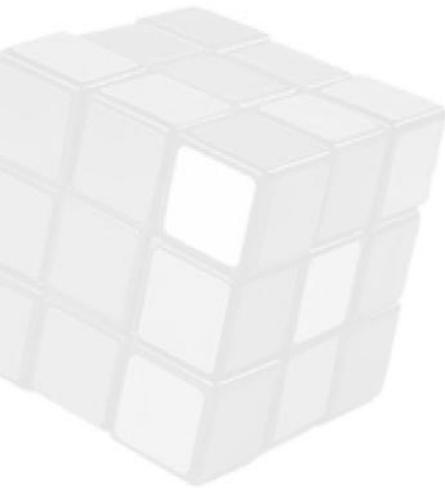
Außerdem ist er Ansprechpartner für alle auftretenden Probleme wie Sprachschwierigkeiten und Heimweh. Der Deutsche Caritas Verband und die Missione Cattolica helfen bei der Integration der italienischen Arbeiter und ihren Familien.

Thema:
Ruhrgebiet
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen **Anke Asfur**

Ort:
Hueststraße 15
44787 Bochum



1959 | Gesellschaft



Thema:
Europa/EU
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Gelsenkirchen

Italienreisen boomen - Saluti da Capri!

Capri, Rimini, Cattolica heißen die neuen Sehnsuchtsorte. 4 Millionen Deutsche reisen nach Italien!

An Adria und Riviera gehen die blonden Fräuleins aus Gummersbach und Gelsenkirchen bevorzugt baden. Hier trägt man Strohhüte und zeigt nackte Schultern. Bikinis sind eine moralische Herausforderung im römisch-katholischen Italien. Offiziell erlaubt sind die bauchfreien Zweiteiler erst in den 60er Jahren.

Wenn die Sonne im Meer versinkt, stöckeln deutsche Bürofräuleins in zierlichen Goldsandaletten über die Piazza und schenken den heimischen Fischern ein Filmstar-Lächeln. Amore mio, so leicht kann das Leben sein. La dolce vita.

"Urlaubsgeld erschließt die Welt" - die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1955 wird zur Realität. Die Zahl der bezahlten Urlaubstage liegt bei zwölf. Die Einkommen steigen.

Über 4 Millionen Deutsche reisen jetzt mit "Touropa", "Hummel" oder "Scharnow-Reisen" gen Italien und kaufen und kaufen. Souvenirs, Souvenirs: Italienische Strickjacken, italienische Handtaschen ...

Die Fremdenindustrie lebt von den Sehnsüchten der Reisenden. Saluti da Capri!

Ulrike Filgers



1959 | Gesellschaft

Johannes Leppich: Das Maschinengewehr Gottes

Unter diesem Spitznamen ist der Jesuitenpater bekannt: Seine verbalen Rundumschläge finden überall ein Ziel.

Pater Leppich holt weit aus, um die Katholiken zu bekehren, die nicht regelmäßig in die Kirche gehen.

Presse, Gewerkschaften, selbst der christdemokratische Bundeskanzler Adenauer bekommen bei ihm ihr Fett weg: Er sei sich nicht sicher, ob der Kanzler auch der beste Katholik sei, zweifelt Leppich öffentlich.

Unterhaltsam sind seine Reden: Nach einer mehrtägigen Vortragsreihe in Köln verfolgen 40.000 Menschen die Abschlussrede - viele davon bekehrt und viele einfach nur amüsiert.

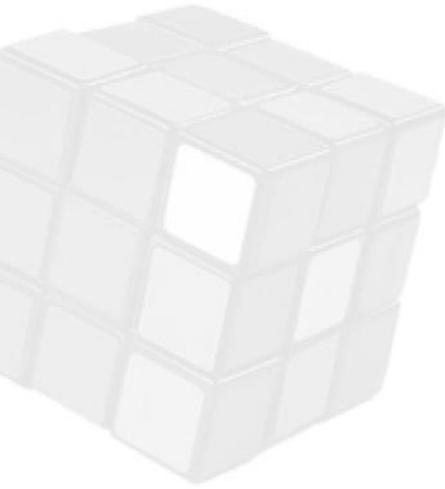
Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer

Ort:
Köln



1959 | Gesellschaft



Keine Atomraketen in Dortmund

Großdemonstration gegen Atomwaffen am 4. Februar 1959 in Dortmund. "Auch wir wollen so alt wie unser Kanzler werden", fordern 80.000 Menschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist - halbwegs! - souverän, doch Truppen der ehemaligen Verbündeten sind noch immer in Deutschland stationiert, um die Freiheit zu schützen.

In ihrer ehemaligen Besatzungszone, in der Umgebung von Dortmund, wollen die Briten Atomraketen stationieren. Der Stadtrat protestiert bei Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß. Für zehn Minuten stehen in Dortmund Busse und Bahnen still, an der Westfalenhalle stellt das Verkehrsamt aus Protest die Ampeln ab. Auch in den Hüttenwerken und den anderen Betrieben der Stadt ruht die Arbeit.

Für das Verteidigungsministerium in Bonn eine schizophrene Aktion: Man könne nicht Berlin verteidigen wollen und gleichzeitig gegen die Verteidigung streiken!

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Ruhrgebiet

Dirk Bitzer

Ort:
Dortmund



1959 | Wirtschaft

Zechensterben!

Die Zeche Prinzregent soll schließen. Am 26.9.1959 marschieren 60.000 Kumpel Richtung Bonn. Ihr Protest wiegt schwer.

Im Nachkriegsdeutschland waren sie sozial hoch angesehen, wirtschaftlich wichtig: nach 1945 half die Arbeit der Kumpel ganz Deutschland.

Jetzt fühlen sie sich von Bonn im Stich gelassen, fordern Unterstützung vom Bund. "Ein wirtschaftliches Stalingrad (...) der treuen Bergarbeiter" befürchtet die IG Bergbau: Statt an sechs Tagen arbeiten die Kumpel nur noch fünf Tage pro Woche, seit Februar 1958 sind über fünf Millionen Feierschichten angefallen.

Billige amerikanische Kohle kommt auf den deutschen Markt, verdrängt die teurere einheimische: Die Betriebe aus NRW, Niedersachsen und Saarland reagieren, gründen die "Notgemeinschaft deutscher Stahlkohle". Sie will die amerikanischen Verträge ablösen und es deutschen Unternehmen durch staatliche Zuschüsse ermöglichen, ihre Kohle ebenso billig zu verkaufen.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Bochum

Dirk Bitzer



1961 | Umwelt & Ernährung

"Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!"

... fordert Kanzlerkandidat Willy Brandt auf seiner Wahlkampftour.

Nur fünf bis zehn Meter weit sieht man nachts auf manchen Straßen. Der Grund: Luftverpestung durch Kohle- und Stahlunternehmen, die umweltfreundliche Anlagen ablehnen. Ein entstaubter Stahlofen sei 25 Prozent teurer als die altgedienten Anlagen, behaupten sie.

Sogar um satte 100 Prozent ist die Lungenkrebsrate in Oberhausen seit 1952 gestiegen, ganz abgesehen von anderen gesundheitlichen Schäden.

Am 28. April 1961 weist Willy Brandt bei einer Wahlkampfveranstaltung in Bonn auf Untersuchungen hin, die entsprechende Krankheiten schon bei Kindern feststellen und macht so die Luftverschmutzung im Ruhrgebiet zum Wahlkampfthema.

Thema:
Ruhrgebiet
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1963 | Politik

Eine Bastion fällt

In wichtigen politischen Ämtern bleiben die Herren der Schöpfung gern unter sich. Doch am 26.10.1963 fällt eine Bastion: Im Landkreis Bielefeld wird erstmals in Deutschland eine Frau zur Landrätin gewählt: Else Zimmermann (SPD).

Landrätinnen und Landräte stehen einem Landkreis vor. Der übernimmt Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden übersteigen wie z.B. die Entsorgung des Mülls. Den Landkreis verwaltet ein kommunales Gremium, der Kreistag.

Früher wurden die Landrätinnen und Landräte von den Kommunalparlamenten gewählt, seit 1999 per Direktwahl durch alle Bürgerinnen und Bürger.

Bei Aufgaben, die die Landkreise und kreisfreien Städte nicht bewältigen können, unterstützen sie der Landschaftsverband Rheinland, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Kommunalverband Ruhrgebiet.

Übrigens: In Bielefeld gibt es heute weder Landrat noch Landrätin. Denn seit 1973 ist Bielefeld kreisfreie Stadt.

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Bielefeld

Dirk Bitzer



1963 | Bildung

Mikätzchen helfen

NRW-Minister Paul Mikat (CDU) hat eine Idee, wie die Bildungsmisere bekämpft werden kann

Das Problem: Den NRW-Schulen fehlen Anfang der Sechziger knapp fünftausend Lehrerinnen und Lehrer. Als dann noch das neunte Pflichtschuljahr eingeführt wird, ist die Situation endgültig untragbar - es muss eine Lösung her.

Die findet der amtierende, erst 37 Jahre alte NRW-Bildungsminister Paul Mikat: Quereinsteigerinnen! Gezielt spricht Mikat verheiratete Frauen an, die "von den Aufgaben in der Familie nicht mehr voll in Anspruch genommen werden" und deshalb Zeit für die Schule hätten. Männer werden aber auch nicht verschmäht ...

Obwohl die Lehrerverbände protestieren und befürchten, dass die Pädagogik auf der Strecke bleibt, startet am 1. Januar 1963 das Aushilfsprogramm - mit einjährigen Schnell-Lehrgängen: 1.910 Frauen und 434 Männer absolvieren die Kurse und können schon zum Schuljahresbeginn 1964 loslegen.

Die im Volksmund "Mikätzchen" genannten Aushilfslehrerinnen und -lehrer unterrichten vornehmlich in den zweiten und dritten Klassen und werden von einem Mentor begleitet.

Nach zwei Jahren Aushilfe haben sie die Option, ein verkürztes Lehrerstudium zu machen und endgültig in den Schuldienst übernommen zu werden - wovon immerhin rund 1.200 Mikatzen und -kater Gebrauch machen.

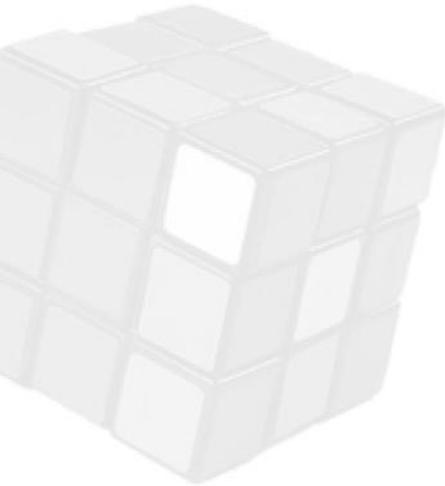
Die Aktion wird jeweils 1964 und 1967 nochmals wiederholt - erfolgreich. Da aber gleichzeitig auch an den Hochschulen für das Lehramtsstudium geworben wird, gibt es bald genug Lehrpersonal.

Philipp Sanke

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1964 | Kultur



Duisburger Staatsanwälte begutachten "Das Schweigen"

Ein Dutzend Strafanzeigen wegen "unzüchtiger Darstellung" gegen Ingmar Bergmans Film "Das Schweigen" gehen aus ganz Deutschland bei der Duisburger Staatsanwaltschaft ein. Hier befindet sich der Sitz der Verleihfirma "atlas film".

Die Staatsanwaltschaft kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass der Film ohne Kürzungen weiter aufgeführt werden kann, da er als Kunstwerk nicht unzüchtig im Sinne des §184 StGB sei.

Eine bessere Werbung als durch die Proteste der Kirchen kann sich der Gründer und Inhaber des auf ambitionierte Filmkunst spezialisierten Verleihs, Hanns Eckelkamp, gar nicht wünschen.

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg

Ort:
Duisburg



1965 | Politik

Grenzüberschreitend ...

Gleiche Region, gleiche Probleme! Seit dem 1.1.1965 gibt es ganz offiziell die "EUREGIO": Zwischen Rhein, Ems, Ijssel und Vechte arbeiten die Gemeinden wirtschaftlich, sozial und kulturell zusammen - grenzüberschreitend.

1958 gibt es eine Tagung in Coesfeld, auf der sich deutsche und niederländische Gemeinden verbünden, um ihre gemeinsame Interessen zu wahren: Die EUREGIO wird vorbereitet.

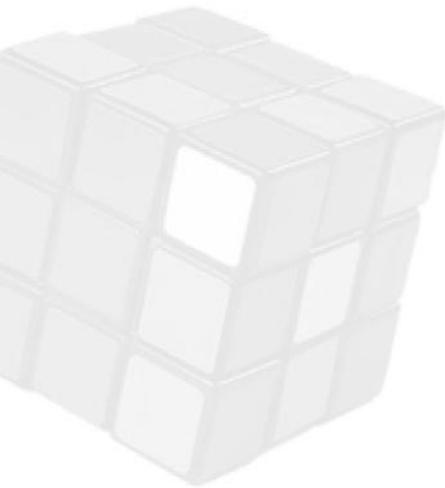
Die EUREGIO ist keine behördliche Instanz, sondern eine "Grenzplattform" für die lokalen Behörden in beiden Ländern. Der 1978 eingeführte EUREGIO-Rat ist ihr politisches Sprachrohr.

Gerade NRW ist eng mit den europäischen Staaten verflochten: Über 50% der Exporte gehen Anfang der neunziger Jahre in EU-Länder, über 60% der Importe kommen aus diesen.

Zollfreier Warenfluss und gemeinsame Politik haben ihren Preis: In den siebziger Jahren beginnt man damit, in ganz Europa Politikbereiche wie Subventions-Politik, Umweltschutz oder Polizeiwesen zu harmonisieren. Einzelne Staaten, aber auch Bundesländer wie NRW müssen dafür Kompetenzen an europäische Institutionen wie den Ministerrat abgeben.

EU-Beschlüsse müssen die Länder ausführen, können sich dagegen aber vor dem Europäischen Gerichtshof wehren.

Dirk Bitzer



Thema:
Europa/EU
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel

Ort:
Gronau



1965 | Politik

Mini-Europa

Viele Aufgaben, die sie früher selber erledigten, mussten Bundesländer wie NRW an die EU abtreten. Regionale Gliederungen wie die "Euregios" bieten jedoch die Möglichkeit, in der EU die Probleme und Interessen eines Bundeslandes deutlich zu machen und sogar mit denen anderer Staaten zu verknüpfen.

Infrastruktur, Tourismus, Umweltschutz: Viele alltägliche Probleme, für deren Bearbeitung Brüssel zu weit entfernt sind, können in der Euregio grenzüberschreitend gemeinsam gelöst werden.

Um darüber hinaus nicht zu bloßen Verwaltungseinheiten zu verkommen, können die Bundesländer im "Ausschuß der Regionen" beratend Einfluß auf EU-Entscheidungen nehmen. Und bei Länderangelegenheiten des EU-Ministerrates haben sie das Recht, mit einem eigenen Vertreter mitzuwirken.

Thema:
Europa/EU
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel

Dirk Bitzer

Ort:
Gronau



1965 | Politik

Später Abschied von einer alten Nazi-Verordnung

In Bonn verabschiedet der Bundestag am 28. April 1965 ein neues Ausländergesetz.

Bislang prüften Ausländerpolizei-Behörden die Anträge von Flüchtlingen, die Asyl in Deutschland suchten. Entscheidungsgrundlage: Nationalsozialistisches Recht, die Ausländerpolizeiverordnung von 1938. Nach dem Krieg wurde sie zwar von diskriminierenden Begriffen wie "Rassenzugehörigkeit" entnazifiziert, blieb aber bestehen.

Diese Altlast löst das neue Ausländergesetz ab. Die Überprüfung der Anträge wird der Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländische Flüchtlinge übertragen, bislang zuständig für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gemäß den Vorschriften des Hohen UN-Flüchtlingskommissars (UNHCR).

Zwar sehen die Politiker eine steigende Zahl von Asylbewerbern voraus, meinen aber, diese durch einen "Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten" kontrollieren zu können, der jederzeit in die Anerkennungsverfahren eingreifen kann.

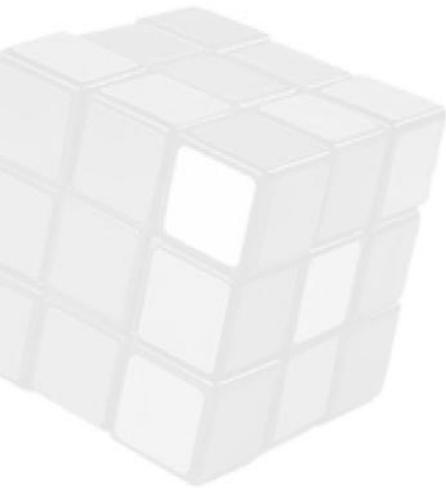
Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Dahlmannstraße
53113 Bonn

Dirk Bitzer



1966 | Wirtschaft



Bismarck stinkt zum Himmel!

Am 7.2.1966 platzt die Bombe: Die Zeche Bismarck soll schließen! 6700 Kumpel verlieren ihre Arbeit, der Konzern DEA kassiert 150 Millionen DM Prämie - für die Stilllegung des unrentablen Betriebes. Dabei steht die Zeche noch nicht mal auf der Sterbeliste unrentabler Unternehmen des Rationalisierungs-Verbandes.

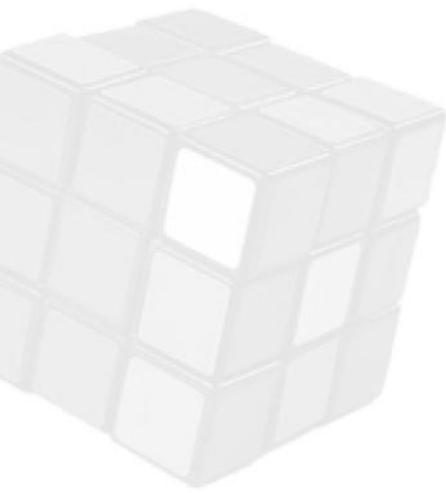
Die Arbeiter erkämpfen mühsam einen Sozialplan. Die Schuld am Verlust ihrer Arbeitsplätze geben sie der Energiepolitik von Bundeskanzler Erhard und der CDU, die in ihren Augen den Stellenabbau auch noch mit Prämien fördert.

Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Consolstraße
45889 Gelsenkirchen





1966 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahl 10.7.1966

Wahlbeteiligung: 76,5%

CDU: 42,8%

SPD: 49,5%

FDP: 7,4%

[Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1950-2005, aufbereitet von der Landeswahlleiterin NRW]

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1966 | Politik

Zwischenlösung

Landtagswahl am 10.7.1966, die Kohlekrise geht ins neunte Jahr. Wähler und Wählerinnen entscheiden sich: Die CDU in NRW erhält die Quittung, kann dennoch knapp eine Koalition mit der FDP bilden. Gemeinsam nur zwei Sitze mehr als die SPD, das kann nicht gut gehen!

"So und nicht anders": Im Kommandoton versucht die CDU im Wahlkampf, in der Krise ihre Wähler und Wählerinnen zu halten. "Bei uns SPD, und wir sind über den Berg", spielt die SPD auf die Kohlehalden im Ruhrgebiet an.

Die Stimmenverluste der CDU gehen vor allem auf Kosten der Wirtschaftspolitik von CDU-Bundeskanzler Erhard: Selbst die katholischen Geistlichen im Ruhrpott entdecken ihre weltlichen Interessen und kritisieren dessen Kohlepolitik.

Die Reaktion der Parteien: Freie Partnerwahl! Franz Meyers regiert mit der FDP weiter, macht aber gleichzeitig heimlich der SPD schöne Augen für eine Große Koalition im Land. Das gleiche versucht die CDU in Bonn.

Zu hoch gepokert: Die FDP in NRW erfährt von Meyers Eskapaden, tritt aus der Landesregierung aus und bietet sich selber der SPD an. Die SPD könnte wohl mit der CDU, will aber lieber mit der FDP. Eine Zweckehe, nicht nur um des Regierens willen: Die Wähler sollen beruhigt werden, schließlich reicht schon eine Große Koalition in Bonn.

Am 8.12.1966 stürzt die Regierung Meyers. Die sozialliberale Koalition unter Heinz Kühn führt allerdings deren Kohlepolitik fort. Der Strukturwandel in der NRW-Wirtschaft geht weiter.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1967 | Wirtschaft

Bergbau in der Krise

Mit einer Konzentrierten Aktion will der Staat die Kohlekrise bewältigen.

Erstmals muss mit Wirtschaftsminister Karl Schiller die Bundesregierung ordnend in die Kohlekrise eingreifen. Am 13. März 1967 beginnt die Konzentrierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmen.

Ein Jahr lang können die Beteiligten sich nicht auf eine gemeinsame Linie zur Krisenbewältigung einigen, dann macht die Regierung Druck: 1968 tritt ein neues Kohlegesetz in Kraft. Die Streichung aller staatlichen Subventionen steht bevor, sollten Unternehmen und Gewerkschaften sich nicht einigen.

Die Gründung der Ruhrkohle AG, einem Gemeinschafts-Unternehmen, bietet schließlich einen Ausweg.

[Das Bild entstand beim vierten multilateralen Gespräch am 19.7.1967. Auf dem Bild sind zu sehen: Fritz Berg, Präsident des Unternehmerverbandes der Deutschen Industrie (nur auf dem vergrößerten Bild sichtbar), Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner.]

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1967 | Politik

Gründervater

Konrad Adenauer stirbt am 19.4.1967 in Rhöndorf bei Bonn. Die oft eigenwilligen Entscheidungen des "Alten" prägen die junge Republik entscheidend, entsprechend ist das Begräbnis: Ausnahmsweise ein Pontifikalamt im Kölner Dom. Insgesamt kostet die Beerdigung fünf Millionen Mark.

Konrad Adenauer (*5.1.1876, +19.4.1967)

Wie sein Vater entscheidet sich Konrad Adenauer für eine juristische Laufbahn und studiert Rechtswissenschaften an verschiedenen Universitäten. 1906 wird er Mitglied der Zentrumspartei, 1917 Oberbürgermeister von Köln. 1933 von den Nationalsozialisten suspendiert wird er danach wiederholt Repressalien ausgesetzt.

Nach Kriegsende ernennen die Alliierten ihn wieder zum Oberbürgermeister von Köln, aber nach Unstimmigkeiten setzt ihn die britische Militärverwaltung bald ab, verbietet zusätzlich jede politische Betätigung bis Dezember 1945.

Dann macht er Karriere in der rheinischen CDU, der er sich nach dem Krieg angeschlossen hat. Als Mitglied des ersten ernannten Landtages übernimmt er den CDU-Fraktionsvorsitz.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erringt die CDU/CSU die meisten Stimmen, Adenauer wird zum Bundeskanzler gewählt.

Erst nach 14 Jahren wird er mit 87 Jahren aus dem Amt scheidet, prägt in dieser Zeit die junge Republik wie kein anderer Politiker: Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, Aussöhnung mit Frankreich, Aufnahme des Dialogs mit Israel.

Die Bundesrepublik erringt unter Adenauer mehr Souveränität. Dennoch sind sein Führungsstil und seine einsame Entscheidungen umstritten, insbesondere sein Einsatz für die Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Domkloster 4
50667 Köln



1967 | Medien

Ruhr-Bürgermeister um den Ruf der "Frauen an der Ruhr" besorgt

30.000 Meter Film belichtet Ernst-Ludwig Freisewinkel vom WDR, um die Frauen an der Ruhr zu beobachten. Der 47-Minuten-Beitrag wird am 28. Dezember als eine weitere Folge der Sendereihe "Das große Revier" ausgestrahlt.

Erst acht Tage später entdeckt ein Essener Lokalpolitiker in dem Werk Verunglimpfungen der Ruhrgebietsfrauen, andere Funktionsträger schließen sich der Kritik an. Die Sendung wird zum "Fall", ein monatelanger Streit bricht los, der schließlich auch bundesweit - mit leichtem Kopfschütteln - kommentiert wird.

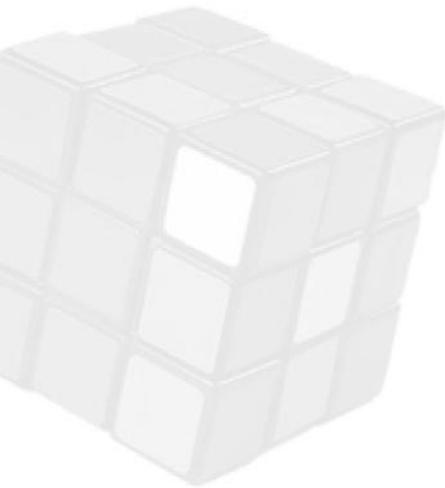
Erst nach einer öffentlichen Podiumsdiskussion "zwischen Fernsehverantwortlichen und Städtevertretern sowie Repräsentanten der Frauenverbände" wird der lautstarke Disput vorläufig beigelegt - bis zum nächsten unbequemen TV-Beitrag.

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen **Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg**

Ort:
An der Rechtschule 2
50667 Köln



1967 | Gesellschaft



Todesschuss

Der Student Benno Ohnesorg stirbt am 2. Juni in Berlin: auf einer Demo hatte ihn ein Zivilpolizist angeschossen. Gesellschaftskritische Studenten reagieren: "Wir müssen der Gewalt auch Gewalt entgegensetzen!"

An einer Podiumsdiskussion der Uni Köln am 6.12.1967 nimmt auch Rudi Dutschke teil. An den Universitäten herrscht Aufbruchstimmung, es geht gegen überkommene Machtstrukturen: "Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!"

Der Protest richtet sich nicht nur gegen die Professoren, sondern auch gegen die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik und gegen weltweite Unterdrückung. Man ist gegen das Schah-Regime in Persien, im Vietnam-Krieg solidarisch mit Nordvietnam im Kampf gegen die Supermacht USA und für Ché Guevaras Guerilla-Kampf in Südamerika.

Das Revolutionsjahr 1968 kündigt sich an. An den Universitäten diskutieren marxistisch-leninistisch orientierte Gruppen, rufen zum Klassenkampf und zur Revolution: "Nieder mit dem Kapitalismus!"

Neue Lebensformen werden erprobt, Wohngemeinschaften bilden sich, Kinderläden entstehen. Die Studentenbewegung bekämpft auch die spießige Sexualmoral der Nachkriegsgeneration, fordert die sexuelle Befreiung: "Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment". Den einzelnen Menschen soll die sexuelle Revolution befreien. Doch da ist dieser Unterschied zwischen Frauen und Männern.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Albertus-Magnus-Platz
50931 Köln

Dirk Bitzer



1968 | Medien

"Das Ruhrgebiet - eine Arbeitskolonie mit fünf Millionen Insassen"

Ein Fernsehbericht über die Ruhrkrise führt zu Konflikten.

Gemeinsam mit Dietrich Springorum, dem Pressechef des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR) als Auftraggeber, entwickelt der renommierte Fernsehjournalist Wilhelm Bittorf 1968 einen filmischen Situationsbericht vom krisengeschüttelten Ruhrgebiet.

Ausgehend vom Tod des letzten Mitglieds der Familie Krupp 1967 entwirft er ein pointiertes Bild vom Zustand des größten deutschen Industriegebiets "nach dem Ende der Steinkohlenzeit".

Unbequeme Bilder betroffener Bergleute, die wütend gegen die Schließung ihrer Zechen protestieren, treffen den Nerv verantwortlicher Politiker. Vor allem der damalige Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Heinz Kühn, so heißt es später, sorgt dafür, dass Bittorfs Film mit dem Titel "Bringt eure Köpfe mit!" in der Schublade verschwindet.

Erst 10 Jahre später, anlässlich der Oberhausener Festival-Retrospektive "Das Ruhrgebiet im Film" wird der Film erstmals öffentlich zu sehen sein. Ein Ruhrgebietsklassiker ist entdeckt.

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg

Thema:
Medien
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1968 | Gesellschaft

"Rocker - gibt's denn die?"

... fragt der Kölner Stadtanzeiger am 5. November 1968.

Immer mehr! Heiße Öfen, chromblitzend in der Sonne. Fett blubbernde Motoren auf dem Asphalt, mit der Gang der Freiheit entgegen: Das vordergründige Klischee.

Massenschlägereien mit Ketten und anderen schweren Waffen rücken aber auch immer häufiger in die Schlagzeilen. Gangs verteidigen ein eigenes Territorium gegen fremde Banden, Schutzgeld von ansässigen Wirten sichern denen die Kneipe und der Bande Bargeld.

Schwere Kriminalität, den Hintergrund erklärt ein Gang-Mitglied so: Die Studierenden seien eben durch ihre inhaltlichen Studenten-Proteste bekannt geworden, sie selbst könnten nur durch Gewalt auf sich aufmerksam machen.

Rocker - die gewaltsame Form des Jugendprotestes in den Sechzigern. Die Welt außerhalb der Gang betrachten viele Rocker als Selbstbedienungsladen: Einbrüche, Auto- und Motorrad-Klau - schließlich besitzen 1968 längst nicht alle Rocker das ersehnte Statussymbol Zweirad.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1968 | Medien

Das Fernsehen entdeckt die "'kleinen Leute'"

Die Autorin Erika Runge protokolliert die Lebenserinnerungen zahlreicher Menschen im Ruhrgebiet, konsequent und wortgetreu in der Sprache derer, denen sie gegenübersteht.

Unter ihnen ist die Bergarbeiterwitwe, Küchenhilfe, Gewerkschafterin und Mutter von vier Kindern Maria Bürger aus Duisburg-Beeckerwerth, damals 59 Jahre alt.

Was Maria Bürger über ihr hartes, für Bergarbeiterfrauen ihrer Zeit jedoch durchaus typisches Leben erzählt, ist zunächst in dem Taschenbuch "Bottroper Protokolle" nachzulesen, für Martin Walser "Berichte aus einer Klassengesellschaft".

Beeindruckt von ihrer Lebendigkeit, Kraft und selbstbewußten Haltung entschließt sich Erika Runge, Maria Bürgers Erinnerungen auch in einem Film zu dokumentieren - "Warum ist Frau B. glücklich?" entsteht. Sehr konkret lässt er 50 Jahre deutsche Geschichte nacherleben, aus der Perspektive der Arbeiterklasse.

Maria Bürger, die 1986 stirbt, macht diesen Film, "weil man der Jugend sagen muss, wie das alles war, damals. Und dass man die schweren Tage im Leben gemeinsam durchstehen muss."

Die Fernsehdokumentation, erstmals gesendet am 1. Mai 1968 im Westdeutschen Fernsehen und vielfach ausgezeichnet, wird zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der dokumentarischen Filmsprache in der Bundesrepublik - auch in den Fernsehanstalten.

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg

Thema:
Medien
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1968 | Bildung

Katholisch? Evangelisch?

Bisher waren die Volksschulen konfessionell getrennt. Wo das nicht ging, wurden kurzerhand die Schulräume aufgeteilt. Auch die Klos.

Dem soll jetzt abgeholfen werden: Am 29.2.1968 einigen sich SPD und CDU auf eine Reform des Schulwesens. Die Gesellschaft trägt diesen Schritt mit, die Bindung der Bürger an die Kirchen hat nachgelassen.

Das bringt Handlungsspielraum für die Regierung Kühn: Für die Grundschule können die Eltern jetzt zwischen Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule wählen, die Hauptschulen werden "von Amts wegen" überkonfessionell eingerichtet. Neben den Gemeinschaftsschulen bleiben konfessionsgebundene Gymnasien und Realschulen jedoch erhalten.

Thema:

Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Dirk Bitzer

Ort:

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



1968 | Kultur

Staatsanwalt beschlagnahmt Kurzfilm

Die Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen werden am 5. April 1968 zum Schauplatz eines aufsehenerregenden Konflikts zwischen staatlicher Gewalt und künstlerischer Freiheit: Der Staatsanwalt ordnet die Beschlagnahmung von Helmut Costards Kurzfilm "Besonders wertvoll" an. Ein sprechender Penis veranlasst ihn zum Vorwurf der Pornographie.

Die vereinten Filmfreaks kommen der Beschlagnahmung zuvor, indem sie die Kopie kurzerhand ins Hörsaalzentrum Ost (HZO) der Ruhruniversität Bochum bringen. Von Mund zu Mund erfahren die Festivalgäste von der zum "Studienkreis Film" an der Ruhruniversität verlegten Aufführung, und der Film wird in Anwesenheit vieler Zuschauer, unter ihnen bedeutende Regisseure wie Wim Wenders, Alexander Kluge und Werner Herzog, gezeigt.

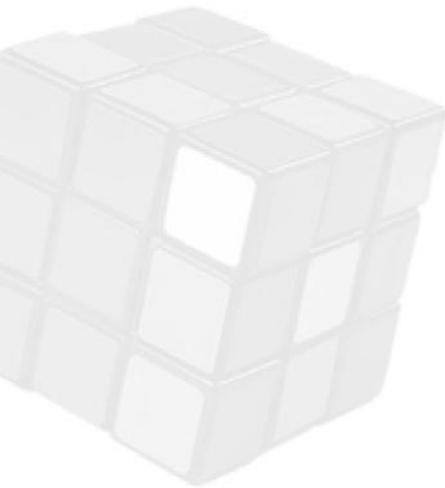
Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Irgard Bernieder

Ort:
Oberhausen



1968 | Gesellschaft



Stoppt Springer

Springer-Druckhaus Essen: Die Demonstranten kommen aus ganz Nordrhein-Westfalen. Ihr Ziel ist es, die Auslieferung der Zeitungen "Welt" und "Bild" zu verhindern.

Barrikaden, Wasserwerfer und Demonstranten: Vor dem Druckhaus Essen, Sachsenstraße tobt am 12. April 1968 eine Straßenschlacht. Zeitungspacken werden von den Auslieferfahrzeugen der Druckerei gerissen.

Studenten, Schüler und Gewerkschafter und andere Demonstranten wollen mit dieser Aktion die Auslieferung der Tageszeitungen "Welt" und "Bild" verhindern, die der Hamburger Springer-Verlag hier drucken lässt. Einige der mit Zeitungen beladenen Lkws durchbrechen mit Hilfe der Polizei die Blockade, andere bleiben stecken oder kehren um.

Die Demonstranten machen die Springer-Blätter und ihre Hetze gegen die Studenten mit verantwortlich für das Attentat auf Rudi Dutschke. Am Tag zuvor hatte der rechtsradikale Arbeiter Josef Bachmann den Studentenführer auf offener Straße in Berlin angeschossen und schwer verletzt. Nicht nur in Essen wird in den Tagen darauf wütend demonstriert - auch in Köln, Berlin, Hamburg und in vielen weiteren Städten.

Nicht erst seit der Bild-Schlagzeile "Stoppt Dutschke jetzt" kritisieren die Studenten den Verlag. Seit dem Tod von Benno Ohnesorg analysieren sie die Berichterstattung, im Herbst 1967 wird eine Anti-Springer-Kampagne beschlossen. Ihr zentraler Slogan: "Enteignet Springer".

Auch liberale Verleger wie Alfred Neven-DuMont - Kölner Stadt-Anzeiger, Express - stehen der Redaktionspolitik von Axel Springer skeptisch gegenüber.

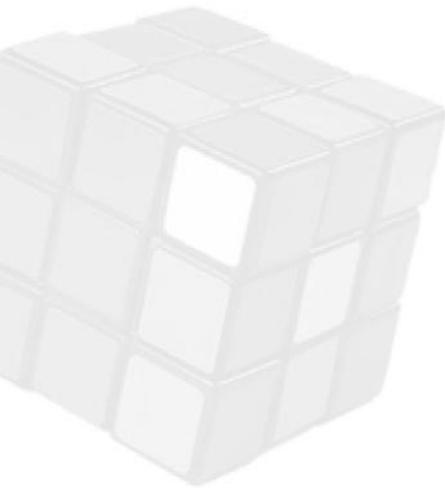
Wolfgang Hippe

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Essen



1968 | Gesellschaft



Streiks an der Uni Köln

30. Mai 1968: In Bonn tagt der Bundestag, um die Notstandsgesetze zu beschließen. In Köln besetzen Studenten die ehrwürdige Universität und rufen zum Streik.

Banner und Barrikaden vor der Kölner Universität. Ein Transparent über dem Eingang verkündet, dass die Alma Mater, die die Heiligen Drei Könige im Universitätssiegel hat, jetzt zur Rosa-Luxemburg-Universität umgetauft worden ist. Überall Plakate und Diskussionen.

Zum wiederholten Male versuchen die Studenten, die Notstandsgesetze im letzten Moment zu stoppen. Mit ihnen soll der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert und die Einschränkung zahlreicher Grundrechte möglich werden, kritisieren die Demonstranten. Auf dem gesamten Uni-Gelände hängen Plakate und finden Diskussionen statt. Es gibt einige Rangeleien, vor allem aber erregte Debatten.

Plötzlich wirft ein älterer Herr einige Teerbeutel auf eine Studentengruppe, die eine Barrikade bewacht. Dann versucht er vergeblich, mit einer Lötlampe Feuer zu legen. Es ist Professor Rubin, der Ordinarius für Byzantinistik. Ein Student wird während der Aktion schwer verletzt, dann wird Rubin abgedrängt.

Schon früher war der Althistoriker und Byzantinist Berthold Rubin mit spektakulären Aktionen aufgefallen. 1962 hatte er die Berliner Mauer mit Hammer und Meißel attackiert, knapp drei Wochen zuvor war er zum Gedenken an Rudolf Heß, die Nr. 2 in NS-Deutschland unter Adolf Hitler, mit dem Fallschirm über Schottland abgesprungen.

Im Laufe des Tages beschließt der Bundestag in Bonn die Notstandsgesetze. An der Kölner Universität werden spät am Abend die Barrikaden wieder abgebaut.

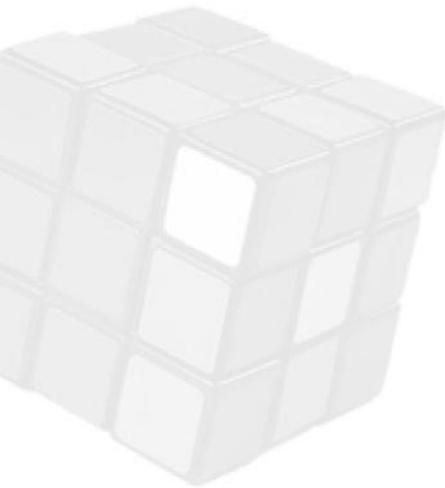
Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Köln

Ort:
Albertus-Magnus-Platz
50931 Köln



1968 | Gesellschaft



Weg mit den Notstandsgesetzen!

Sternförmig marschieren am 11. Mai 1968 die Demonstranten auf den Bonner Hofgarten zu. Aus dem ganzen Bundesgebiet kommen Menschen in die Bundeshauptstadt Bonn, um gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu demonstrieren.

Der kilometerlange Sternmarsch mit 60.000 Demonstranten endet friedlich im Hofgarten, wo die Abschlusskundgebung stattfindet.

Es sprechen unter anderen der spätere Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der Dichter Erich Fried und Karl Dietrich Wolff, Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS).

Mit den Notstandsgesetzen soll der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert und die Einschränkung zahlreicher Grundrechte möglich werden, kritisieren die Redner der Außerparlamentarischen Opposition (APO).

Die Demonstranten skandieren immer wieder "No - No - Notstandstod", "Nein und Nein und nochmals Nein / Kanzler lass den Notstand sein" und kündigen sich dem damaligen Bundesinnenminister Ernst Benda an: "Benda, wir kommen!"

Parallel zur Bonner Kundgebung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund separat in die Dortmunder Westfalenhalle eingeladen.

Die Proteste nehmen kein Ende. Auch in den nächsten Wochen richten sich zahlreiche Demonstrationen und Streiks gegen das von der Bundesregierung geplante Gesetzespaket.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Am Hofgarten
53113 Bonn



1969 | Politik

"Wir schaffen das moderne Deutschland!"

Eine Parole der SPD im Bundestagswahlkampf 1969, erdacht von dem Düsseldorfer Werber Harry Walter.

Harry Walter gilt als Vater des modernen Wahlkampfes in der Bundesrepublik. Von 1969 bis 1983 gibt es kaum eine bedeutende Wahlkampagne der SPD, die nicht von Harry Walter inszeniert wird. Von ihm stammen Parolen wie "Wir schaffen das moderne Deutschland" und "Statt Strauß: Den Frieden wählen".

Der übergewichtige Millionär und ehemalige Waschmittelwerber ist zwar selbst Sozialdemokrat, aber in der SPD höchst umstritten. Denn politische Werbung ist für den Düsseldorfer Agenturmann nichts anderes als gute Markenartikel-Werbung!

Heute ist diese Erkenntnis Standard, früher war sie revolutionär und für viele seiner Parteigenossen moralisch nicht verkraftbar. "Die Oma mit der Plastiktüte ist entscheidend", sagt Harry Walter. Diese Kurzformel beinhaltet für ihn Professionalität, Glaubwürdigkeit und Kommunizierbarkeit einer Kampagne.

Bundesdeutsche Omis verhelfen Walter zu seinem größten Erfolg - dem Wahlsieg von Willy Brandt 1972.

"Harry Walter amerikanisierte als erster bundesdeutsche Wahlkampfmethoden, er ist der Vater aller modernen Kampagnen in der Bundesrepublik", sagt Peter Radunski, der ehemalige Wahlmanager der CDU über seinen einstigen politischen Gegner.

1983 wird Harry Walter von dem damaligen Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz abserviert: der dionysische Wahlmanager ist ihm zu platt, zu laut und zu unpolitisch. Walter liquidiert seine Neusser Werbeagentur und kümmert sich um ausländische Kundschaft.

Später wird er von dem nicht minder umstrittenen SPD-Manager Bodo Hombach zurück nach Düsseldorf geholt. Sie inszenieren gemeinsam Landtagswahlkämpfe für die NRW-SPD.

Ulrike Filgers

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Düsseldorf



1969 | Gesellschaft

I'm a soulman ...

... und was für einer: "Kohlen-Frings", Kardinal im Kölner Erzbistum, scheidet am 3.3.1969 aus dem Amt des Erzbischofs von Köln.

Joseph Kardinal Frings (*6.2.1887 in Neuss, +17.12.78 in Köln)

Nicht nur die Seelen, auch die Sprache seiner Schutzbefohlenen bereichert der Kardinal: "Fringsen" steht für "Kohlenklau", seit der Kardinal in seiner Neujahrsansprache im Mangelwinter 1946 Verständnis für das Stehlen "zur Lebenserhaltung" zeigt. Schon vorher zeichnet ihn aus, dass er Stellung nimmt, Verantwortung zeigt, sich nicht verschließt: 1944 kritisiert er als Erzbischof von Köln offen die Judenverfolgung im Dritten Reich.

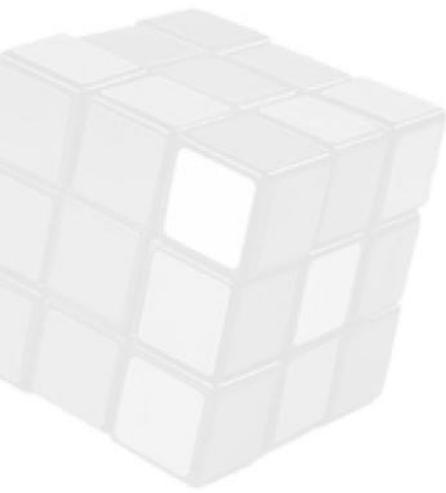
Nach dem Krieg wird er 1946 Kardinal, beim Volk ist der gar nicht weltfremde Kirchenmann beliebt. Als er 1965 an einem schweren Augenleiden erkrankt, zögert der Vatikan lange, bis er Frings mehrfachen Bitten, ihn in den Ruhestand zu versetzen, nachgibt. Sein Nachfolger wird Joseph Höffner.

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln

Dirk Bitzer





1969 | Politik

Sterben ja, Wählen nein!

Wehrpflicht mit 18 Jahren, wählen erst mit 21. Und wenn in den drei Jahren ein Krieg dazwischen kommt, schlimmstenfalls gar nicht! Unverhältnismäßig, daher wird am 2.7.1969 das Wahlalter in ganz Deutschland auf 18 Jahre gesenkt.

Im Landtagswahlkampf für das kommende Jahr kämpfen die Parteien jetzt um knapp 11 Millionen Wahlberechtigte!

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1971 | Politik

Direkte Demokratie wagen

Joseph Beuys gründet die "Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung".

Die "Organisation" ist Teil der Versuche des Künstlers, seine Konzepte der "Sozialen Plastik" und des "Erweiterten Kunstbegriffs" auch in politischen Zusammenhängen umzusetzen.

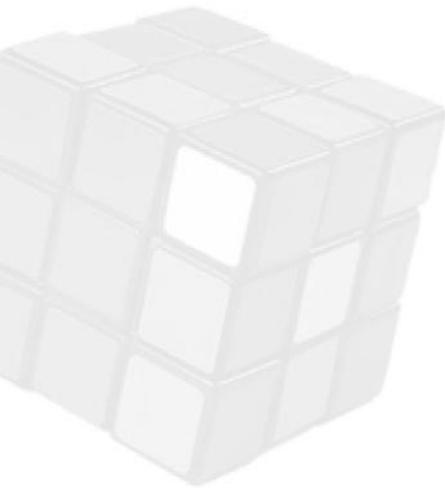
1972 richtet Beuys auf der documenta 5 ein Büro der "Organisation" ein und wirbt während der Ausstellung 100 Tage lang für seine Ideen. Sie sind aus seiner Sicht nicht das Ergebnis subjektiver Erfahrungen, sondern gleichen naturgesetzlichen Prinzipien.

Künstlerische Projekte wie "7000 Eichen" oder "Honigpumpe am Arbeitsplatz" entsprechen diesem politischen Engagement ebenso wie die Gründung der "Freien Universität für Interdisziplinäre Forschung" (FIU), Aktionen wie die Rektoratsbesetzungen zu Gunsten der von der Akademie abgewiesenen Studenten oder auch die Arbeit für "Die Grünen" und die Bewerbung um ein Mandat im Bundestag, Europaparlament und NRW-Landtag.

Die politischen Ideen von Beuys leben auch nach seinem Tod 1986 weiter. Sein Meisterschüler Johannes Stüttem, der schon an der Gründung der "Organisation" beteiligt war, organisiert 1987 die Aktion "Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland": Von der documenta 8 aus startet ein Bus, um das Thema deutschlandweit bekannt zu machen. Er ist bis heute on the road.

Die Aktionen sind nicht unumstritten. Kritiker werfen Beuys und Stüttem Sozialromantik und teilweise völkisches Gedankengut vor.

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1971 | Gesellschaft

Mein Bauch gehört mir!

Auslöser der Protestaktion gegen den §218 ist das öffentliche Bekenntnis von 374 Frauen im "Stern": "Wir haben abgetrieben!".

Damit verstoßen sie gegen geltendes Strafrecht. Unter den Frauen sind auch Prominente wie die Schauspielerin Romy Schneider und das Model Veruschka von Lehndorf.

Die Aktion bewirkt keine gesetzliche Veränderung, auch spätere studentische Aktionen unter dem Motto "Mein Bauch gehört mir!" schaffen das nicht: Konservative Kreise und Kirchen verhindern eine Liberalisierung des Paragraphen 218, die vor allem die Frauenbewegung fordert.

Bei Polizeirazzien in einigen Städten beschlagnahmen die Beamten Unterschriftenlisten bekennender Frauen: "Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine." Doch in der Gesellschaft bleiben Verhütung und Abtreibung ein Dauerthema.

Erst 1992 kommt es zu einem Abtreibungskompromiss im Bundestag, der die Abtreibung bis zur 12. Woche nach vorheriger Beratung erlaubt.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1972 | Gesellschaft

Totgesagte leben länger

Im Juli 1972 gründet sich in Bonn der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU): Bürger wollen nicht nur regiert werden, sondern mitmachen!

Sie engagieren sich für mehr Kindergartenplätze, Stadtplanung, und natürlich auch für die Umwelt: Bürgerinitiativen, eine soziologische Neuheit in den Siebzigern. Ihr Vorteil: Während Parteien und Behörden sich ganz generell um das Wohl der Gesellschaft kümmern müssen, konzentrieren sich Bürgerinitiativen auf ein Thema, können dabei oft mit hoher Fachkompetenz glänzen.

Vor allem im Umweltschutz fehlt es der Politik noch am rechten Bewusstsein. Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz soll deshalb helfen, Aktionen der einzelnen Bürgerinitiativen zu koordinieren und Kontakte herzustellen.

Konservative Soziologen prophezeien den Bürgerinitiativen ganz generell ein schnelles Ende: Spätestens Mitte der Siebzigerjahre sei das Phänomen erledigt! Damit liegen sie allerdings gründlich daneben.

Zwar merken auch die einzelnen Bürgerinitiativen rasch, dass sie eine stärkere politische Vertretung ihrer Anliegen brauchen. Statt aber nun aufzugeben, beteiligen sich ihre Mitglieder maßgeblich an der Gründung der Grünen, deren NRW-Landesverband im Dezember 1979 in Hersel bei Bonn entsteht. Im Jahr darauf erfolgt dann die Gründung der Bundespartei, die bis heute ein guter politischer Partner der BBU ist.

Thema:

Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Landschaften und räumliche Strukturen
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:

Prinz-Albert-Straße 55
52113 Bonn

Dirk Bitzer



1973 | Medien

Ein Film simuliert den Ernstfall

Der Fernsehfilm "Smog" gibt TV-Zuschauern und Politikern zu denken.

Schon vor der Erstaussstrahlung 1973 provoziert die WDR-Produktion "Smog" "massive Einsprüche von Politikern und eine parlamentarische Anfrage" im NRW-Landtag.

Was der 31-jährige Regisseur Wolfgang Petersen - später berühmt durch den Film "Das Boot" - und sein Drehbuchautor Wolfgang Menge in zweimonatiger Drehzeit an 85 Originalschauplätzen inszeniert haben, erscheint zunächst wie ein Science-fiction-Film.

Doch der Film entpuppt sich als präzise Umsetzung des 1964 in NRW erlassenen "Plans zur Verhinderung smogähnlicher Erscheinungen bei austauscharmen Wetterlagen" und simuliert den Ernstfall täuschend echt. Das TV-Szenario will "das Bedrohliche der Entwicklung wie ein Alarmsignal soll unter die Haut des Zuschauers spritzen", so Wolfgang Menge.

Am 17. Januar 1979 wird zum ersten Mal in Deutschland Stufe I des Smog-Alarmplans ausgelöst - für das Ruhrgebiet und den Niederrhein. Exakt sechs Jahre später, am 17. Januar 1985, gibt es Smog-Alarmstufe III im Ruhrgebiet.

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1974 | Politik

Bürger auf den Barrikaden!

Gegen die geplante Eingemeindungspolitik wehren sich Bürgerinnen und Bürger und wollen per Volksbegehren das Gesetz stoppen. Am 13.2.1974 scheitert der Bürgerprotest.

Planung ist das Zauberwort, mit dem Politiker der Krise in den sechziger Jahren beikommen wollen. Für die Regierung Kühn gehört dazu auch eine Gebietsreform, um neben besseren Verwaltungsleistungen gezielter wirtschaftliche Impulse setzen zu können. Historische, religiöse und andere emotionale Gründe sollen gegenüber dem Sachinteresse leistungsfähiger Gemeinden zurückstehen.

CDU, SPD und FDP sind sich weitgehend einig, nur die Bürger spielen nicht mit. Doch sie haben kaum eine Chance, als das Volksbegehren gegen die Reform scheitert.

Vollendet ist die Gebietsreform 1975: Aus 2327 kreisangehörigen Gemeinden werden 373, aus 57 Kreisen 31 und die kreisfreien Städte werden von 38 auf 23 reduziert.

Nur "GlaBotKi", den geplanten Zusammenschluss von Gladbeck, Bottrop und Kirchhellen, können die Gladbecker Bürger vor dem Verfassungsgericht mit einem Verweis auf die Eigenständigkeit der Stadt verhindern.

Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1974 | Sport

Der kölsche Multi-Kulti-Club

"Yurdumspor" - das heißt Heimatsport, und eine Heimat will der Fußballverein bei der Gründung seinen türkischen Mitgliedern auch geben. Bald verändert sich die Bedeutung ...

Natürlich lieben sie Fußball! Doch in einer Zeit, in der Gastarbeiter aus der Türkei in Deutschland zwar Arbeit, aber keinen Anschluss an ihre deutschen Kollegen finden, ist Sport nur sehr schwer im Verein zu betreiben.

Kurzentschlossen entschließen vier fußballbegeisterte Vereinsmitglieder sich, einen eigenen türkischen Verein zu gründen: Heimatpflege in der Ferne.

Bei der Vereinsgründung im Jahr 1974 nennen sie sich noch "Türkdanis", benannt nach der Arbeiterwohlfahrt, bei der der erste Vereinsvorsitzende arbeitet.

Doch mit zunehmender Mitgliederzahl und Spielstärke will man sich nicht mehr abschotten, sondern teilnehmen am Spielbetrieb in den Ligen des Landes, sich hier auch mit deutschen Vereinen messen. Ohne freilich den Grundgedanken aufzugeben.

Ende der achtziger Jahre erfolgt die Umbenennung in "Yurdumspor", parallel zum sportlichen Erfolg will der Verein nun allen Spielern, egal welcher Herkunft, eine Heimat sein. Binnen drei Jahren steigt das Team aus der Kreisliga B in die Landesliga auf - Erfolge, die mit einer Selbstbeschränkung auf türkische Spieler kaum möglich gewesen wären.

Auf dem Platz spricht man deutsch - wobei auch nicht-türkische Spieler schnell die nötigen Kommandos auf türkisch gelernt haben, die einen Gegner zwei mal dumm aussehen lassen: Einmal bei Zuhören, dann beim Hinterherkucken!

Mit dieser Mischung feiert der Verein seinen größten Erfolg: Den Aufstieg in die Amateur-Oberliga, und hier offenbart sich im Jahr 2005 zugleich die größte Schwäche des Vereins.

Auf 100.000 Euro schätzt man die Kosten einer Oberliga-Mannschaft. Doch die dafür benötigten Sponsoren finden sich nicht in der türkischen Geschäftswelt von Köln, und auch für andere Geldgeber ist der Verein mit den türkischen Wurzeln uninteressant.

Nach der Hinrunde zieht Yurdumspor daher seine erfolgreichste Mannschaft aus der Oberliga zurück. Eine Heimat bleibt der Verein für die Spieler aus mittlerweile neun Nationen dennoch!

Dirk Bitzer

Thema:
Fußball
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Luxemburger Straße 332
50354 Hürth



1974 | Medien

Für Minuten bleiben Studiosessel leer - Fernsehprotest zum §218!

Feministinnen planen eine öffentliche Abtreibung. Die Aktion beherrscht die Medien.

Im Frühjahr 1974 steht eine parlamentarische Debatte in Bonn um den §218 an. Zum Eklat kommt es in einer Sendung des Polit-Magazins "Panorama": Für Minuten bleiben die Studiosessel leer! Die Konferenzschaltung der ARD-Intendanten verbietet einen Film der Kölner Journalistin Alice Schwarzer zu der geplanten Aktion.

Aus Protest und Solidarität gegen diese Zensur zieht die komplette "Panorama"-Redaktion - unter Leitung von Peter Merseburger - alle Beiträge des Abends zurück.

Ulrike Filgers

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1975 | Politik

"Ab 60 bist du Freiwild ..."

... der Behörden, meint Trude Unruh (Jahrgang 1925) und gründet deshalb 1975 in Wuppertal mit anderen ‚streitbaren‘ Alten den Seniorenschutzbund "Graue Panther".

Mit zunächst 178 MitstreiterInnen beginnt die "Oberpantherin" den Kampf gegen die Entrechtung im Alter.

Spektakuläre Aktionen gegen die skandalösen Zustände in Pflegeheimen, die auch als "Mord auf Raten" bezeichnet werden, sichern den "Grauen Panther" schnell die Aufmerksamkeit der Presse.

1987 zieht Trude Unruh als Parteilose für die Grünen in den Bundestag ein. Nach heftigen Auseinandersetzungen in der Fraktion gründet sie 1989 eine eigene Partei, "Die Grauen/ Graue Panther".

Nennenswerte Wahlerfolge verzeichnen sie nie. Das lässt die Alters-Aktivistin aber nicht müde werden. Im Gegenteil, ihr Ziel bleibt: "Mindestens 50 graue Panther als Volksvertreter im Generationenbund in den deutschen Bundestag."

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Langobardenstraße 18
42277 Wuppertal

Anke Wolf-Graaf



1975 | Kultur

"Flöz Dickebank"

"Flöz Dickebank" ist der erste einer Reihe parteinehmender Dokumentarfilme. Sie sollen Gegen-Öffentlichkeit schaffen und damit Einfluss nehmen - auf stadtplanerische und wohnungspolitische Entscheidungsprozesse.

Studenten der Berliner Filmakademie dokumentieren als Studienarbeit den Kampf von Bergarbeitern und ihren Familien gegen den Abriss ihrer Zechensiedlung in Gelsenkirchen-Ückendorf.

Filme wie "Flöz Dickebank" (1975) oder "Gegen Spekulanten" (1978) lassen die Menschen zu Wort kommen, die zuvor niemand gefragt hat. Es gibt in diesen Filmen keinen Kommentar: Was zu sagen ist, sagen die Betroffenen selbst.

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg



1975 | Kultur

Ein Baggerführer im Hohen Haus

Der nordrhein-westfälische Landtag debattiert am 22.01.1975 über ein Lied von Dieter Süverkrüp

"Der Boss kommt groß heraus, dem Boss gehört das Haus" - ein Kinderhit vor allem in antiautoritären Familienverbänden und WG's - "dem Boss gehört der Acker, der Kran und auch der Bagger, und alles, was da ist - so'n Mist!". Ein Auszug aus Dieter Süverkrüps "Baggerführer Willibald".

Als ein Kölner Musikpädagoge das Stück in der gymnasialen Unterstufe behandelt, kommt es im Landesparlament auf Initiative eines CDU-Abgeordneten zu einer Plenardebatte wegen "Verwendung eines Hetzliedes gegen das private Hauseigentum im Schulunterricht". Schlussendlich dürfen die Schullehrer aber weiterhin das Lied durchführen, in dem es so schön heißt: "Der Boss ist, wie ihr seht - zu blöd!"

Seit den 60ern zählt der Düsseldorfer Dieter Süverkrüp, mit Songs wie "Touristenflamenco" oder "Erschröckliche Moritat vom Kryptokommunisten" zu den führenden deutschen Liedermachern. Später verlegt sich Süverkrüp auf Theater, Radio und Fernsehen.

Im Jahr 2002 erscheint dann eine 4-CD-Box mit seinen Klassikern und dickem Booklet - Insignien seines hohen Rangs in der Liedermacherei.

Walter Muffler

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Ständehausstraße 1
40217 Düsseldorf



1976 | Bildung

Lernen in der Missionstation!

Die "Missione Cattolica Italiana" in Gevelsberg bietet Hausaufgabenhilfe für italienische Kinder an.

Nach der Schule machen sich die meisten italienischen Schülerinnen und Schüler auf den Weg zur Missione Cattolica Italiana.

Sie nutzen ein neues Angebot im italienischen Gemeindezentrum: Mehrere Frauen der Kirchengemeinde St. Engelbert haben sich bereit erklärt, zunächst an zwei, dann an fünf Tagen in der Woche die Kinder bei den Schularbeiten zu unterstützen.

Für viele Kinder, die zu Hause nur italienisch sprechen, ist das die einzige Möglichkeit, in der Schule mitzuhalten und einen deutschen Schulabschluss zu schaffen.

Von Anfang an bemüht sich die Missione Cattolica Italiana um ihre Landsleute. Sie organisiert neben der Seelsorge auch andere kulturelle Aufgaben wie Ausflüge und Sportveranstaltungen.

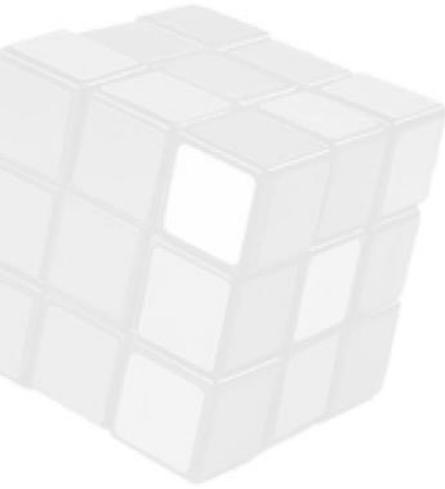
Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Schulstraße 9
58285 Gevelsberg

Anke Asfur



1976 | Kultur



Radikalen-Erlass verfilmt

Aufbauend auf tatsächlichen Ereignissen im Jahr 1971 gelingt es Max Willutzki in seinem ersten großen Spielfilm "Vera Romeyke ist nicht tragbar" (1976), die Folgen des sogenannten "Radikalenerlasses" am Schicksal einer engagierten Lehrerin aufzuzeigen.

Vera Romeyke ist selbst Bergmannstochter, weshalb sie sich bemüht, ihren Schülern die Arbeitswelt realistisch nahe zu bringen - was konservativen Kreisen in der Kleinstadt schnell verdächtig erscheint. Sie wird in den Ruch einer "Radikalen" gebracht und nach inquisitorischen Verhören in eine andere Stadt versetzt, obwohl Eltern und Schüler für sie demonstrieren.

Paul Hofmann & Ernst Schreckenberg

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel
Medien



1976 | Kultur

Zugabe mit Folgen auf dem West-Konzert

Zwei Stunden verlängert der ostdeutsche Liedermacher Wolf Biermann seinen Auftritt in der Kölner Sporthalle.

7000 Gäste in der Kölner Sporthalle feiern Wolf Biermann begeistert. Seine kritischen Gedanken, vom West-Publikum beklatscht, sorgen in der DDR für Ärger. Die DDR-Führung, die zu dieser Zeit ohnehin restriktiv mit kritischen Künstlern umgeht, bürgert Biermann unmittelbar nach dem Konzert aus.

Aus der Bundesrepublik siedelte Biermann bereits 1953 freiwillig in die DDR über, um am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken. Doch seine eigenen, kritischen Gedanken sind offiziell nicht gefragt.

Biermanns Ausbürgerung nach dem Köln-Konzert löst in der DDR eine scharfe kulturpolitische Debatte aus. Zur Beruhigung kritischer Denker trägt die staatliche Machtdemonstration nicht bei.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Köln

Ort:
Deutz-Mülheimer Straße 51
50679 Köln



1977 | Gesellschaft

"Seien sie doch nicht so schüchtern..."

Der "Hite-Report - das sexuelle Erleben der Frau" erscheint auf Deutsch, und die zumeist männlichen Journalisten zeigen sich bei der Präsentation sprachlos ...

Jedenfalls fällt erstmal keinem eine Frage ein, weshalb die Autorin schließlich selbst einzelne Punkte ihres Werkes hervorhebt. Es geht um weibliches Lustempfinden, um Sex und Selbstbefriedigung, ermittelt durch über 100.000 Fragebögen, die die Autorin Shere Hite an Frauen in den USA mit der Bitte um anonyme Antwort verschickt hat. Immerhin gut 3000 kommen dem nach, die Auswertung ihrer Antworten führt zum Hite-Report.

Bei seinem Erscheinen 1976 ist der Hite-Report das Skandalbuch der Vereinigten Staaten, der Bertelsmann-Verlag legt es ein Jahr später in deutscher Sprache vor. Die Kernaussage stößt auch hierzulande viele Männer vor den Kopf: Die "sexuelle Revolution" habe die Frauen nicht wirklich befreit, denn bedingt durch männliches Sexualverhalten kann ein Großteil der Frauen beim Geschlechtsverkehr keine Lust empfinden.

Shere Hite fordert daher eine Veränderung des Sexualverhaltens der Männer, wird so zu einer Ikone der Frauenbewegung. Und in den USA parallel immer schärfer angefeindet - nicht der einzige Grund, warum sie nach der Buchpräsentation im September einige Jahre später wieder nach Deutschland kommt und sogar die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt: seit 1985 ist sie mit dem Kölner Pianisten Friedrich Höricke verheiratet.

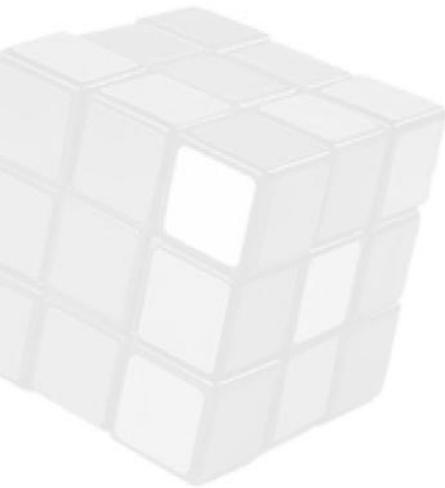
Der war wohl nicht schüchtern, und auch Shere Hite zeigt sich stark: Weitere "Hite-Reports" über Männer, Familie, sowie Frauen und Liebe folgen der ersten Untersuchung.

Dirk Bitzer

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1977 | Politik



Arbeitgeberpräsident entführt

Die "Rote Armee Fraktion" entführt in Köln am 5.9.1977 Arbeitgeber-Präsident Hanns-Martin Schleyer. Sie will Schleyer gegen inhaftierte Genossen austauschen. Wochenlange Fahndung, Polizeikontrollen mit vorgehaltener MP landauf, landab ...

Kaufhäuser: Symbole der Warengesellschaft, Horte des Überflusses. Ein brennendes Kaufhaus: In den Augen der RAF-Gründer ein Symbol, ein Fanal gegen den Konsumzwang des Kapitalismus. Die Flammen als eine Kampfansage an den US-Imperialismus, der Nordvietnam mit Brandbomben überzieht.

Die "Rote Armee Fraktion" ruft zum bewaffneten Widerstand auf. Ihre Gründer kommen aus dem Umfeld der Studentenbewegung, wollen das politische System in Deutschland gewaltsam verändern, Repräsentanten des "repressiven kapitalistischen Staates" durch Attentate vernichten.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Köln

Der eigentliche Kampf der ersten Generation um Andreas Baader und Ulrike Meinhof dauert nur ein paar Wochen, 1972 sind sie gefasst. Die zweite Generation der RAF forciert die Attentate und versucht, ihre inhaftierten Ikonen im "Heißen Herbst" zu befreien, scheitert aber.

Ort:
Vincenz-Statz-Straße 1
50933 Köln

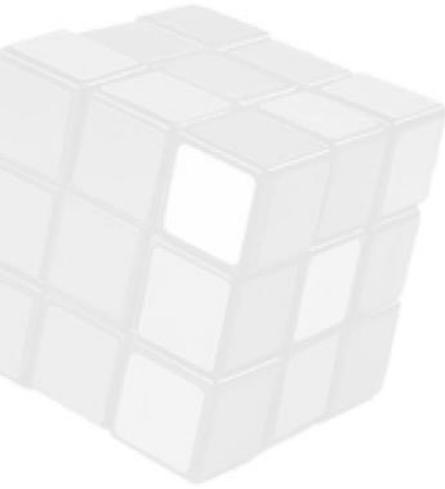
Die RAF findet kaum Unterstützung in der Bevölkerung, ihr Kampf für eine in ihren Augen freiere Welt bewirkt letztlich das Gegenteil: Eine Einschränkung der Bürgerrechte, um Terror frühzeitig abwenden zu können.

Eine dritte Generation scheitert in den achtziger Jahren endgültig, stellt Mitte der Neunziger den Kampf offiziell ein. Dreißig Menschen hat er das Leben gekostet.

Dirk Bitzer



1977 | Kultur



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Medien
Köln

Banküberfall für guten Zweck!

Eine Kindergärtnerin überfällt eine Bank, um einen Kinderladen zu finanzieren. Filme von Frauen sind anders!?

Sie haben andere Geschichten und eine andere Ästhetik, behaupten die jungen Filmemacherinnen. Für Diskussion sorgt der Kinofilm "Das zweite Erwachen der Christa Klages" von Margarethe von Trotta. Die Geschichte der Bankräuberin und Kindergärtnerin Christa Klages ist authentisch.

"Der Film reagiert auf die Stimmungslage des Terrorismus und zeigt neue frauenemanzipatorische Ausbruchsmänöver", weiß die Kölner Filmprofessorin Renate Möhrmann in einem der ersten Seminare zum Thema Frauenfilm an der Uni Köln.

Frauenfilme haben Konjunktur in den 70er und 80er Jahren. In dieser Zeit entwickeln filmschaffende Frauen auch ein eigenes branchenspezifisches Netzwerk. Hildegard Westbelt gründet den "Chaos Filmverleih" - einen Verleih nur für Frauenfilme.

Volkshochschulkinos und Filmfestivals greifen den Trend auf und bieten Frauenfilmreihen an. "Die Zahl der im Filmbereich arbeitenden Frauen wächst ständig, aber ihre Arbeits- und Förderungsbedingungen sind eher kläglich", meint Elfriede Schmitt vom "Verband der Filmarbeiterinnen", Köln.

Der Zusammenschluss von Regisseurinnen, Produzentinnen, Cutterinnen und Verleiherinnen fordert erstmals eine Quotierung im Filmbereich: geschlechterparitätische Besetzung aller Filmförderungsgremien, die Hälfte aller Förderungsgelder und Ausbildungsplätze für Frauen.

Ulrike Filgers



1977 | Umwelt & Ernährung

Die gekaufte Bürgerinitiative

Dem Klischee vom aufrechten, nur seinem Gewissen folgenden Öko-Helden versetzt eine Bergkamener Bürgerinitiative einen herben Schlag.

Die Mitglieder einer Bürgerinitiative haben aus Umweltschutzgründen Bedenken gegen den Bau eines Kraftwerkes durch den Stromerzeuger Steag.

Merkwürdig und zweifelhaft, aber kein Verbrechen: Ihre Einwände ziehen sie zurück, nachdem die Sprecher der Initiative Abfindungen von 40.000 Mark für sich und 20.000 Mark für jedes Mitglied ausgehandelt haben. Gesamtsumme 1,5 Millionen Mark, zahlbar von der Steag.

Als die WAZ am 2. Mai 1977 von diesen Vorfällen berichtet, verurteilen viele Bürger dieses Verhalten zwar als moralisch verwerflich. Das Oberlandesgericht Hamm, das den Fall anschließend behandelt, muss die Summe aber zwei Jahre später freigeben: Juristisch ist die Weste der Bürgerinitiativler sauber.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel

Ort:
Bergkamen



1977 | Politik

Heißer Herbst

Elf Gesinnungsgenossen sollen als Preis für das Leben von Arbeitgeberpräsident Schleyer freigelassen werden. Die Bundesregierung bleibt hart, nimmt schlimmstenfalls Schleyers Tod in Kauf: Ein Staat darf sich nicht erpressen lassen.

Großfahndung, Straßenkontrollen selbst an Autobahnausfahrten, ständig tagende Krisenstäbe der Politiker in Bonn: Deutschland im Ausnahmezustand, doch die Terroristen sind nicht aufzufinden.

Die Situation verschärft sich: Am 13.10.1977 entführen arabische Terroristen die Lufthansa-Maschine "Landshut", fordern ebenfalls die Freilassung der RAF-Häftlinge. Die Bundesregierung lehnt ab, am 18.10.1977 stürmt ein GSG 9-Kommando die Maschine und befreit die Geiseln.

Im Gefängnis Stuttgart-Stammheim liegen am nächsten Morgen Tote in den Zellen. "Mord oder Selbstmord?", fragen kritische Stimmen. Einen Tag später wird die Leiche des nun für die Terroristen "nutzlosen" Hanns-Martin Schleyer gefunden.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1977 | Politik

Schöne Bescherung

Ein Tag vor Weihnachten tritt der Vorsitzende der West-LB, Ludwig Poullain, zurück. Eine Personalaffäre, die sich bald auf die Landesregierung auswirkt.

Geldgeschenke braucht Ludwig Poullain, Vorsitzender der West-LB, wirklich nicht zu Weihnachten: Gerade erst Anfang Dezember hat er seinen Posten als Vorstandsvorsitzender der Landesbank um fünf Jahre verlängert. Doch da wird bekannt, dass er schon seit 1972 für einen Beratervertrag mit einem Finanzdienstleister eine Million zusätzlich verdient.

Nicht genug: Als ein Unternehmen dieses Dienstleisters in Schwierigkeiten gerät, gewährt Poullain gegen erhebliche Widerstände einen Kredit, stellt, nachdem sein Arbeitgeber verhaftet wird, sogar dessen Kautions.

Eigentlich wird vom Vorsitzenden des öffentlich-rechtlichen West-LB eine neutrale Position erwartet, die er als Berater aber kaum einnehmen kann. Einen Tag vor Weihnachten tritt er deshalb schließlich als Vorstandsvorsitzender zurück.

Die Affäre aber geht weiter: Mitglieder der Landesregierung wussten von Poullains Beratertätigkeit und hatten geschwiegen - obwohl sie in der Landesbank seine Arbeitgeber waren. Der West-LB-Skandal zieht seine Kreise...

Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf



1977 | Gesellschaft

Stop dem Schnellen Brüter

Am 24. September 1977 demonstrieren fast 100.000 Menschen gegen den Bau des "Schnellen Brüters" bei Kalkar.

Anti-Atomkraft-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik, aus Holland, Frankreich und Belgien haben zu der Kundgebung gegen den Schnellen Brüter aufgerufen, der nahe bei Kalkar am Niederrhein seit April 1973 im Bau ist.

Das Prinzip dieses Atomreaktor-Typs: er soll mehr spaltbares Uran produzieren, als er zur Energieerzeugung braucht. Damit will man sich von den weltweit knappen natürlichen Uranvorkommen abkoppeln.

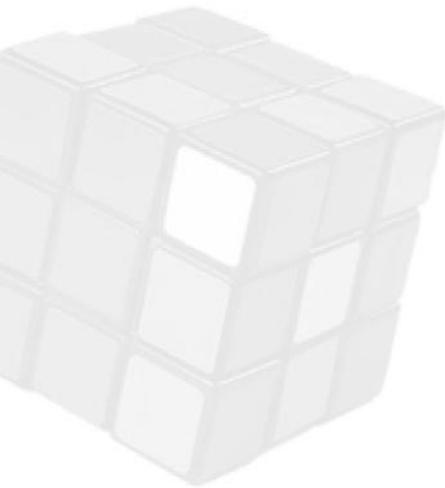
Die Demonstranten bezweifeln die technische Machbarkeit, zudem halten sie die Atomkraft grundsätzlich für zu gefährlich. Ein weiteres Argument: die Kosten. Zu Baubeginn kalkulierten Betreiber und Land noch mit insgesamt 700 Millionen DM, 1977 spricht man bereits von 2,3 Milliarden.

Bevor sich der kilometerlange Demonstrationzug vom Kalkarer Marktplatz zum Baugelände aufbrechen kann, müssen die Teilnehmer zahlreiche Polizeisperren passieren.

Viele tausend Demonstranten erreichen ihr Ziel gar nicht: die Polizei hat im gesamten Bundesgebiet Kontrollstellen eingerichtet. Um den Kundgebungsplatz herum bietet sie Wasserwerfer, Panzerwagen und Hubschrauber auf.

Während des ganzen Jahres 1977 kommt es in ganz Europa zu zahlreichen Großdemonstrationen gegen den Bau von Atomanlagen: es beginnt in Brokdorf und Grohnde (BRD), setzt sich in Bilbao (Baskenland) und Malville (Frankreich) fort und endet in Kalkar. In Malville stirbt ein Demonstrant durch die Gasgranaten der französischen Polizei.

Wolfgang Hippe



Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Markt 20
47546 Kalkar



1978 | Politik

"Frauen verwalten" bis zur Anerkennung ...

Im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird am 1. März 1978 der Arbeitsbereich "Allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten" eingerichtet.

Nur ein bürokratischer Schritt im Kampf um die Gleichstellung mit dem "starken Geschlecht": Die offizielle Reaktion der Politik auf die Frauenbewegung.

Die Einrichtung einer besonderen Stelle für "Frauenfragen" geht zurück auf Heinz Kühn, der 1975 die erste Frauenbeauftragte des Landes NRW ernannt: In Fragen, die die Stellung der Frau in der Gesellschaft betreffen, soll Barbara von Sell das Land beraten.

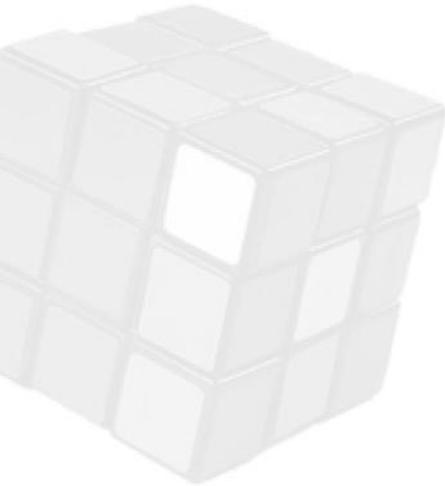
Tatsächlich gewinnt der neu geschaffene Arbeitsbereich in den kommenden Jahren noch an Bedeutung, ist Vorläufer eines eigenen Frauen-Ministeriums.

Thema:

Politik in NRW: Akteure und Ebenen Dirk Bitzer



1978 | Kultur



Thema:
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Medien

"Mit Pfefferminz bin ich Dein Prinz ..."

Mit Gold und Platin noch viel mehr! Marius Müller-Westernhagens zweites LP-Album wird der Kassenschlager des Jahres, der Interpret zum Kronprinzen des Deutschrock.

"Gebt Bayern den Bayern zurück!" ist im Jahre 1972 sein erster Erfolg als Sänger: Witzig, ironisch, und voll derber, ungeschminkter Aussagekraft - das ist das Image, mit dem Westernhagen seine Karriere als Musiker begründet.

Parallel dazu zeigt er sich durchaus feinfühlicher und wandlungsfähig als Schauspieler in Filmen wie "Verlorenes Leben" oder "Klaras Mutter".

Westernhagen, 1948 in Düsseldorf als Sohn eines Schauspielers geboren, schafft den Durchbruch, als 2,5 Millionen Zuschauer erleben, wie er 1980 als LKW-Fahrers Theo in dem Film "Theo gegen den Rest der Welt" von Herne aus durch halb Europa seinem geklauten LKW folgt. Die Filmrolle entspricht seinem musikalischen Image als "ehrliches Raubein".

Anfang der Achtziger löst er sich musikalisch von diesem Image, prompt kommt der Einbruch. Den er aber so beherzt wegsteckt wie Theo im Film: Westernhagen verlegt sich wieder auf die Schauspielerei, mimt erfolgreich in Filmen wie "Der Schneemann".

Erst 1987 präsentiert er sich wieder als Musiker: Jetzt nicht mehr in Jeans und Turnschuhen, sondern chic im Anzug.

Drei Jahre später veröffentlicht er den Song "Freiheit", der zur inoffiziellen Hymne der deutschen Wiedervereinigung wird. Politisch engagiert er sich nur selten, sitzt allerdings im Bundestagswahlkampf 1998 im Kulturbeirat des Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, unterstützt später auch die Initiative der rot-grünen Bundesregierung für eine Reform des Staatsbürgerrechts.

2001 erhält der ehemalige Jugend-Rebell das Bundesverdienstkreuz als Anerkennung seines Engagements gegen Rassismus und für die Integration der Jugend.

"Versuch Dich zu erinnern", lautet der Titel seiner Biografie, "Mit 18 lief ich in Düsseldorf rum, war Sänger in ´ner Rock´n´Roll-Band" die erste Zeile seines ersten Gold&Platin-Albums ...

Dirk Bitzer



1978 | Politik

Die Regierung wackelt ...

... doch alles wird gut: Alle Beteiligten der West-LB-Affäre können mit ihrem Ausgang zufrieden sein.

Warum nur hat Ludwig Poullain, Vorsitzender der West-LB, seinen millionenschweren privaten Beratervertrag verschwiegen, den er neben seiner Banktätigkeit hatte?

Das mag Finanzminister Halstenberg sich oft gefragt haben. Und auch, warum er selber, der doch davon wußte, nichts gesagt hat!? Im Januar 1978, gut einen Monat nach Poullain, muss auch Halstenberg schließlich seinen Posten räumen.

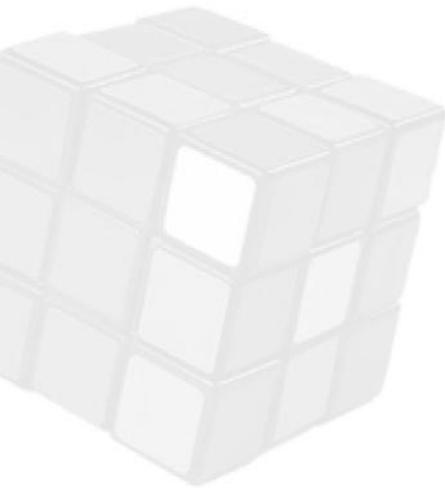
Angeschlagen aufgrund der politischen Verantwortung für seinen Finanzminister, vor allem aber auch aus gesundheitlichen Gründen, nimmt schließlich sogar Ministerpräsident Kühn Ende des Jahres seinen Hut. Der Politik bleibt er dennoch als Ausländerbeauftragter und Europaparlamentarier weiter verbunden.

Politisch verantwortlich ist er - das heißt aber nicht, dass Kühns persönlicher Leumund, von allen Parteien hoch geschätzt, unter der West-LB-Affäre gelitten hat.

Auch deren Hauptfigur, Ludwig Poullain, kommt unbeschadet aus der Affäre: In einem Strafprozess spricht das zuständige Gericht ihn frei - was auch den Ruf von Ex-Finanzminister Halstenberg rettet.

Während Poullain unter anderem als Berater eines Elektronik-Konzerns und eines ausländischen Finanzunternehmens arbeitet, wird Halstenberg zum neuen Schatzmeister der SPD gewählt. Während die alten Bekannten nunmehr in der zweiten Reihe tätig sind, betritt eine neue Kraft die Bühne: Einen "Neuen Anfang für bewährte Politik" verspricht der neue Ministerpräsident Johannes Rau beschwichtigend am 27. September. Ganz getreu seinem Motto: "Versöhnen statt spalten."

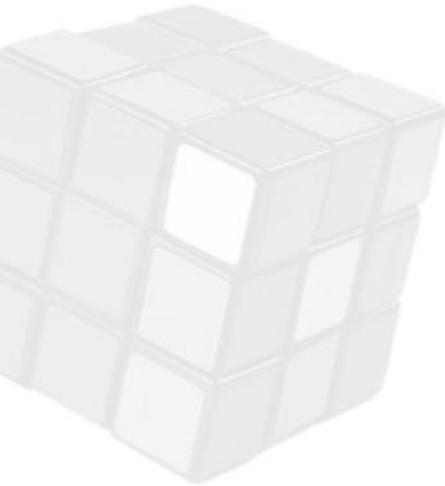
Dirk Bitzer



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1978 | Wirtschaft



Stahlkocher im Streit

Was lange währt, wird schließlich gut. Und was lange gärt? Wird schließlich Wut! Ungenügende Lohnzusagen, der Arbeitsplatz bedroht: Die Stahlkocher treten in den Arbeitskampf, den ersten seit über 50 Jahren.

Neben damals recht moderaten Wünschen - Lohnerhöhung um 5% und mehr Urlaubstage - ist es vor allem eine Forderung, die die Fronten verhärten lässt: Die IG Metall will die 35-Stunden-Woche, verspricht sich davon neben einer "Humanisierung" der Arbeit auch deren bessere Verteilung. Gerade in der Stahlkrise könnten so Entlassungen verhindert werden, letztlich sogar neue Stellen geschaffen werden.

Die Arbeitgeber lehnen kategorisch ab: Für die Betriebe bedeute das eine Kostensteigerung. Sie befürchten, dass die Einführung der Arbeitszeitverkürzung im Stahl nur der Anfang ist, andere Branchen nachziehen könnten.

Nach Streiks und Aussperrungen vermitteln schließlich besorgte Politiker, und am Ende können alle ihr Gesicht wahren: Es gibt 4% Lohnerhöhung und offiziell bleibt es bei der 40-Stunden-Woche, durch bezahlte Freischichten ist diese Grenze aber de facto durchbrochen.

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1978 | Kultur

Street Geiging Man

Der musikalische Streetfighter Klaus der Geiger lässt am 1. Dezember 1978 im Rahmen des Russel-Tribunals den Bogen flitzen.

Das 3. Internationale Russel-Tribunal tagt 1978/79 unter anderem in Köln. Der Protest richtet sich gegen die sogenannten Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich beteiligt sich Klaus der Geiger am kulturellen Rahmenprogramm, auch aus persönlichen Gründen. Schließlich hatte man ihm ein paar Jahre zuvor den Berufsabschluss verweigert, als er von der Musikhochschule flog. Drei Tage vor seiner Prüfung - weil er ein Pamphlet gegen stupide Lernformen verteilte.

Aus dem gebürtigen Klaus von Wrochem wird nun Klaus der Geiger, ein Bürgerschreck und Virtuose der Asphaltmusik. Laut tönende Angriffe gegen die Mächtigen im Lande machen den Wahl-Kölner zu Deutschlands bekanntestem Straßenmusiker. In kaum einer wichtigen Auseinandersetzung fehlt er, in kaum einer Fußgängerzone hat er nicht gespielt.

"Doch nicht mit Krieg und Hass und Rache" - so besingt er seine Gefühle anlässlich der Anschläge vom 11. September auf das World Trade Center - "denn Leben ist eine heilige Sache. Das zu erkennen, sind wir vielleicht hier. Und wenn wir kämpfen, dann nur dafür. Dann nur dafür."

Walter Muffler

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1979 | Gesellschaft

Gräber gen Mekka!

Keine Totenruhe für Moslems in NRW?

Muslime gönnen ihren Toten unbefristete Ruhe; Christen meinen dagegen, 20 Jahre sind genug - und lassen die Gräber dann auf. Muslime bestatten im Leichentuch - Christen wollen Sarg oder Urne. Klar, dass es auf deutschen Friedhöfen, wo immer mehr Islamgläubige begraben werden, bald zu Konflikten kommt.

Am 22. November 1979 einigen sich die Stadt Aachen und das Islamische Zentrum der Bilal-Moschee: In einem abgetrennten Bereich des Friedhofs werden Gräberreihen für Muslime angelegt. Sie sind nach Mekka ausgerichtet, und die Leichname dürfen dort ohne Sarg beerdigt werden.

1995 kommt es zu einem neuen Konflikt: Im Kölner West-Friedhof sollen nach Ablauf der normalen Frist 277 Reihengräber auf dem islamischen Gräberfeld eingeebnet werden. Nach einer Klage kommt es auch hier zu einem Kompromiss.

Ende 2002 tritt ein neues Bestattungsgesetz für NRW in Kraft: Muslime dürfen nun selber Friedhöfe betreiben.

Irmgard Bernrieder

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Aachen



1979 | Kultur

Kotzbeutel an der Theaterkasse!?

Mit seiner Inszenierung der Euripides-Tragödie "Die Bakchen" trifft Holk Freytag am Schlosstheater Moers einen empfindlichen Nerv der Moerser.

Nach der Premiere am 21. Oktober 1979 rät ein CDU-Ratsherr, man möge an der Theaterkasse Kotzbeutel ausgeben.

Überregionale Theaterkritiker sehen das anders: Die Inszenierung des kleinsten bundesdeutschen Stadttheaters mit einem Mini-Etat von wenig mehr als einer Million Mark wird zum Treffen der besten deutschsprachigen Theateraufführungen nach Berlin eingeladen.

Unterstützt von der SPD-Mehrheitsfraktion - die die Losung "Kultur für alle" ernst nimmt - folgt Schlosstheater-Intendant Holk Freytag unbeirrbar dem selbstgestellten Anspruch: Theater als ungeschönter Ort der Aufklärung, Theater als Spiegel - auch wenn es weh tut, darin die eigenen Fratzen zu erkennen.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Kastell 6
47441 Moers

Irmgard Bernrieder



1980 | Politik

Der Krefelder Appell

... ist eines der wichtigsten Dokumente der westdeutschen Friedensbewegung.

Der "Krefelder Appell" fordert die Bundesregierung 1980 auf, unter den NATO-Staaten auf einseitige Abrüstung und auf einen Verzicht der Stationierung amerikanischer Atomraketen in Europa zu drängen. Im Laufe mehrerer Jahre unterschreiben ihn fast fünf Millionen Menschen.

Ein Ziel, das auch der DDR-Führung willkommen ist. Sie unterstützt die Mit-Organisatoren des Appells im Westen: Die Parteien DKP und DFU. Die bemühen sich, auch nicht-kommunistische Kräfte wie die GRÜNEN Petra Kelly und Gert Bastian einzuspannen.

Die Aktion der DDR-Strategen geht nach hinten los: Der Erfolg der undogmatischen Pazifisten führt auch in der DDR zur Entwicklung einer eigenen Friedensbewegung.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer

Ort:
Krefeld



1980 | Politik

Landeskinder wählen

Landtagswahl am 11.5.1980: Johannes Rau gewinnt in seiner ersten Wahl eine eigene Mehrheit, und was für eine! Bei soviel Zuspruch muss er in den kommenden Jahren seine Landeskinder einfach lieben!

Nach der Kohle- verschärft sich jetzt die Stahlkrise. Der SPD, als "Macher"-Partei ausgewiesen, vertrauen die Wähler auch bei der Bewältigung dieses Problems: "Mit Volldampf..." die absolute Mehrheit für die SPD!

Und das, obwohl sie keine 50% der Stimmen erreicht. Aber im Landtag sitzen nur noch zwei Parteien. Die SPD profitiert von der FDP, vielmehr von deren hauchdünnem Ausscheiden: "Mut zur Freiheit, Mut zur Verantwortung" - jetzt der Mut zum Neubeginn ...

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1981 | Kultur

Als Verbote noch verboten waren

Cochise am 28.10.1981 beim Solidaritäts-Konzert in der besetzten Mensa der Uni Bochum

"Die Bürokraten schmeißen wir aus dem Rathaus raus / Und machen für uns alle ne Pommesbude draus." Das Publikum kennt die Zeilen von "Jetzt oder Nie - Anarchie" und alle singen mit, als "Cochise" das Stück in der Uni-Mensa vorträgt. "Wir nehmen uns die Häuser, wir zahlen keine Mieten / Es gibt nur ein Gesetz, es ist verboten zu verbieten!"

"Cochise" gibt in der ersten Hälfte der 80er so viele Konzerte wie keine andere Band in Deutschland. Gegründet 1979 von Pit Budde in Dortmund, benannt nach dem Apachen-Häuptling Cochise. Folgerichtig bezeichnen sie sich selbst als "Indianer-Rock-Band" - aber, logo, nicht die Prärie ist ihr zuhause, sondern die linksalternative Bewegung.

"Schöner wohnen - Abber fix!" heißt das Motto für die Welle von Hausbesetzungen im Ruhrgebiet, die auch die Bochumer Mensa erfasst. Der Erlös des Solidaritäts-Konzerts gehen an die Besetzerräte in Bochum, Dortmund, Essen und Gelsenkirchen: "Lieder, Reggae, Rock und Dampf - Kohle für den Häuserkampf".

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Universitätsstraße 150
44801 Bochum

Walter Muffler



1984 | Politik

Frauen, die sich trauen

In NRW sind die Grünen zwar noch nicht im Landtag, doch in Wuppertal wird am 16.10.84 Irmgard Wohlerter zur ersten grünen Bürgermeisterin Deutschlands gewählt!

Andere heißen Antje und Annemarie, Waltraut, Christel: In Bonn wählt die Bundestagsfraktion der GRÜNEN im April einen rein weiblichen Fraktionsvorstand, als erste Partei in der Geschichte der Bundesregierung. Das "Feminat" ...

Sie übertreffen damit sogar ihre erfolgreiche Forderung nach einer Frauenquote von 50%. Das "Feminat" ist 100% weiblich: Frauen, die sich trauen!

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Ort:
Wuppertal



1984 | Gesellschaft

Fundamentalismus in Deutschland

Kalif von Köln plant Umsturz in der Türkei: Cemalettin Kaplan gründet 1984 einen Verband.

Politische Gewalt predigt Cemalettin Kaplan seinen Anhängern in Köln, wo er im politischen Asyl lebt. 1984 gründet er den „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden“. Sein Ziel: eine „Anatolische Islamische Republik“ unter seiner Führung in der Türkei. Weil er politisches Asyl genießt, darf er nicht in die Türkei ausgeliefert werden.

1995 stirbt Kaplan, sein Sohn Metin folgt ihm als Kalif. Das Oberverwaltungsgericht Münster entscheidet am 26. Mai 2004, dass Metin Kaplan in die Türkei abgeschoben werden darf. Das Verwaltungsgericht Köln setzt seine Abschiebung für zwei Monate aus. Der Vorgang löst eine breite Debatte über die „Ohnmacht“ des deutschen Rechtsstaat aus.

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Hayrettin Aydin

Ort:
Köln



1985 | Kultur

"Ganz unten"

Auf der untersten Stufe der sozialen Leiter lebt der Journalist Günter Wallraff in der Rolle des türkischen Leiharbeiters Ali Levent Sigirlioglu.

Der Journalist Wallraff ist bekannt für investigative Recherchen, enttarnte unter anderem bereits die Meinungsmache bei der Bild-Zeitung.

Am 21. Oktober 1985 erscheint das Buch "Ganz unten", in dem Wallraff zwei Jahre seines Leben als Leiharbeiter für eine Industriemontage-Firma schildert, maskiert als Türke mit schwarzem Toupet und dunklen Kontaktlinsen.

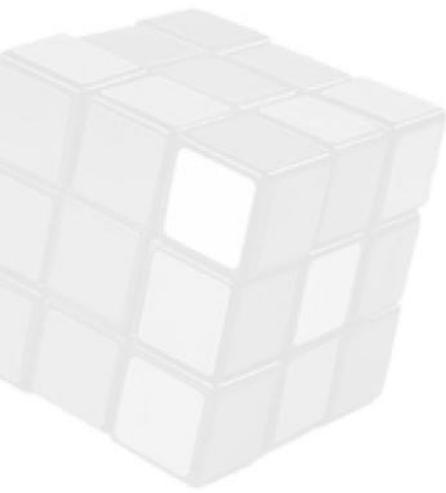
Die Firma verleiht ihre Arbeiter an einen Subunternehmer, der Wallraff und Kollegen unter anderem bei Thyssen Fabrikanlagen reinigen lässt: 24-Stunden-Schichten, ohne Helm und Atemschutz, sind normal für die größtenteils ausländischen Leiharbeiter.

Von 52 Mark regulärem Stundenlohn, den Thyssen an den Subunternehmer zahlt, gibt der 25 Mark an den Verleiher weiter. Als letztes Glied der Kette erhält "Ali" davon noch neun Mark, ist weder renten- noch krankenversichert: Moderner Sklavenhandel!

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen





1985 | Bildung

150 Forschungsprojekte abgeschlossen

Türkei- und Migrationsforschung 1985 in Bonn gegründet

Das "Zentrum für Türkeistudien" geht 1985 in Bonn an den Start.

Bis heute ist das Zentrum europaweit einzigartig. Mit Unterstützung des "Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft" und der "Freudenberg-Stiftung" wird über die Türkei und die deutsch-türkische Verständigung geforscht. Im Jahr 2002 hat es bereits 150 Forschungsprojekte abgeschlossen und seinen Sitz mittlerweile in Essen.

Untersuchungen über Zuwanderer bekommen zusehends Bedeutung. Das Institut wird zum wichtigen Ansprechpartner für Wissenschaft und Politik - und ist seit 2002 eine Stiftung des Landes NRW.

Thema:

Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

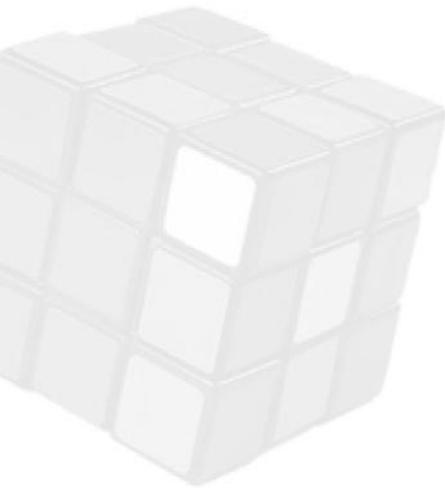
Hayrettin Aydin

Ort:

Bonn



1985 | Politik



Absolut!

Ministerpräsident Rau erringt mit der SPD auch bei der Landtagswahl am 12.5.1985 die absolute Mehrheit, diesmal deutlich über 50%.

"Aufschwung nur mit uns!", wirbt die CDU und übersieht dabei, dass die SPD bereits auf einige Erfolge im Strukturwandel des Landes verweisen kann: Nur noch vier Prozent der Wirtschaft hängen an Kohle und Stahl, der Ministerpräsident ist auf dem besten Weg zur Landeslegende.

Landesvater ist er ohnehin schon: "Wir in NRW und unser Ministerpräsident." Der SPD gelingt es, durch ihre Erfolge den Eindruck zu erwecken, sie wäre im Land schon immer die prägende Kraft gewesen. Mit diesem Image schafft sie es auch, die neuen Konkurrenten auf Abstand zu halten. "SPD - Arbeit und Umwelt", will heißen: Wer hier das eine geschafft hat, schafft auch den Rest.

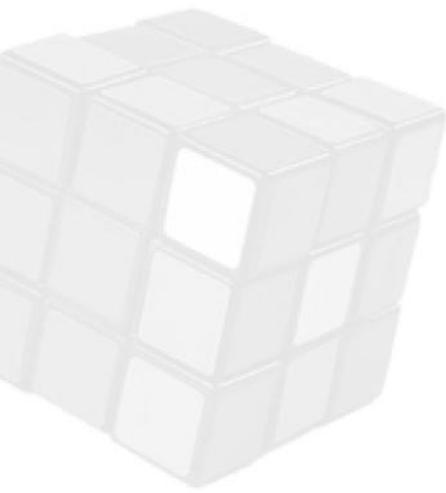
Die GRÜNEN schaffen noch nicht mal den Einzug ins Parlament, sind aber mit 4,6% voll in der politischen Pubertät. Muskelspielchen: "Langweiler aller Parteien verschont uns - wir haben genug davon!"

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Ständehausstraße 1
40217 Düsseldorf

Dirk Bitzer





1985 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahl 12.5.1985

Wahlbeteiligung: 75,2%

CDU: 36,5%

SPD: 52,1%

FDP: 6,0%

GRÜNE: 4,6%

[Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1950-2005, aufbereitet von der Landeswahlleiterin NRW]

Thema:

Wahlen, Wahlkampf, Parteien

Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:

Ständehausstraße 1

40217 Düsseldorf



1986 | Politik

Aus zwei mach eins

Die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe fusionieren zur CDU NRW. Der erste Landesvorsitzende heißt Kurt Biedenkopf.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1945 verfügt die nordrhein-westfälische CDU über zwei Landesverbände, die seit 1956 durch ein gemeinsames Landespräsidium verbunden sind.

Solange die CDU an der Regierung beteiligt ist, hat dieses Gremium allerdings wenig Bedeutung. Im Rheinland und in Westfalen-Lippe macht man eine jeweils eigenständige regional ausgerichtete Politik.

Erst in der Oppositionszeit nach 1966 wird ein Zusammengehen zunehmend thematisiert, auch um das Auftreten im Düsseldorfer Landtag zu optimieren.

1985 legt eine von beiden Landesverbänden paritätisch besetzte Strukturkommission unter Vorsitz von Kurt Biedenkopf ein erstes Konzept für die Fusion vor. Vorgesehen ist u.a. eine gemeinsame Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf.

Das Debakel bei der Landtagswahl im gleichen Jahr beschleunigt den Einigungsprozess – die CDU erreichte nur 36,5 %. Die Fusionsverhandlungen gestalten sich dennoch schwierig, mehr als einmal müssen die Vorsitzenden Biedenkopf (Westfalen) und der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen (Rheinland) vermitteln.

Schließlich besiegeln die Delegierten beider Landesverbände am 8. März in der Düsseldorfer Stadthalle den Zusammenschluss. Erster Vorsitzender der CDU NRW wird Biedenkopf, Pützhofen wird sein Stellvertreter.

Biedenkopf ist auch Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. 1987 wechselt er in den Bundestag und wird schließlich im Oktober 1990 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Sein Nachfolger als Vorsitzender der CDU NRW wird im Mai 1987 Norbert Blüm.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Fischerstraße
Düsseldorf



1986 | Staatspreis NRW

Walter Dirks

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1986.

Der linkskatholische Publizist Walter Dirks (1901 - 1991) wurde in seiner Jugend von der "sozialen Frage" und der Atmosphäre des Ruhrgebietes ebenso geprägt wie von der katholischen Jugendbewegung "Quickborn".

Ein Theologiestudium mit dem Ziel Priester bricht er ab. Er nähert sich dem Christlichen Sozialismus an und wird Journalist und Redakteur verschiedener Zeitungen. Nebenher studiert er Philosophie, eine geplante Dissertation über das Werk des marxistischen Philosophen Georg Lukács kann er wegen der Machtergreifung der Nazis nicht abschließen.

1933 kommt er vorübergehend in Schutzhaft. Er lehnt eine Emigration ab und überlebt als "unpolitischer" Musikkritiker der "Frankfurter Zeitung". Insgeheim hält er Kontakt zum katholischen Widerstand.

Nach dem Krieg gibt er zusammen mit Eugen Kogon die "Frankfurter Hefte" heraus, eine der einflussreichsten gesellschafts- und kulturpolitischen Publikationen der Zeit.

Von 1956 bis zur Pensionierung 1967 leitet er die Hauptabteilung Kultur im Hörfunk des WDR.

Thomas Seiterich-Kreuzkamp über Dirks: "Walter Dirks war Zeit seines langen Lebens ein "Progressiver", ... ein der Arbeiterbewegung verbundener politischer "Merker", Kommentator und Denker, Nichtparteilicher, doch Sympathisant der SPD.... Walter Dirks hatte eine markante Rundfunkstimme. Dirks' kehlige, eher hohe als tiefe Kommentatorenstimme - die Hochdeutsch sprach und gleichzeitig die Dortmund-Hörder Herkunft nicht verleugnete - ist vielen Hörerinnen und Hörern der WDR in lebendiger Erinnerung."

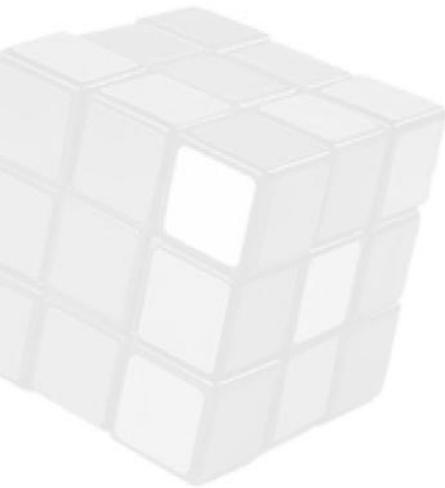
[Die vollständige Würdigung von Thomas Seiterich-Kreuzkamp ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 8 -14.]

Wolfgang Hippe

Thema:
Ruhrgebiet
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1987 | Politik



Neue Heimat: Alte Wohnung

Massenhafter Wohnungsverkauf droht, als Mitte der achtziger Jahre der DGB-eigene Wohnungskonzern "Neue Heimat" vor der Pleite steht. Das Land NRW rettet Tausende vor der Obdachlosigkeit - mit einer Mark Anfangsinvestition.

In ganz Deutschland rotieren die Landesparlamente, um die Folgen des Zusammenbruchs des Gewerkschafts-Wohnungskonzerns sozial verträglich aufzufangen. Neben der Kostenbelastung aber auch ein politischer Image-Zugewinn.

Einige der übernommenen Wohnungen sollen als subventionierte Sozialwohnungen billig vermietet werden. NRW kauft für eine DM von der nordrhein-westfälischen "Neuen Heimat" 37.000 Wohnungen, immerhin Wohnraum für 100.000 Menschen. Möglich macht diese Lösung ein Verzicht der Gläubigerbanken der "Neuen Heimat" auf 38 Millionen Mark offener Forderungen.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Neuer Eigentümer sind nun zwei landeseigene Wohnungsbaugesellschaften. Damit setzt die Landesregierung ihre Reserven ein: Das Kapital der Wohnungsbaugesellschaften, bisher ein Aktivposten im Landeshaushalt, ist nun zu einem großen Teil nötig, um die Wohnungen zu betreiben. Finanzkraft contra sozialem Engagement: Am 21. Dezember 1987 stimmt der Landtag dem Kauf zu.

Dirk Bitzer



1988 | Staatspreis NRW

Carola Stern

Staatspreisträgerin des Landes Nordrhein-Westfalen 1988.

Carola Stern (1925 - 2006) spiegelt in ihrer Biographie wie kaum eine andere Persönlichkeit die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Sie ist als "Jungmädel" beim nationalsozialistischen "Bund deutscher Mädel" (BDM), wird Junglehrerin in der Sowjetischen Besatzungs-Zone und Eliteschülerin der Parteihochschule der SED, spioniert in der DDR für die USA und flieht 1951 in den Westen, als ihre Tarnung auffliegt.

An der Freien Universität Berlin studiert sie Politische Wissenschaften und Soziologie, arbeitet als Verlagslektorin in Köln und wird 1970 Redakteurin beim WDR.

Ab 1985 arbeitete sie als freie Publizistin und veröffentlicht eine Reihe erfolgreicher Biographien, unter anderem über Dorothea Schlegel, Rahel Varnhagen, Helene Weigel und Bert Brecht, Gustav Gründgens und Marianne Hoppe.

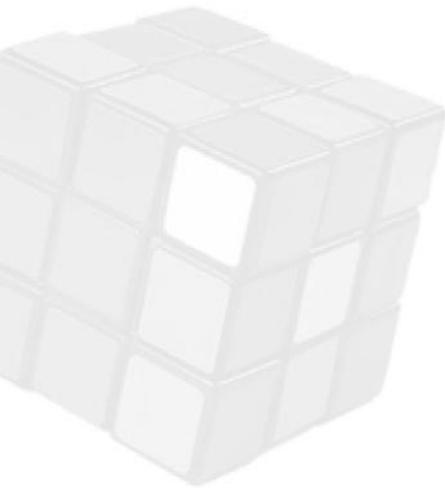
Sie gründet 1961 die bundesdeutschen Sektion von "amnesty international" mit, arbeitet im Deutschen PEN und wird Mitglied der SPD.

Ihre 2001 erschienene Autobiographie wird 2004 unter dem Titel "Carola Stern - Doppelleben" von Thomas Schadt für die ARD verfilmt.

Carola Stern in ihren Erinnerungen über ihren frühen Berufswunsch: "Oma, wenn ich groß bin", sagte ich zu meiner kranken Großmutter, "dann predige ich im Radio für dich! Und wenn ich nicht mehr predigen mag, erzähle ich dir Geschichten!" "Tu dat, vertell mi wat, min Kind!" antwortete Oma Schwandt. Während meiner Schulzeit war ich mächtig darauf aus, einmal ein leibhaftiges Wesen kennenzulernen, "das beim Rundfunk spricht". Doch auf unsere Insel schien sich keines zu verirren. Das lang ersehnte Ereignis trat erst später ein..."

[Der vollständige Auszug aus Carola Sterns Autobiografie "Doppelleben" ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 33 - 38.]

Wolfgang Hippe



Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1989 | Staatspreis NRW

Georg Meistermann

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1989

Georg Meistermann (1911 – 1990) gilt als einer der herausragenden Künstler des 20. Jahrhunderts. Er erneuerte die profane und sakrale Glasmalerei, bei der er gekonnt Licht und Raum nutzte.

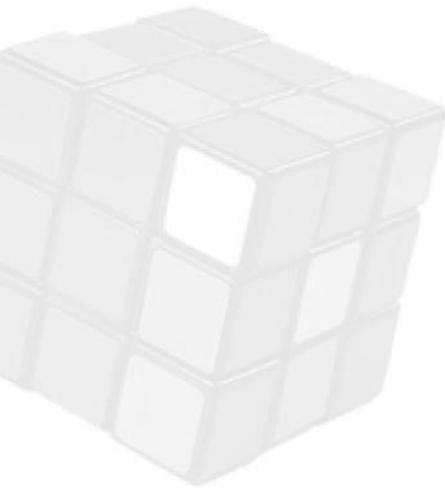
Ähnliche „Raumpläne“ finden sich auch in seinen Bildern wieder, für die ein stets wiederkehrendes Motiv das „Schweben“ war, ein körperloses Verschieben oft hieroglyphisch verschlüsselter Botschaften in der Fläche.

Als wortgewaltiger Anwalt seiner moralischen und gesellschaftspolitischen Ansichten forderte der gläubige Katholik seine Künstler-Kollegen immer wieder auf, für eine humanere Gesellschaft einzutreten. Und distanzierte sich zugleich von der Amtskirche: „Ich mache Propaganda für den christlichen Glauben, ich mache ganz sicher keine Propaganda für die Kirche.“ Bei den Nazis galt Meistermann als „entarteter Künstler“.

Sein Leben und Werk ist unlösbar mit seiner Frau Edeltrud verbunden, wie Justinus Maria Calleen schreibt: „Als Paar und Team hatten sie die bemerkenswerten, katalysatorischen Fähigkeiten, sich permanent mit neuen Kräften der Hoffnung zu beschenken. In gelegentlichen Anflügen kämpften beide mit depressiven Stimmungen. Dafür saßen ihnen unter anderem die traumatischen Erfahrungen der Entmündigung durch den Nationalsozialismus zu tief in den Knochen. Ein anderer Grund war, dass beide sich nicht von ihren Vätern für ihren unkonventionellen, nicht bürgerlichen, beruflichen Lebensweg unterstützt fühlten. In allen ihren Lebensabschnitten mussten sie sich permanent gegen zahlreiche Widerstände und Anfeindungen durchsetzen. Der eine als Künstler und die andere als Wissenschaftlerin.“

[Die vollständige Würdigung von Justinus Maria Calleen ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 63 - 73]

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Solingen



1990 | Medien

"Rita, wat kosten die Kondome?"

Social Advertising aus NRW: Der AIDS-Spot "Supermarkt" mit Hella von Sinnen gerät in die Schlagzeilen.

Sozial-Werbung soll soziale Vorstellungen, Wertmaßstäbe und Verhaltensnormen beeinflussen. Für das neue Thema Aids eine große Herausforderung.

Mit dem Spot "Supermarkt" beginnt 1990 eine Kommunikationsstrategie, die die ernste Botschaft "Gib Aids keine Chance!" in einem witzigen "Minimovie" platziert. Der Spot wird zum erfolgreichsten und bekanntesten Aushängeschild der Kampagne.

"Dazu trugen die prominenten Darsteller Hella von Sinnen und Ingolf Lück bei.

Aber besonders der Spruch 'Rita, wat kosten die Kondome', den Hella von Sinnen als blonde Kassiererin mit durchdringender Stimme durch den Supermarkt brüllt, um ihre Kollegin nach dem Preis der Kondome zu fragen", erzählt Karl Heinz Rehbach von Milestone-Pictures, der Kölner Filmproduktionsfirma, die diesen und weitere Spots zum Thema "Aids" für die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung realisierte.

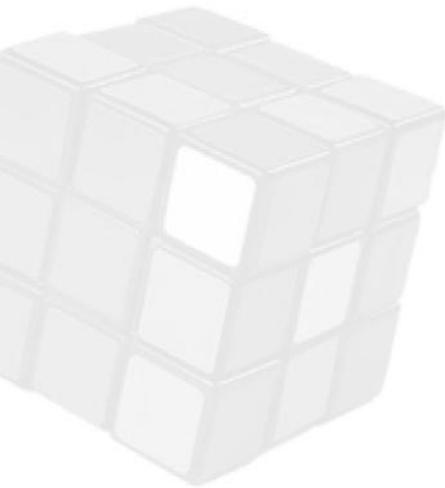
"Die ursprüngliche Spottfassung 'Rita, wat kosten die Kondome?' musste in 'Tina, wat kosten die Kondome?' geändert werden, da ein möglicher Bezug zur früheren Gesundheitsministerin Rita Süßmuth unbedingt vermieden werden sollte!"

Ulrike Filgers

Thema:
Medien
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1990 | Staatspreis NRW



Adolf Schmidt

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1990.

Adolf Schmidt (geb. 1925) gilt als "einer der Großen der deutschen Gewerkschaftsbewegung".

Zwischen 1969 und 1985 ist der "Gewerkschaftspolitiker" Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Eine der Herausforderungen in seiner Amtszeit ist die Neuorganisation des Kohlebergbaus und die Einbettung der Kohlepolitik in ein energiepolitisches Gesamtkonzept. Damit einher gehen der Abbau der Produktionskapazität und Zechenschließungen.

Auch als Bundestagsabgeordneter (1972 - 1986) und als Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes (1971 - 1984) widmete er sich der Energiepolitik.

In seine Amtszeiten fallen u.a. die Einführung des Kohlepennings (1974) und der sog. Jahrhundertvertrag über den Bezug deutscher Steinkohle durch die Kraftwirtschaft bis 1995. Er wurde 1980 beschlossen. Schmidt ist auch einer der Gründerväter des Initiativkreises Ruhrgebiet.

Jörg Schäfer über Adolf Schmidt als "Vermittler zwischen den Welten": "Unser Gedanke war, sagt Schmidt, eine Einheitsgesellschaft, in der die ungeteilte Verantwortung im Ruhrkohle-Tagebau zusammengefasst und die Situation der Beschäftigten besser wird." Die Fülle der Aufgaben, die 1969 auf den neuen Gewerkschaftsboss zukam, war groß. Für die Gründung der Ruhrkohle AG gab es kein historisches Beispiel. Nirgendwo hatte es jemals einen so tiefen Einschnitt in die Strukturen eines Wirtschaftszweiges gegeben, wie ihn die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft im Ruhrgebiet betrieben. Sie konnten weder aus Fehlern lernen, noch gelungene Beispiele zum Vorbild nehmen."

[Die vollständige Würdigung von Jörg Schäfer ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 83 - 90.]

Wolfgang Hippe

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1990 | Wirtschaft

Fusion in Westfalen

Nixdorf, der Paderborner Computerkonzern, ist 1990 am Ende: Nur ein Deal mit Siemens rettet den westfälischen Rechnerbauer.

1990 steht die einst so erfolgreiche Firma Nixdorf kurz vor dem Konkurs - 30.000 Beschäftigte bangen um ihre Arbeitsplätze. Doch ein edler Ritter eilt zur Hilfe: Siemens übernimmt großzügig Beschäftigte und Altschulden. Ab sofort heißt die Firma Siemens-Nixdorf.

Die Gewerkschaft IG Metall sieht den Vorgang kritischer und vermutet Mäuschelei: Möglicherweise habe der amtierende Bundeskanzler Kohl die Hände im Spiel gehabt, da ihm eine Massenentlassung kurz vor den ersten gesamtdeutschen Wahlen äußerst unangelegen käme. Der vermutete Deal: Siemens bekommt vom Bund milliardenschwere Aufträge beim Ausbau der maroden Ost-Telekommunikation - als Ausgleich für die Nixdorf-Rettung.

Siemens-Nixdorf ist bald schon wieder Geschichte. 1999 wird die Computersparte an Fujitsu weiterverkauft. Doch der Name Nixdorf lebt weiter: Seit 1. Oktober 1999 gibt es IT-Lösungen für Banken und Handel aus dem Hause Wincor-Nixdorf. Firmensitz: Paderborn.

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Paderborn

Philipp Sanke



1990 | Wirtschaft

Höfesterben

Laute Böllerschüsse vor dem Aachener Rathaus, wütende Menschenmassen: am 13. Februar 1990 treibt die Angst die Bauern auf die Straßen.

Unterstützt von Trecker-Kolonnen aus den Benelux-Staaten protestieren 8.000 Landwirte gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels auf ihre Kosten.

Bisher gleicht die EU bei Agrar-Exporten den niedrigeren Weltmarkt-Preis durch Subventionen aus, die sie den EU-Bauern zahlt. Das kostet jährlich den Großteil des gesamten EU-Budgets. Die USA fordern, diese Subventionen zu streichen, wollen auch die EU-Import-Zölle für US-Waren gesenkt sehen.

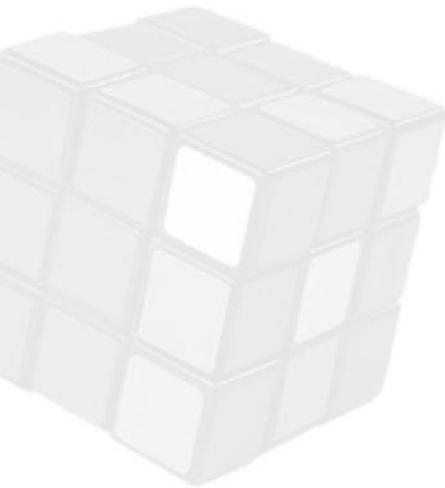
Die Bauern befürchten, das dann Europa von US-Waren überflutet wird. Bereits jetzt importiert die EU amerikanische Agrarwaren im Wert von 30 Milliarden Mark, ein Wert, den EU-Waren in den USA nie erreicht haben. Steht ein Höfesterben bevor?

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Europa/EU
Politik in NRW: Akteure und Ebenen Dirk Bitzer

Ort:
Markt
52062 Aachen



1990 | Politik



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Mach's noch einmal, Johannes!

Tatsächlich: Bei der Landtagswahl am 13. Mai 1990 holt Johannes Rau das dritte Mal in Folge die absolute Mehrheit für die SPD!

Gescheiterter Kanzlerkandidat, Stahlkrise in Rheinhausen, Gesundheitsbeschwerden. Alles Vergangenheit, egal egal: Johannes Rau holt das dritte Mal die absolute Mehrheit für die SPD. Zukunftssorgen der Wähler, NRW könnte zum Armenhaus der Republik absteigen, begegnet er offensiv, fordert Vertrauen: "Wir machen unser Land zur Nummer 1 in Deutschland". Und wenn's der Landesvater sagt ...

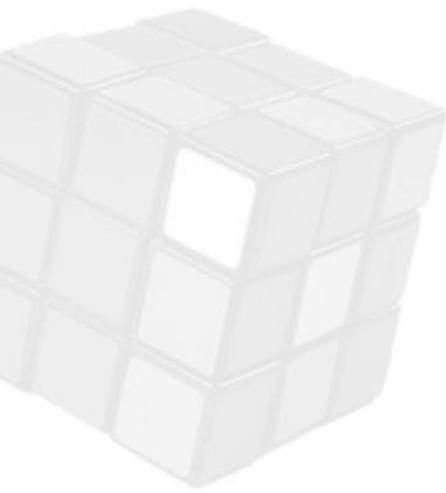
Diese etablierte Landesvaterschaft wollen die kleinen Parteien nicht anerkennen: "NRW braucht Bewegung!" Nur knapp schließen sich den GRÜNEN so viele Wähler an, dass sie zum ersten Mal links an der SPD vorbei ins Parlament schlüpfen.

Auch der FDP reicht es, in ihren Augen verschläft die SPD die Erneuerung des Landes: "Wir in NRW sind lange genug von Johannes dem Zauderer regiert worden!".

Die CDU gibt sich staatsmännisch: "Damit der Sozialismus geht". Nach dem Fall der Mauer sollen die bundespolitischen Erfolge der Union auch im Land Wähler bringen.

Dirk Bitzer





1990 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahl 13.5.1990

Wahlbeteiligung: 71,8%

CDU: 36,7%
SPD: 50,0%
FDP: 5,8%
GRÜNE: 5,0%

[Die #S26##Ergebnisse der Landtagswahlen 1950-2005, aufbereitet von der Landeswahlleiterin NRW]

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1991 | Staatspreis NRW

Lew Kopelew

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1991

Lew Kopelew (1912 - 1997), Literaturwissenschaftler, Germanist und Schriftsteller, steht mit seinem Leben für den Kampf um Menschenrechte und Völkerverständigung, vor allem aber für die deutsch-russische Freundschaft.

Sein Schicksal spiegelt dabei die europäische Geschichte. Weil er sich im Kampf der Roten Armee gegen Nazideutschland in Ostpreußen für die deutsche Zivilbevölkerung einsetzte, wurde er zu zehn Jahren Lager verurteilt, wo er Alexander Solschenizyn kennen lernte. Nach seiner Rehabilitierung 1956 setzte er sich erneut für Andere ein und geriet dabei zunehmend mit der russischen Obrigkeit aneinander.

In den sechziger Jahren lernte er Heinrich Böll kennen, mit dem ihn eine tiefe Freundschaft verband. Als er 1981 aus der UDSSR ausgebürgert wurde, zog er deshalb mit seiner Frau nach Köln. Gerd Ruge erinnert sich: „Wir lebten in Köln“ heißt eines der Bücher, die Raja und Lew Kopelew in ihrer deutschen Zeit schrieben. Sie sind nicht auf Dauer nach Moskau zurückgekehrt, als das Sowjetsystem zerbrach.

Wie manchen Bürgerrechtlern schien Kopelew fremd, ja abstoßend, was sich in Moskau vollzog, als der Polizeistaat zerbrach und doch nicht eine neue Gesellschaft der Gerechten und Guten begann. Wie seine Frau Raja ist Lew Kopelew in Köln gestorben, beigesetzt aber ist seine Asche an der Mauer des Donskoi Klosters in Moskau. Er hat beide Städte geliebt.“

[Die vollständige Würdigung von Gerd Ruge ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 91 - 99]

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1992 | Gesellschaft

Flüchtlinge zwischen den Stühlen

Bosnien-Flüchtlinge, die nach dem serbischen Überfall auf die Balkan-Republik fliehen, überfordern Politiker und Bürger gleichermaßen.

Lange streiten EU-Politiker, wie sie mit dem einsetzenden Flüchtlingsstrom umgehen sollen: Über eine Millionen Menschen werden erwartet. Die hohe Zahl bremst die Hilfsbereitschaft der Politiker.

Am 27. Juli 1992 treffen schließlich die ersten von 5.000 Flüchtlingen in der Sammelstelle Unna-Massen ein. Aufgerüttelt von grausigen TV-Bildern bieten viele Bürger an, die Flüchtlinge privat unterzubringen. Gut gemeint, aber oft unterschätzen sie die Hilfe, die die traumatisierten Menschen in einem fremden Land brauchen.

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Europa/EU

Dirk Bitzer

Ort:
Unna



1992 | Staatspreis NRW

Hermann Joseph Abs

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1992

Hermann Joseph Abs (1901 - 1994) gehörte zwischen 1938 und 1976 Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank an.

Als einflussreichster deutscher Bankier hat er das Land maßgeblich mitgestaltet. Die Zahl seiner Aufsichtsratsmandate war legendär. Darauf angesprochen, witzelte der Bankier gerne: „Vielleicht spielt eine Rolle, dass mein Name am Beginn des Alphabets steht.“

Abs war kühl kalkulierender Geschäftsmann im Dienste seiner Bank. Er beriet die Mächtigen, war aber nie in einer Partei aktiv - ebenso wenig wie im Widerstand gegen das NS-Regime. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er mit Engländern und Amerikanern zusammen und wurde später enger Vertrauter Konrad Adenauers. Er sass am Bonner Kabinetttisch, ohne selbst Minister zu sein.

Daneben galt Abs als großzügiger Kunstmäzen - er war Vorsitzender zahlreicher Fördervereine. In Bonn unterstützte er u.a. das Beethoven-Haus, zugleich wurde ihm ein gespaltenes Verhältnis zu seiner Geburtsstadt nachgesagt. Er war sich ihrer Grenzen stets bewusst, notiert Jörg Schäfer: „Die Kleinstadt habe Kleinbürger hervorgebracht, die alles, was fremd sei, als vorübergehend betrachteten. „Wer Bonn liebt, wählt für Berlin“, sagte der Bankier Begraben liegt Abs heute 20 Gehminuten vom Bentgerhof entfernt in einer Kapelle.

Der Bischof von Trier, ein guter Freund der Familie, räumte Abs 1952 das Recht ein, mit seiner Frau in der Friedhofskapelle beerdigt zu werden. Abs hatte die stark lädierte Kapelle wieder renovieren lassen.“

[Die vollständige Würdigung von Jörg Schäfer ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 100 - 108]

Wolfgang Hippe



1992 | Wirtschaft

Müllberge beim ötv-Streik

Er beginnt am 25. April 1992 an den Städtischen Bühnen in Dortmund und Essen und weitet sich über die ganze Republik aus: Der erste ötv-Streik der Nachkriegs-Geschichte.

Mitarbeiter der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" fordern Lohnerhöhung: 4,8 Prozent bieten die Arbeitgeber, doch schon der Vorschlag der Schlichter, die den Streik abwenden wollen, liegt bei 5,4 Prozent. Die ötv-Mitglieder entscheiden in einer Urabstimmung: Streik!

Krankenhauspersonal tut nur das Nötigste, damit der Betrieb nicht zusammenbricht, die Müllabfuhr kommt gar nicht. Die anfangs verständnisvolle Zustimmung der Bürger kippt angesichts überquellender Müllkörbe und ausgefallener Straßenbahnen.

Am 7. Mai einigen sich die Tarifparteien auf die vorgeschlagenen 5,4 Prozent. Leidtragende des Kompromisses ist die ötv-Vorsitzende Monika Wulff-Matthies: Viele Gewerkschaftler meinen, es wäre mehr drin gewesen.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Köln

Ort:
Dortmund



1992 | Medien

Zwischen Klüngel, Kölsch und Kirche

Jürgen Becker moderiert am 14. Mai 1992 erstmals die TV-"Mitternachtsspitzen".

"In den Mitternachtsspitzen mache ich die Tagespolitik als Blauer Bock getarnt", sagt der Kölner Kabarett-Crack, dem die monatliche WDR-Unterhaltungs-Sendung zu großer Popularität verhilft.

Politische Satire ohne jede Tarnung pflegte Jürgen Becker zuvor auf der Bühne, im "3 Gestirn Köln 1", zusammen mit Heiner Kämmer und Wolfgang Nitschke. Sein Nachfolger im Kabarett-Trio ist Wilfried Schmickler, der als Berufs-Choleriker auch eine wichtige Dauer-Rolle bei den "Mitternachtsspitzen" spielt.

Jürgen Becker thematisiert in wöchentlichen WDR-Hörfunk-Beiträgen und vor allem in seinen Bühnensoli die rheinische Region zwischen Klüngel, Kölsch und Kirche. Ums vierte große Kölner "K", den Karneval, kümmert er sich schon ganz früh: seit 1984 als Mitbegründer und langjähriger Präsident des alternativen Karnevalsvereins "Stunksitzung". Und lästert dabei über die Traditionalisten: "Der Kölner Karnevalsprinz liegt im Krankenhaus, wegen Hodenverdrehung, wie es offiziell heißt - auf deutsch: dem ist der Karneval auf den Sack gegangen!"

Thema:
Medien
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
An der Rechtschule 2
50667 Köln

Walter Muffler



1993 | Politik

Ausländerhetze und Asylrecht

Ganz Deutschland schaut nach NRW, als in Solingen am 29.5.1993, zwei Tage nach der Veränderung des Asylrechts, das Haus einer türkischen Familie in Flammen aufgeht: Fünf Menschen sterben als Folge dieser schlimmsten Ausländerhetze seit der Wiedervereinigung.

"Politisch Verfolgte genießen Asyl", heißt es im Grundgesetz. Böswillig und populistisch ist der Slogan "Das Boot ist voll!". Um etwa zwei Drittel steigt die Asylbewerberquote 1992, insgesamt beantragen in diesem Jahr 438.191 Menschen Asyl. Anerkannt werden von hundert Bewerbern aber knapp über vier.

Problematisch ist, dass die Bearbeitung der Anträge und damit der Aufenthalt der Bewerber sehr lange dauert. Unter dem Druck der gestiegenen Zahlen und der Ausländerhetze in Deutschland entschließen sich die Parteien, das Asylrecht zu ändern: Seit 1993 können Flüchtlinge, die aus sicheren Herkunftsstaaten einreisen, schon an der Grenze abgewiesen werden. Diese Staaten bestimmen Bundestag und -rat per Gesetz. Außerdem haben Asylbewerber, die aus sicheren Drittländern einreisen, keinen Anspruch auf ein Verfahren.

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Solingen

Kathrin Mohr



1993 | Politik

Wir sind so stolz...

Wiedervereinigung! Bleibt noch die Mauer in den Köpfen...

Großdeutsche Gefühle in rechten Kreisen, hinzu kommt die schlechte Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation, vor allem im Osten: Konkurrenz, Verlorenheit, Frust.

Um den Frust abzureagieren, bieten sich als leichtes Ziel die Ausländer an. Sie sind Anfang der 90-er in großer Zahl nach Deutschland gekommen. Hier ist das Leben ungefährlicher und besser als in ihren Heimatländern.

Doch hier kosten sie den Staat Geld, und das in der Wirtschaftskrise: Rechtsradikale fürchten, wieder zu verlieren, verprügeln Ausländer und Asylbewerber und fühlen sich stark.

Möln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock sind nur die bekanntesten Beispiele für Brandanschläge. In ganz Deutschland brennen Asylbewerber- und Ausländerheime.

Auffällig, dass gerade diejenigen, die nach einem starken Staat schreien, diesem keine Problemlösung zutrauen. Einige rechte Gruppierungen, wie die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) bekommen ihn selbst zu spüren, den starken Staat: Sie werden verboten. Strittig ist, wie die Politik versucht, dem Hass durch eine Asylrechtsänderung die Nahrung zu entziehen: Weniger Ausländer gleich weniger Hass?!

Dirk Bitzer

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1994 | Staatspreis NRW

Paul Mikat

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1994

Paul Mikat (geboren 1924), Theologe, Jurist, Landes- und Bundespolitiker der CDU, Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Berater der Landesregierung in Sachen Kohlepolitik startete seine Karriere als Jurist an der Universität Würzburg.

Zuvor hatte er sich in Bonn mit dem Thema „Geschlechtliches Unvermögen als Eehindernis im kanonischen Recht“ promoviert. 1965 nimmt er einen Ruf der Universität Bochum an und wird dort bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1990 Ordentlicher Professor für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Kirchenrecht.

Von 1962 bis 1966 ist er Landeskultusminister. Noch heute ist vielen das „Mikätzchen“ als Begriff geläufig – eine Bezeichnung für Lehrer(innen) mit Kurzausbildung zur Behebung des damaligen Lehrermangels. 1987 wurde er Vorsitzender der Kommission Montanregionen, die sich mit der Neuregelung der Kohlepolitik befasste.

In einer Analyse der Gründungszeit des Landes entdeckt Mikat, dass es zwar Nordrhein-Westfälisches nur in Nordrhein-Westfalen gibt, dass aber „rheinisch“ und „westfälisch“ vielfältig weiterleben werden: „Diese „Tradition Nordrhein-Westfalens“ hebt die vielen Traditionen im Lande nicht auf, führt sie auch nicht ohne weiteres fort, sondern belässt sie in Eigenart und Eigenwert. Und ob es einmal dazu kommt, dass man vom »Nordrheinwestfälinger« spricht? Mir ist nicht wohl bei diesem Wort. Möge es bei den Westfalen, den Rheinländern, den Kölnern und den Düsseldorfern, den Sauerländern und den Münsterländern, denen aus dem Bergischen und den Wittgensteinern bleiben. Reinrassig gibt es sie zum Glück ohnehin nicht mehr, aber bei aller Mischung hat sich doch viel Typisches als Prägendes erhalten, möge es lange so bleiben – hier in Nordrhein-Westfalen.“

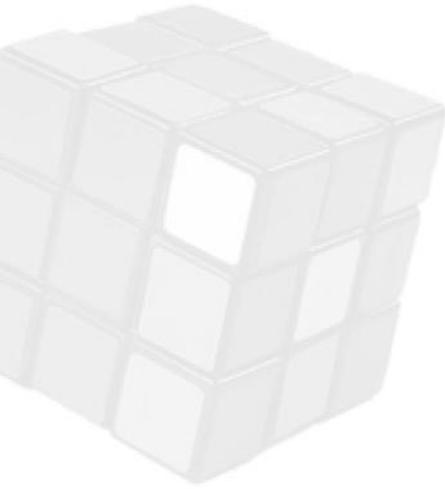
[Die vollständige Text von Paul Mikat ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 126 - 132]

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1994 | Kultur



Steine des Anstosses - Steine des Erinnerns

Mit seinen Stolpersteinen erinnert der Künstler Gunter Demnig an Menschen, die von den Nazis deportiert wurden.

10 mal 10 Zentimeter klein ist der Betonwürfel, auf dessen Oberseite eine Messingplatte befestigt ist. Auf ihr ist eingraviert "Hier wohnte ...", dann folgen Name, Geburtsjahr und das Datum der Deportation oder des Todes. Sie sollen überall dort ins Pflaster eingelassen werden, wo die betroffenen Personen einst lebten.

Denn, so der Künstler Gunter Demnig, "Auschwitz war der Ziel- und Endpunkt, aber in den Wohnungen und Häusern begann das Unfassbare, das Grauen". Monumentalen Gedenkstätten kann man ausweichen, aber der Erinnerung im Alltag muss man sich stellen.

Als Demnig seine Idee 1994 erstmals in der Kölner Antoniterkirche vorstellt, erhält er viel Zustimmung. In den folgenden Jahren verlegt er zahlreiche Stolpersteine, zunächst in Köln und Berlin, dann in immer mehr deutschen Städten und Gemeinden.

Viele der Verlegungen sind zunächst illegal und werden erst nachträglich von den Gemeinden legalisiert. Es kommt auch immer wieder zum Streit mit Deutschen, die sich von der Erinnerung an die Ermordeten der Nazi-Zeit nicht aushalten wollen oder können.

Teilweise werden Steine auch wieder herausgerissen. Ein Zeichen dafür, wie wichtig und notwendig die Spur der Steine ist.

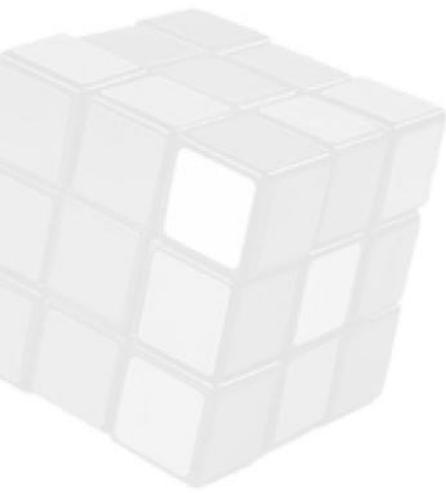
Am 4. Oktober 2005 wird Gunter Demnig für seine Kunstaktion der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Wolfgang Hippe

Thema:
Nachkriegsgeschichte
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Schildergasse 57
50667 Köln





1995 | Politik

... und tschüss!

NRW war eine ihrer Hochburgen, inzwischen ist die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten. Am 15. und 25.2.1995 hindern Polizeirazzien hartnäckige Neo-Nazis an der illegalen Verbreitung ihrer braunen Schmiere.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1995 | Wirtschaft

Einmal so, einmal so ...

... regelt der neue Manteltarifvertrag den Lohn bei den städtischen Verkehrsbetrieben.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Das war einmal. Um Arbeitsplätze zu sichern, beugen sich die Gewerkschaften den Forderungen der Arbeitgeber.

Im Sommer 1995 enden die Tarifverhandlungen für kommunale Verkehrsbetriebe mit einer Revolution: Die Gewerkschaft ötv rückt endgültig vom Prinzip des einheitlichen Flächentarifvertrages ab, den sie bisher als ein wesentliches Element des sozialen Friedens in Deutschland verteidigte.

Der Grund: nachdem auch private Anbieter im öffentlichen Personennahverkehr mitmachen und oft wesentlich kostenbewusster arbeiten, sind Konkurrenz und Preisdruck gewachsen.

Der neue Manteltarifvertrag eröffnet den kommunalen Verkehrsbetrieben die Möglichkeit, Verträge auf einer "zweiten Lohnebene" abzuschließen.

Für neu eingestellte Arbeitnehmer heißt das bis zu 600 Mark weniger Lohn, dafür verzichten die Kommunen für fünf Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen.

Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1995 | Gesellschaft

Kosmische Werte ...

... statt Bodenschätzen werden auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Zollverein in Essen gefördert. Die "Tibet Initiative" kämpft für politische Veränderungen in der Region.

Der Dalai Lama selbst, oberster Priesterfürst des Lamaismus, weiht am 7. Mai 1995 auf dem früheren Zechengelände die neue Bundesgeschäftsstelle der "Tibet Initiative Deutschland" ein.

Seit 1950 chinesische Truppen Tibet besetzten, flohen über 130.000 Tibeter ins Exil: Neben der Religion verbietet China die tibetische Sprache und Kultur. Der Dalai Lama selbst musste 1959 fliehen. Offizielle Hilfe von westlichen Staaten erhalten die Tibeter kaum, eine politische Anerkennung des Dalai Lama würde die Weltmacht China verärgern.

Als der Priesterfürst Außenminister Klaus Kinkel einen weißen Schal umlegen will, weigert Kinkel sich: Dabei ist der Schal einfach eine Begrüßungs-Kata, die Joschka Fischer vier Jahre später folgenlos akzeptiert.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
45141 Essen

Dirk Bitzer



1995 | Politik

SPD verfehlt absolute Mehrheit

Landtagswahl: Die SPD strebt die absolute Mehrheit offen an, bekommt sie am 14.5.1995 aber nicht. Die GRÜNEN, zum zweiten Mal im Landtag, müssen beim Regieren helfen. Für manchen erfolgsverwöhnten Genossen eine persönliche Erniedrigung.

"CDU - In NRW die neue Kraft" - doch die Wähler vertrauen immer noch aufs Altbewährte. Kein Regierungswechsel. Die SPD kämpft: "Wir wollen kein fünftes Rad am Wagen. Wir wollen klare Verhältnisse". Im Klartext: Die SPD fürchtet, mit den GRÜNEN die Macht teilen zu müssen.

Die Befürchtung wird wahr: Nach fünfzehn Jahren SPD-Alleinregierung sitzen die GRÜNEN mit am Kabinetttisch. "Politik braucht Ideen - grüner Schwung für NRW", dennoch bremsen sich die beiden Regierungspartner häufig: Fundamentale Ansprüche der GRÜNEN, die SPD-Genossen dagegen gewohnt, allein zu entscheiden.

Landesvater Rau übergibt 1998 die Amtsgeschäfte an seinen "Kronprinzen" Wolfgang Clement.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1995 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahl 14.5.1995

Wahlbeteiligung: 64,0%

CDU: 37,7%

SPD: 46,0%

GRÜNE: 10,0%

FDP: 4,0%

[Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1950-2005, aufbereitet von der Landeswahlleiterin NRW]

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1995 | Staatspreis NRW

Wilhelm Schneemelcher

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1995

Wilhelm Schneemelcher (1914 - 2003) war von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1979 an der Bonner Universität tätig.

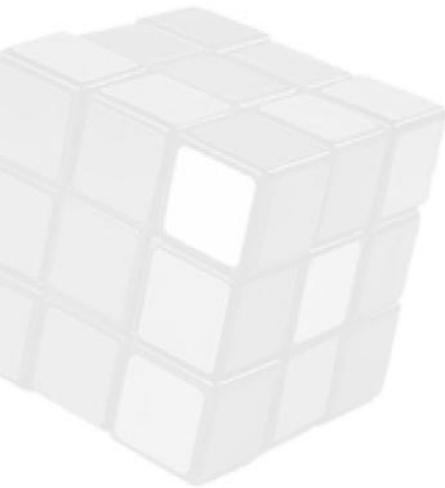
Der Theologe und Kirchenhistoriker galt als herausragender Wissenschaftler und engagierter „Brückenbauer zwischen den Kirchen, Kulturen und Völkern. Neben seiner Forschung setzte er sich vor allem für den Dialog mit den orthodoxen Kirchen ein.

1968 wurde für Schneemelcher zu einem prägenden Jahr. Er wurde anlässlich des 150-jährigen Bestehens seiner Universität zum „Jubiläumsrektor“ gewählt und sah sich dann mit ganz anderen Aufgaben konfrontiert, auch wenn sich die Studentenproteste im Vergleich zu anderen Hochschulen in Grenzen hielten. Jörg Schäfer schreibt dazu: „Der Aufbruch von 1968 war in seinen Augen kein Polizeiproblem, sondern die logische Folge eines Generationenkonfliktes, einer nicht diskutierten Vergangenheit und die Folge verkrusteter innerer Verhältnisse in der Universität, die nach der Aufbauphase in den fünfziger Jahren erstarrt war.

Schneemelcher versuchte, den Lehrbetrieb so weit wie möglich aufrecht zu erhalten, und suchte das Gespräch mit den Studenten. Für eine Kundgebung im Hofgarten, die er organisiert hatte, stellten seine Mitarbeiter hinter das Rednerpult zwei Säcke mit Bonbons bereit. Wenn es zu unruhig geworden wäre, hätte er als Studentenfutter Kamelle ins Volk geworfen – eine rheinische Lösung, die aber nicht nötig wurde.“

[Die vollständige Würdigung von Jörg Schäfer ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 133 - 139]

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Regina-Pacis-Weg 3
53113 Bonn



1996 | Politik

Streit um Garzweiler

Schwarze Fahnen für Rot-Grün? Nach einem Jahr Koalition droht seit Ende 1996 das Bündnis am Streit um den Braunkohle-Tagebau Garzweiler II zu zerbrechen.

Eigentlich hatten beide Partner versprochen, sich in dem Konflikt nur von der Sache lenken zu lassen. Eine landesplanerische Genehmigung liegt seit Ende März 1995 vor, doch das war vor der Landtagswahl.

Dem Tagebau von Rheinbraun sollen im geplanten Abbauebiet Garzweiler II 7600 Umsiedler weichen. Auf der Plus-Seite stehen insgesamt 11.300 Arbeitsplätze.

Die GRÜNEN verweisen dagegen auf die hohe Belastung der natürlichen Ressourcen: Umweltzerstörung, Grundwasserprobleme - die Partei kämpft gegen diese Ausbeutung der Natur.

Die SPD unter "Macher" Wolfgang Clement geht gelassen in die Auseinandersetzung: Als Arbeitsplatzbeschafferin in NRW etabliert, hat sie in diesem noch nicht ausgestandenen Konflikt ein dickes Polster.

Die Landtagfraktion der GRÜNEN steht unter dem Druck der Basis und dem der SPD: Naturschutz contra Arbeitsplätze.

Dirk Bitzer

Thema:

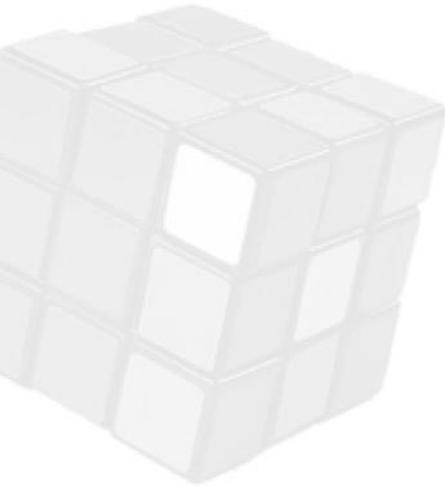
Landschaften und räumliche Strukturen

Wirtschaft und Strukturwandel

Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1996 | Kultur



Umzug in die Bundesstadt

Die Kulturpolitische Gesellschaft zieht von Hagen nach Bonn: ins Haus der Kultur.

Die Kulturpolitische Gesellschaft - kurz KuPoGe genannt - gibt es seit 1976. Zu ihren Gründern gehören unter anderem die Kulturdezernenten Alfons Spielhoff (Dortmund), Hilmar Hoffmann (Oberhausen, Frankfurt), Hermann Glaser (Nürnberg) und der Europapolitiker Olaf Schwencke.

Ihre Ziele vor dem Hintergrund der Aufbruchsstimmung der 70er Jahre ("Mehr Demokratie wagen"): Kultur für alle und von allen ermöglichen.

Spielhoff & Co sehen sich nicht als berufsständischen Interessenverband, sondern als parteiunabhängige Arbeitsgemeinschaft.

Sie wenden sich gegen die bis dahin einseitige Fixierung der Kulturpolitik auf die sogenannte Hochkultur in Stadttheater, Oper und Museum und plädieren für eine Öffnung zu neueren Kunstformen wie Jazz oder Film.

Hoffmann gehört zu den Initiatoren der Kommunalen Kinos. Dem entspricht ein "erweiterter Begriff von Kultur", der nicht institutionenbezogen und zur Gesellschaft offen ist. Ein Schwerpunkt dieser "Neuen Kulturpolitik" liegt auf der kulturellen Bildung.

Nach Stationen in Bonn, Köln und Hagen findet die KuPoGe ihren vorläufig letzten Sitz im "Haus der Kulturen" in Bonn, in das - von Bund und Land gefördert - auch weitere Kulturverbände einziehen.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Bonn



1997 | Gesellschaft

"Aloha!"

... statt "Alaaf!" ist am 6. Juli 1997 die Parole einer grellen Parade in Köln.

Über 500.000 Menschen verfolgen den traditionellen Umzug der Schwulen und Lesben am Christopher-Street-Day.

Es beginnt alles in New York, als sich 1969 Homosexuelle nach einer rüden Polizeirazzia in ihren Clubs mit einem Umzug gegen die Unterdrückung wehren und gleiche Rechte fordern.

In Lederoutfit, Uniformen und Kostümen erinnern Schwule und Lesben auch in Köln mit einem jährlichen Umzug an dieses Ereignis: Der Christopher-Street-Day zieht aus ganz Deutschland Publikum nach Köln, Homosexuelle sind ein wichtiger lokaler Wirtschaftsfaktor: In der Rheinmetropole lebt eine der größten "Regenbogen-Communities".

Neben reinen Spaß- und Musikwagen, die wie ein Karnevalszug Party-Stimmung in der ganzen Stadt verbreiten, erinnern Mottowagen daran, dass Homosexuelle bis heute nicht die gleichen Rechte haben wie Heteros.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1997 | Gesellschaft

"Mohrenköpfe" und "Negerküsse" ...

... sind Fälle für den Deutschen Werberat. Seit 25 Jahren sorgt er für eine politisch und rechtlich korrekte Werbung.

Jeder Bürger kann sich bei ihm beschweren, wenn er sich durch Werbung getäuscht oder diskriminiert fühlt. Ob Rassismus, blanker Busen oder verletzte religiöse Gefühle, das Düsseldorfer Gremium prüft alles.

Anfangs geht es meist um rechtliche Fragen, weil Produkte nicht halten, was ihre Werbung verspricht. Mittlerweile zielen die Beschwerden eher auf die Gestaltung der Anzeigen: Häufig fühlt Frau sich als Frau durch sexistische Darstellungen beleidigt.

Nicht immer dringt die Beschwerde durch. Ein Uhrenhersteller, der eine nicht wasserdichte Uhr mit dem Slogan "Wir machen noch Uhren für Männer, die nicht spülen müssen" bewarb, blieb unbehelligt. Ein humorvoller Umgang mit der Realität, so die Werbewächter.

Gemessen an den Millionen von Anzeigen und Spots klappt die Aufsicht zufriedenstellend. Nur 300-400 Beschwerden gehen pro Jahr in Düsseldorf ein. Viele Firmen ziehen die inkriminierte Werbung häufig zurück, bevor der Werberat aktiv werden muss.

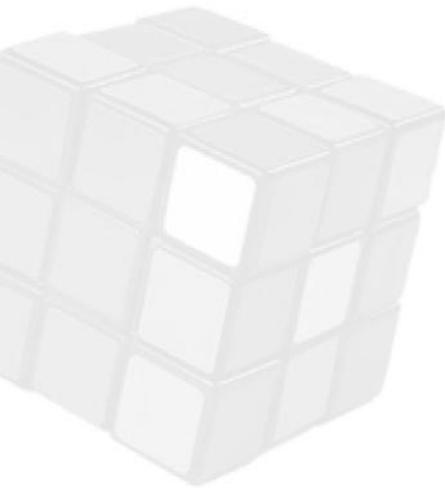
Dirk Bitzer

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Düsseldorf



1997 | Wirtschaft



Thema:
Ruhrgebiet
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Take a walk on the ChemSite

Die "ChemSite"-Initiative wird ins Leben gerufen.

Große Wirtschaftsunternehmen, das Land NRW und einige kommunale Partner gründen 1997 die "ChemSite"-Initiative, um die Chemie in der Emscher-Lippe-Region für zukünftige Herausforderungen fit zu machen.

Aus Wettbewerbern sollen potenzielle Partner werden: Die Chemieindustrie hat erkannt, dass der Wettbewerb international geworden ist, und dass der ehemals konkurrierende Nachbar heute als Verbündeter viel wertvoller sein kann.

"ChemSite" soll die Infrastruktur der Chemieindustrie verbessern, den Technologietransfer zwischen Unternehmen und Hochschulen ankurbeln und damit letztlich Investoren aus dem Ausland anlocken. Das scheint zu funktionieren: Im Chemiepark Marl und in Castrop-Rauxel siedeln sich bis 2001 neben sieben kleineren auch zwei große internationale Chemie-Unternehmen an.

Mittlerweile haben Politik und Wirtschaft neue Initiativen gegründet, um den Chemiestandort NRW auszubauen: "ChemCologne" fördert seit Februar 1999 die "Regio Rheinland" rund um Köln, Leverkusen und Dormagen, "ChemVision" versucht, landesweit die Infrastruktur für die chemische Industrie zu verbessern.

Manfred Mai



1998 | Politik

Atom Müll. Nein danke!

Zehntausende Atomgegner machen sich am 20.3.1998 auf nach Ahaus, um hier am "Tag X" gegen Atomenergie zu demonstrieren.

57 Castoren sind schon nach Ahaus gerollt, und diesmal? "Ahaus, wir stellen uns quer!"

Sitzblockaden sollen den Atomtransport verhindern. Ein Endlager für die strahlende Erblast gibt es nicht, der Bund richtet Zwischenlager in den Ländern ein. Besonders beliebt sind strukturschwache Grenzregionen wie Gorleben, früher an der DDR-Grenze - oder eben Ahaus: 160 Millionen Mark Strukturhilfe erhält die Stadt, als in den siebziger Jahren die Entscheidung für das Zwischenlager fällt.

Nicht jedes Bundesland hat solche Zwischenlager, manche nehmen den Müll anderer Länder auf. Der Transport nach Ahaus besteht aus bayerischen und baden-württembergischen Brennelementen. Die SPD ist gespalten. Wolfgang Clement nennt den Transport eine Provokation, andere erinnern sich, dass die SPD in den siebziger Jahren als Fortschrittspartei den Ausbau der Atomenergie durchaus nicht verteufelt hat.

Einen Eklat gibt es, als die grüne Landtagspräsidentin Katrin Grüber zivilen Ungehorsam und Schienenbesetzung billigt: Dürfen Repräsentanten des Staates zu Straftaten auffordern? Wie weit dürfen sie ihrem Gewissen folgen? Andere Prominente wie die "Toten Hosen" haben da weniger Probleme, doch aller Widerstand nützt nichts: Der Castor kommt an!

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Ahaus



1998 | Staatspreis NRW

Reinhard Mohn

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1998.

Reinhard Mohn (geb. 1921) macht aus dem mittelständischen, nur regional bedeutsamen Druck- und Verlagshaus Bertelsmann eine der weltweit größten Mediengruppen.

Sein Ziel dabei war nicht nur der unternehmerische Erfolg: er leistet auch in der Art der Unternehmensführung und im sozialen Bereich Exemplarisches und macht dabei die notwendige Orientierung unternehmerischen Handelns an ethischen Kriterien deutlich.

Nach Abitur, Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft tritt Reinhard Mohn 1946 in das familieneigene Druck- und Verlagshaus ein, dessen Leitung er bald darauf übernimmt. Grundlage für das unaufhaltsame Wachstum des Hauses wird der Einstieg in das "Buch-Club"-Geschäft.

Mit dem Kauf der Europäischen Bildungsgemeinschaft und von Tonträgerfirmen wie Ariola und Sonopress etabliert man sich im deutsch-sprachigen Raum, hinzu kommt der Ausbau der hauseigenen Druckbetriebe und mit der Übernahme von Gruner & Jahr der Einstieg in den Zeitschriftenmarkt.

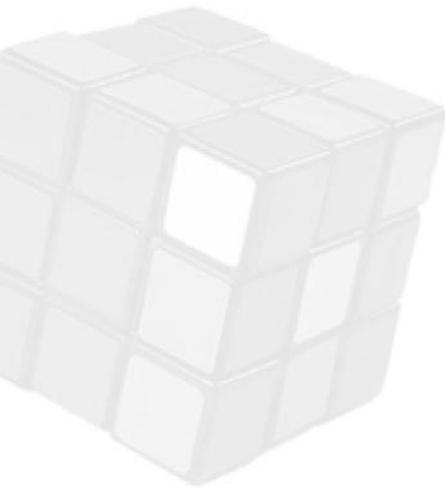
Gleichzeitig expandiert Reinhard Mohn auf breiter Basis auch international, insbesondere in den USA. Dort stellt Bertelsmann mittlerweile den größten Verlag des Landes. Mit der Übernahme der RTL Group wird das Firmenportefeuille im Bereich Fernsehen und Radio vervollständigt.

1981 wechselt Mohn vom Vorstandsvorsitz in den Aufsichtsrat und wird dessen Vorsitzender. 1991 zieht er sich zu seinem 70. Geburtstag auch aus diesem Gremium zurück und widmet sich bis zum September 2001 ganz der Bertelsmann Stiftung.

Mohn hatte sie 1977 gegründet und ihr zwei Drittel des Familienvermögens übertragen. Sie hat bislang mit rund 350 Millionen Euro die Entwicklung von Lösungsmodellen u.a. in den Themenfeldern Bildung, Demokratie und Bürgergesellschaft, internationale Beziehungen sowie Gesundheit gefördert.

Nachfolgerin von Reinhard Mohn im Bertelsmann-Vorstand ist seine zweite Ehefrau Elisabeth (Liz) Mohn.

Wolfgang Hennes über Mohn: "Ein Erbe Reinhard Mohns ist das Mitarbeiterbeteiligungsmodell von Bertelsmann, das in Politik und Gewerkschaften zahlreiche Anhänger gefunden hat. Das von Reinhard Mohn in den Fünfziger Jahren eingesetzte Instrument der Mitarbeiterbeteiligung hatte einen praktischen Hintergrund: Mohn besaß nicht genug Eigenkapital, um das Wachstum seines Unternehmens zu finanzieren, und so stand der Firmenpatriarch ... kurz vor der Pleite."



Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Gütersloh



[Die vollständige Würdigung von Wolfgang Hennes ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 171 - 176.]

Wolfgang Hippe



1998 | Politik

Zu schlanker Staat

Drei unabhängige Bereiche der Staatsgewalt garantieren die Demokratie in einem Staat: Eine unabhängige Polizei und Verwaltung sorgen für die Durchführung staatlicher Maßnahmen, unabhängige Gerichte garantieren Kontrolle und faire Prozesse, und ein unabhängiges Parlament kann ohne Druck über Gesetze befinden.

Synergieeffekte verspricht sich Ministerpräsident Wolfgang Clement davon, als er nach seinem Amtsantritt Justiz- und Innenministerium zusammenlegen will: Das Arbeitsfeld von Polizei und Justiz sei in manchen Teilen deckungsgleich. Fritz Behrens wird neuer Innen- und Justizminister.

Es folgt ein Sturm der Entrüstung, zwei der drei Staatsgewalten wären nicht mehr sauber voneinander getrennt, nicht mehr unabhängig voneinander.

Die CDU klagt gegen Clements Pläne. Ein Jahr später teilt der Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil am 9.2.1999 die Bedenken: Die Ministerien werden wieder getrennt.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



1999 | Bildung

Alles wird gut

Die Landesregierung und die NRW-Hochschulen vereinbaren am 4. Juni einen Qualitätspakt. Das Ziel: Die "Modernisierung des Hochschulwesens".

"Bildung und Wissenschaft sind die Ecksteine für die Zukunft unseres Landes.", lautet der erste Satz des Vertrags, der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen für das nächste Jahrzehnt sichern soll.

Die Hochschulen verpflichten sich, 2000 Stellen für "wissenschaftliches und fachnahes nichtwissenschaftliches Personal" bis zum Jahr 2009 abzubauen. Im Gegenzug schreibt das Land Personal- und Sachmittel in Höhe des Haushalts von 1999 fest und garantiert den Hochschulen "Autonomie, eine gesicherte finanzielle Grundlage und Planungssicherheit".

Ein für sie bestimmter Investitionsfonds soll auf bis zu 100 Millionen ansteigen. Die dringenden Reformen sollen von den Hochschulen selbst entwickelt und einem Expertenrat vorgelegt werden.

Die Vereinbarung wird von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD), Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) sowie allen Rektoren der 15 Universitäten und 12 Fachhochschulen des Landes unterzeichnet.

Kritiker bemängeln, dass die Reform mit einem Personalabbau beginnt.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1999 | Bildung

Challenge Schulsport

Das "Jahr des Schulsportes" startet in NRW nach den Sommerferien. Eine Herausforderung. Nicht nur für die teilnehmenden Schüler, auch für die Bildungspolitiker.

Den Startschuss gibt, ganz schülernah, der Rundfunksender "Eins Live". Schon kommen zeitgleich an den fast 7000 Schulen des Landes Schüler und Sportlehrer in Wallung: Inliner, Fußball, Gymnastik ... Am 20. August, dem "Schulsport-Challenge-Day", ist alles erlaubt, was Sport ist und Spaß macht.

Das scheint auch dringend nötig: Laut amtlichen Untersuchungen sind von den fast 800.000 Grundschulern in NRW etwa 320.000 zu dick! Auch ein Schulproblem? Denn wenn Unterricht ausfallen muss, weil zu wenig Lehrer zur Verfügung stehen, dann wird häufig beim Sport gekürzt - frei nach dem Motto "Dann gibts später wenigstens keine Bildungslücken."

Dafür aber andere Schädigungen: Körperliche Probleme, wie Haltungsschäden, hat fast die Hälfte der untersuchten Grundschüler. Dass Sport außerdem auch das Sozialverhalten der Schüler fördert, ist ohnehin bekannt. Und was die Schulen durch Unterrichtsausfall an Geld einsparen, müssen die Gemeinden später für Sozialarbeiter ausgeben, die sich dann um auffällige Jugendliche kümmern müssen - bemängeln Kritiker.

Dass NRW mit dem "Jahr des Schulsportes" richtig liegt, zeigt auch das Internationale Olympische Komitee (IOC), das sich in diesem Jahr weltweit mit dem Thema Schulsport befasst. Dank neuesten Untersuchungen weiß man inzwischen, dass die Entwicklung von Hirn und Muskeln gerade in den ersten zehn Lebensjahren stark voneinander abhängen. Wer schlaue Schüler haben will, muss also auch den Schulsport fördern.

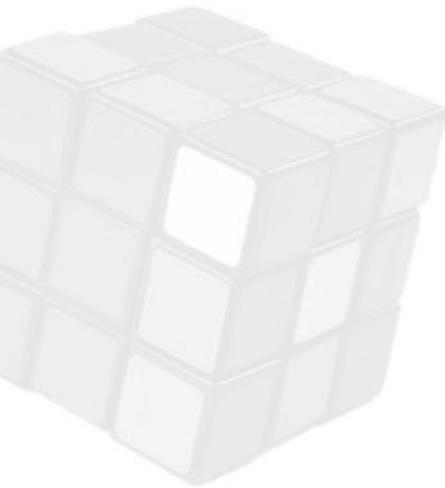
Und das möglichst zeitgemäß: Ganz unabhängig von Unterrichtsausfällen klagen viele Schüler über langweilige Sportstunden: Trendsportarten wie Inlineskating, Klettern und Mountainbiking lassen viele Sportlehrer ziemlich schlapp aussehen ...

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



1999 | Politik



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Daddeln für die Kommunalwahlen!?

NRW senkt das Wahlalter für die Kommunalwahl auf 16. Mit Highscore ins Wahllokal!

Damit die Jungwähler bei den Kommunalwahlen am 12. September keine gravierenden "Fähler" machen, entwickelt das Medienreferat der Landeszentrale für politische Bildung NRW das Netzangebot www.16plus.de.

Darin gibt es:

Basisinfos für eilige Jungwähler,
kommentierte und vorsortierte Links zum Thema, Stories über junge Leute, die eingreifen
und: natürlich Games!

Daddeln für die Kommunalwahlen? Mit Highscore ins Wahllokal? Warum nicht! Ein Voteboy, von der Spielstruktur ähnlich wie ein Gameboy, macht das Rennen. Jump & Run zur Wahlurne! Daddeln ist keine Sünde.

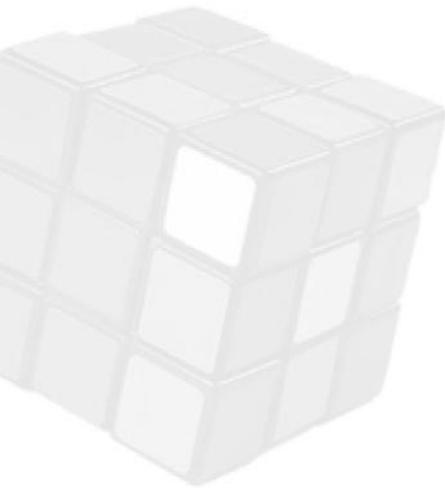
Der absolut unverkäufliche Voteboy ist eine Erfindung von Dirk Uhlenbrock, Art Direktor der Firma Signalgrau, Essen, zuständig für die Gestaltung von www.16plus.de.

Das Internetangebot wird zwei Jahre später mit dem europäischen eGovernment-Label ausgezeichnet.

Ulrike Filgers & Philipp Sanke



1999 | Staatspreis NRW



Egidius Braun

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 1999.

Egidius Braun (geb. 1925) war lange Jahre im Deutschen Fußballbund (DFB) tätig und von 1992 - 2001 dessen achter Präsident. Nach seinem Ausscheiden wurde er zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Er hob die soziale Komponente des (Amateur-)Fußballs hervor und war besonders um die Integration ausländischer wie sozial benachteiligter Kinder bemüht. 2001 gründete er deshalb die DFB-Stiftung Egidius Braun.

Egidius Braun, Kaufmann, Inhaber eines Ex- und Importbetriebs für Agrarprodukte und Unternehmensberater, ist als freundlich und zuvorkommend bekannt, gilt aber auch als "knallharter Verhandler".

Thema:
Fußball
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Als DFB-Schatzmeister managt er mit dem damaligen DFB-Präsidenten Hermann Neuberger den Poker um die Fernsehrechte von Bundesliga und Nationalmannschaft. Auch als Präsident widersetzt er sich konsequent dem kommerziellen Druck. "Nicht für eine Milliarde Mark" wollte er die Nationalelf ins Pay-TV abwandern lassen.

Ort:
Stolberg

Seinem sozialen Engagement verdankt sich sein Spitzname "Pater Braun". Er kämpft gegen die Armut in Dritte-Welt-Ländern und Osteuropa ebenso wie für die Integration von Ausländern und die Aufwertung des Ehrenamtes.

Trotz vieler Spitzenämter in nationalen und internationalen Verbänden bleibt er der Basis verhaftet. Der SV Breinig 1910 - sein Heimatverein nahe bei Aachen - ist ihm Modell - auch über das runde Leder hinaus.

Michael Sachse pointiert das Wirken von Egidius Braun: "Leistungssport und soziales Engagement haben unter der Ägide des achten Präsidenten des DFB zusammengefunden."

[Die vollständige Würdigung von Michael Sachse ist nachzulesen im Sammelband Gerd Ruge/ Jörg Schäfer (Hg.): Lebensbilder-Landesbilder. Geschichten aus und über Nordrhein-Westfalen, Verlag Aschendorff GmbH&Co. KG , Münster 2003 S. 177 - 188.]

Wolfgang Hippe



1999 | Politik

Harry der Erste

Harry Blum wird der erste direkt gewählte Oberbürgermeister von Köln. Nach 44 Jahren kommt damit wieder ein Christdemokrat an die Spitze der Stadt.

Die Zeichen für Klaus Heugel, den OB-Kandidaten der SPD, stehen gut. Bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor hat seine Partei fast die Hälfte der Stimmen auf sich vereint. Jetzt sehen ihn alle Meinungsumfragen vorn. Und seine Wahlkampfkasse ist prall gefüllt – alles läuft wie geschmiert. "Die SPD", so Heugel, "ist die gestaltende Kraft der Stadt."

Doch vier Wochen vor der Wahl ändert sich alles schlagartig. Es wird bekannt, dass Heugel verbotenerweise Insider-Wissen beim Kauf von Aktien eingesetzt hat – später wird er dafür zu einer Geldstrafe verurteilt. Er tritt nach einigem Hin-und-Her eher unfreiwillig von seiner Kandidatur zurück.

CDU-Bewerber Blum liefert sich nun einen Zweikampf mit der Grünen Anne Lütkes. Im ersten Wahlgang gewinnt Blum mit 48,1 % zu 32,4 % gegen die Außenseiterin. Den notwendigen zweiten Wahlgang entscheidet er mit 52,1 % für sich, auch weil die SPD sich nicht zu einem Wahlaufuf für Lütkes durchringen kann. Stattdessen verlangt sie von ihr Garantien für den Bestand von SPD-Pfründen.

Der strahlende Sieger kann sich nicht lange über sein neues Amt freuen. Er stirbt am 17. März 2000 unerwartet an einer Herzerkrankung. Die notwendig gewordene Neuwahl gewinnt sechs Monate später sein Parteikollege Fritz Schramma.

Wolfgang Hippe

Thema:
Köln
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



1999 | Politik

Selbstdarsteller

Nach 21 Dienstjahren geht der Kölner Regierungspräsident Antwerpes in Pension. Ende der Amtszeit eines begnadeten Selbstdarstellers?

Eingezwängt zwischen Weisungsbefugnis der Landesregierung und kommunaler Selbstverwaltung: Das Amt des Regierungspräsidenten - aber nicht bei Franz-Josef Antwerpes!

Zwischen Bewunderung und Ablehnung schwankend, sind die meisten Zuschauer vor allem amüsiert: Wenn Antwerpes etwa pedantisch gegen moderne Kunst wie das Flügelauto auf dem denkmalgeschützten Stadtmuseum vorgeht. Oder wenn er nächtliche Alkoholkontrollen auf Autobahnen durchführt und meint, seine Anwesenheit würde die übermüdeten Beamten motivieren.

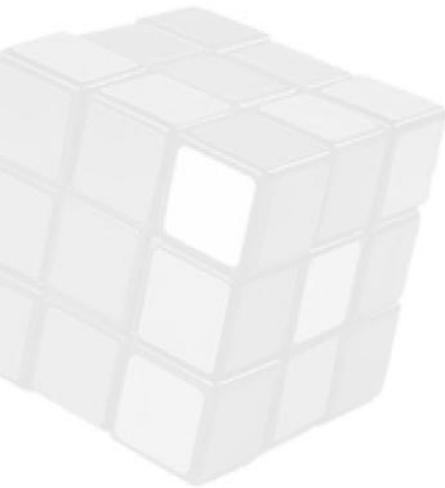
In der Sache konsequent, sucht er seine Anliegen über die Medien zu verkaufen, weiß: Es ist leichter, etwas zu vermitteln, wenn das Volk unterhalten wird. Die Presse wird gern dazugebeten, bevor der "Kurfürst von Köln" ausreitet, seine Untertanen zu beehren!

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



2000 | Gesellschaft



"Das Rückgrat der Gesellschaft" ...

... nennen Politiker gerne die Menschen, die sich ehrenamtlich für Senioren, Sport und in der Jugendpflege engagieren. Und stellen erschreckt fest, dass dieses "Rückgrat" zu brechen droht. Man trifft Gegenmaßnahmen.

Arbeiten ohne Lohn, einfach so, aus Spaß an der Sache und Verantwortungsbewusstsein: das machen in Deutschland gut 20 Prozent der Bevölkerung, die als Sporttrainer, Altenbetreuer oder Gemeindehelfer helfen. Dem Staat ersparen sie durch ihr kostenloses Engagement jedes Jahr eine Menge Arbeitslohn - gut sechs Milliarden Mark!

Dennoch zeigt man sich im Sozialministerium von NRW besorgt: Etwa ein Drittel der Ehrenamtler sind über 55 Jahre alt, nur ein Sechstel zwischen 18 und 24. Der Nachwuchs bricht weg! Und das, obwohl Deutschland international ohnehin nicht glänzt: Während in anderen Staaten Freiwilligen-Zentren bis zu 80 Prozent vom Staat gefördert werden, sind es hierzulande gerade mal 20 Prozent.

Immerhin 40 Millionen Mark hat NRW sich die Unterstützung ehrenamtlicher Projekte im Jahre 1999 kosten lassen. Um künftig aber verstärkt junge Menschen zu gewinnen, sind weitere Anreize nötig. So beschließt die Stadt Köln, von 2001 an einen Ehrenamtspreis in Höhe von 7500 Mark für besonders aner kennenswerte Projekte auszuloben. Am 5. Dezember, dem Tag des Ehrenamtes, wird er erstmals übergeben. Und in Essen gründet sich eine Ehrenamtsagentur, die Bürger, die ehrenamtlich tätig werden wollen, in entsprechende Stellen vermittelt.

In allen Städten des Landes ist man bemüht, das "Rückgrat" des Landes zu stützen. Zum Teil auch mit unkonventionellen Maßnahmen: Weil Jugendliche im Gegensatz zu Älteren meist nur schwer für die üblichen Ehrennadeln und -urkunden zu begeistern sind, sollen künftig verstärkt Eintrittskarten für Sportereignisse und Konzerte bei der Jugend fürs Ehrenamt werben.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf



2000 | Gesellschaft

"Der tut nix"

Maulkorb und Leinenzwang für Kampfhunde: Politiker und Hundehalter streiten um die "20-40-Verordnung".

Immer wieder greifen Kampfhunde Menschen an. Als in Bremen ein sechsjähriger Junge von einem Staffordshire und einem Pitbull zu Tode gebissen wird, reagiert auch Nordrhein-Westfalen.

Am 6. Juni tritt die sogenannte "20-40-Verordnung" in Kraft: Hunde, die über 40 cm groß oder mehr als 20 Kilo schwer sind, müssen fortan an der Leine geführt werden. Tiere, die als aggressiv bekannt sind, müssen draußen Maulkorb tragen. Für einige Kampfhundrassen wird ein Zuchtverbot erlassen. Die Halter solcher Hunden müssen zusätzlich eine "Sachkundebescheinigung" erwerben, um ihren Hund behalten zu dürfen.

Während die Beißattacken durch die Verordnung zurückgehen, eskaliert der Streit zwischen Hundebesitzern und Politik. Hundebesitzer reden von "Rassenwahn": nicht die Hunderassen, sondern die Halter seien für die Bisse verantwortlich.

Der Staatssekretär von Umweltministerin Bärbel Höhn erkennt seinerseits bei einigen Tierfreunden rechtsradikale Tendenzen.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2000 | Politik

Clement darf pokern!

Am 14. Mai 2000 wird in Nordrhein-Westfalen der neue Landtag gewählt. Und Ministerpräsident Wolfgang Clement, der sich erstmals dem Wahlvolk stellt, kann auf einmal pokern ...

Denn die FDP kommt mit ihrem Spitzenkandidaten Möllemann überraschend auf knapp 10 Prozent der Stimmen - und bietet sich umgehend als verlässlicher Koalitionspartner an. Die Grünen müssen Federn lassen, büßen fast drei Prozent ein. Aber nach zähen Verhandlungen kommt es dann doch zu einer Neuauflage der rot-grünen Koalition.

Die CDU kommt in NRW wieder nicht über 37 Prozent hinaus - das letzte deutlich bessere Ergebnis stammt aus dem Jahre 1980. Die Torpedierung der Green-Card der Bundesregierung wollen die Wähler nicht mittragen.

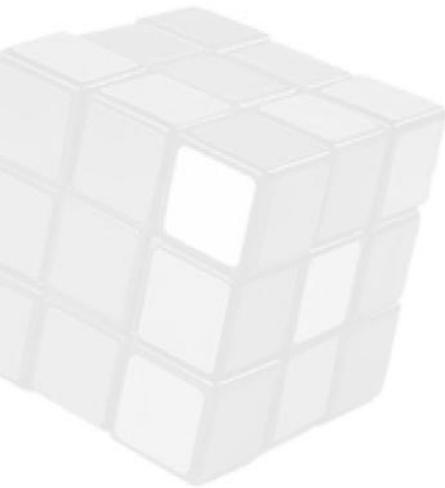
Die Landtagswahl 2000 stellt einen traurigen Rekord auf: Mit nur 57 Prozent Wahlbeteiligung ist sie die Landtagswahl, die das geringste Interesse bei den Wählerinnen und Wähler seit der Landesgründung gefunden hat.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



2000 | Gesellschaft



Der Kalif von Köln

Einen islamischen Gottesstaat wollte Metin Kaplan errichten. Seit dem 8. Februar steht er wegen Aufruf zum Mord vor dem höchst irdischen OLG Düsseldorf.

Metin Kaplan scheint ausgesorgt zu haben, als sein Vater 1995 stirbt. Als "Chomeini von Köln" hatte dieser eine 7000 Mitglieder starke islamische Bewegung in Deutschland geführt.

Kaplan will die Gruppe als "Kalif von Köln" übernehmen, doch ein Lieblingsschüler seines verstorbenen Vaters macht ihm den Führungsanspruch streitig: Die Gruppe zerfällt.

Angesichts sinkender Mitgliederzahlen schwindet Metin Kaplans Einfluss auf die islamische Bewegung in Deutschland. Auch die Spendengelder der meist türkischen Mitglieder fließen nun immer spärlicher.

Metin Kaplan, der mit dem veralteten Titel "Kalif" seinen Anspruch auf die geistige und weltliche Vorherrschaft unterstreicht, soll seinem Konkurrenten schließlich sogar mit dem Tode gedroht haben. Einige Monate darauf wird der in Berlin von Unbekannten erschossen. Anhänger des Kölner Kalifen hätten die Drohung als Aufforderung verstanden und vollstreckt, vermutet die Justiz.

Kaplan, der als Asylbewerber in Deutschland lebt, wird verhaftet. Er darf aber nicht in die Türkei abgeschoben werden: Da er den weltlich ausgerichteten türkischen Staat bekämpft hat, sei dort kein fairer Prozess garantiert.

Die Konfrontation zwischen Gottesstaat und weltlichem Gericht findet aber auch in Deutschland statt: Kaplan-Anhänger, die ein weltliches Gericht wie das OLG ablehnen, verlassen immer dann den Zuschauerraum, wenn das Publikum sich vor den Richtern erheben soll.

Der Protest nützt nichts: Kaplan wird wegen Mordaufrufes im November 2000 zu vier Jahren Haft verurteilt.

Dirk Bitzer

Thema:
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Cecilienallee 3
40474 Düsseldorf



2001 | Gesellschaft

Die Fixer-Stube ...

... ist rechtlich gesehen eine Gratwanderung - und konservativen Politiker, die auf Repressionen zur Bekämpfung der Sucht setzen, ein Dorn im Auge.

Nur geringe Mengen Rauschgift zum Eigengebrauch werden toleriert: Die erste Fixerstube in NRW, die am 4. April 2001 in Münster eröffnet wird, soll nicht zum Drogen-Umschlagplatz werden.

Der Konsum unter Aufsicht soll Abhängigen, die ihren "Schuss" brauchen, eine medizinische Hilfe sein: Keine verschmutzten Nadeln, und damit ein geringeres Infektionsrisiko mit AIDS oder Hepatitis. Auch im Falle eines Zusammenbruchs wegen Überdosierung steht sofort ärztliche Hilfe bereit, die Betreuer können Ausstiegs- und Hilfsangebote leichter vermitteln.

In Frankfurt sank die Zahl der Drogentoten nach Einrichtung einer Fixerstube um die Hälfte. In NRW gab es im Jahr 2000 noch über 500 Drogentote ...

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Bremer Platz
48155 Münster

Dirk Bitzer



2001 | Politik

Ihr Name ist Programm!

Kaum ein Jahr im NRW-Landtag wird die SPD-Abgeordnete Hannelore Kraft (39) aus Mülheim Europaministerin.

"Ich hätte nichts dagegen. Das Amt würde mir Spaß machen", sagt die blonde Mülheimer Ökonomin, als Ministerpräsident Wolfgang Clement ihr das Amt anträgt. Hannelore Kraft "weiß, wie Europa funktioniert", denn seit 1989 führt sie Mittelständler durch den EU-Förderdschungel. Sie arbeitete als Leiterin des Euro Info Centres bei ZENIT, einem Netzwerk der Eu-Kommission zur Information und Beratung von mittelständischen Unternehmen in Sachen EU.

Hannelore Kraft sieht sich auch in der Verantwortung für den Verjüngungsprozess in der NRW-SPD. Sie ist Mitbegründerin des Ausbildungsprojekt für den Politiknachwuchs "U40".

Mit ihrer Familie lebt Hannelore Kraft in Mülheim. In Mülheim an der Ruhr! "Die Mülheimer sind auf ihre Art sehr gewiefte Leute, die haben da eine Art entwickelt mit der Selbstmörderbrücke im Hintergrund, die ich sehr mag", sagt der Theater- und Filmemacher Christoph Schlingensief in einem Interview zu seiner Ex-Wahlheimat Mülheim 1990.

Das "enfant terrible" Christoph Schlingensief; die "singende Herrentorte" Helge Schneider; der Industrielle Hugo Stinnes; Tengelman-Chef Erivan Haub; Ex-Kanzleramtschef Bodo Hombach; die NRW-Ministerialen Harald Schartau und Hannelore Kraft - alle kommen aus Mülheim oder haben dort ein Teil ihres Lebens verbracht. Magic Mülheim!?

Ulrike Filgers

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Mülheim an der Ruhr



2001 | Politik

Medien-Professorin wird Sprecherin der Landesregierung

Die Schnittstelle zwischen Politik und Medien in NRW ist seit dem 1. März 2001 erstmals weiblich besetzt. Miriam Meckel heißt die neue Staatssekretärin und Regierungssprecherin des Landes NRW.

Die promovierte Medienwissenschaftlerin und Fernsehmoderatorin (RTL und WDR) sorgt 1999 als jüngste Professorin Deutschlands für Aufmerksamkeit.

Zwei Jahre später bestellt Ministerpräsident Wolfgang Clement die 33-Jährige zur ersten weiblichen Staatssekretärin und Regierungssprecherin des Landes NRW.

In einem TV-Interview zu ihrem neuen Job befragt, sagt sie der WDR-Moderatorin Bettina Böttinger nur kurz: "Man muss Dinge ausprobieren."
Und lächelt: 32 makellose, perlweiße Zähne.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf

Ulrike Filgers



2001 | Umwelt & Ernährung

Schafe zu verbrennen ...

... ist in Großbritannien die letzte Möglichkeit, um die Maul- und Klauenseuche (MKS) einzudämmen. Auch in NRW droht die Seuche.

Die Seuche kennt keine Grenzen. Im Februar springt das hochinfektiöse Virus von der Insel auf die Niederlande und damit auf den ganzen Kontinent über.

In NRW werden die Grenzkontrollen verschärft, Autos desinfiziert und stichprobenartig untersucht. Viehtransporte werden rigoros unterbunden, bereits importierte Tiere unter Beobachtung gestellt.

Für Menschen ist das Virus zwar harmlos, doch den Bauern drohen nach der BSE-Krise weitere riesige Verluste durch MKS. Als letztes Mittel steht das "Keulen" betroffener Herden und das Verbrennen der Kadaver auf der Tagesordnung. Das Fernsehen zeigt wochenlang Bilder brennender Scheiterhaufen aus Tierkörpern am Rande englischer Dörfer.

Derweil tobt der politische Streit über Sinn und Unsinn einer Impfung. Befürworterinnen wie NRW- Umweltministerin Bärbel Höhn erhoffen sich dadurch mehr Schutz vor MKS, Gegnerinnen wie Bundesverbraucherministerin Renate Künast lehnen sie ab.

Die Gründe: Der Impfstoff wirkt erst nach vier Tagen und das Fleisch geimpfter Tiere lässt sich nicht mehr ohne weiteres verkaufen. So argumentiert auch die EU.

Erst Ende Mai nehmen die Seuchenfälle allmählich wieder ab.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2002 | Kultur

Ein Verband für viele Individualisten

Auf Einladung der Union Deutscher Jazzmusiker gründet sich der Bundesverband Jazz

Am 18. Dezember treffen sich im Bonner Haus der Kultur Vertreter der zahlreichen Musikerverbände, die sich dem Jazz widmen.

Das Ziel: durch den Zusammenschluß aller Fachorganisationen und -institutionen einen zentralen Ansprechpartner für Jazzthemen auf nationaler Ebene zu schaffen. Damit will man die vorhandene Kompetenzen bündeln und sich als bundesweite kulturpolitische Interessensvertretung etablieren.

Gründungsmitglieder sind der Jazzveranstalter Waldo Riedl (Deutsche Jazz Föderation e.V.), Peter Ortmann (Bundesjugendjazzorchester und "Jugend jazzt"), Reiner Michalke (Deutsche Sektion des Europe Jazz Network), Peter Schulze (JazzFest Berlin), Wolfram Knauer (Jazzinstitut Darmstadt), Dominik Wagner (Union Deutscher Jazzmusiker e.V.) und Bernd Hoffmann (Jazzredakteur beim WDR).

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Weberstraße 61
53113 Bonn

Wolfgang Hippe



2002 | Sport

Ende der eisigen Zeiten

Auf glattes Eis begibt sich der Metro-Konzern, als er beim angeschlagenen Düsseldorfer Eishockey-Club DEG als Sponsor einsteigt.

Acht deutsche Meistertitel machen die Sache eigentlich nur noch schlimmer: Als die DEG im Jahr 2000 nach zwei Jahren Zweitklassigkeit wieder aufsteigt, ist der Traditionsclub angeschlagen.

Ein Jahr später ist er fast pleite: Ausstehende Gehaltszahlungen können nicht mehr geleistet werden, der Insolvenzantrag ist quasi schon geschrieben.

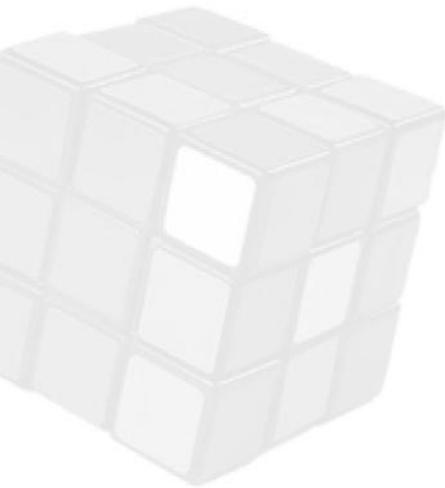
Rettung naht erst in letzter Sekunde, als ein ebenfalls in Düsseldorf ansässiges Unternehmen als Sponsor einsteigt, einer der größten Handelskonzerne der Welt: der Metro-Konzern. Noch während die Verhandlungen laufen, übernimmt die Metro die ausstehenden Zahlungen der DEG.

Erst ein halbes Jahr später, am 1. März 2002, ist die DEG auch vertraglich gerettet. 2,5 Millionen Euro erhalten die Kufenflitzer von der Metro, zahlen ihrerseits aber auch einen hohen Preis: Die Tradition. Denn künftig wird die DEG als "DEG Metro Stars" in die Eisstadien einlaufen.

Mit den Prospekten des Unternehmens, die an über 800.000 Haushalte verschickt werden, werden künftig auch Werbeflyer für die DEG verschickt, um den Zuschauerschnitt zu erhöhen.

Doch dafür sorgen die DEG Metro Stars schon selber: Im Februar 2006 gewinnen sie nach zehn Jahren Abstinenz mit dem deutschen Eishockey-Pokal wieder ihren ersten Titel.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Schlüterstraße 3
40235 Düsseldorf



2002 | Wirtschaft

HighTech-Kraftwerke made in NRW

Beschluss über eine neue Generation von Kohlekraftwerken.

2002 beschließt die Landesregierung den Bau eines Referenzkraftwerks, mit dem nicht nur Arbeitsplätze in der Bergbauindustrie gesichert, sondern auch klimapolitische Ziele erreicht werden sollen.

Früher signalisierten rauchende Schornsteine, dass die Wirtschaft brummt. Heute ist es dagegen ein gutes Zeichen, wenn der Schornstein nur wenig raucht: Umso besser ist dann der Wirkungsgrad eines Kraftwerks, ein Zeichen für effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen.

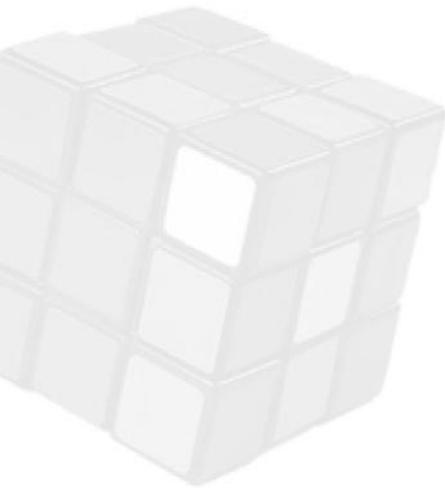
Die Experten sind sich einig: Kohle wird auch in Zukunft ein wichtiger Energieträger bleiben - trotz aller Anstrengungen, regenerative Energiequellen wie Solartechnik, Windkraft und Erdwärme verstärkt zu nutzen.

Was die Kohle so unentbehrlich macht? Sie stammt im Gegensatz zu Öl und Erdgas nicht aus potentiellen Krisenregionen, sondern wird etwa in Australien, den USA und Deutschland gefördert. Außerdem gibt es Fortschritte bei ihrer Umwandlung in Energie.

Kohlekraftwerke haben zur Zeit einen Wirkungsgrad von knapp unter 30%. Der Wirkungsgrad gibt an, wie viel Energie aus einer Tonne Stein- oder Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt werden kann und wie viel ungenutzt durch den Kamin geht. NRW plant Kraftwerke, die einen Wirkungsgrad von 45% erreichen! Damit läge die neue Kraftwerksgeneration an der Weltspitze.

Bei dem von Experten prognostizierten weltweiten Bedarf an Kohlekraftwerken der nächsten Jahren könnten solche HighTech-Kraftwerken ein Exportschlager werden.

Manfred Mai



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf



2002 | Politik

Hildopoly spielen

Die Gemeindefinanzen sind nicht nur für viele Bürger ein Buch mit sieben Siegeln. Auch mancher Politiker steht dem Zahlenwerk ratlos gegenüber. Das soll der Bürgerhaushalt ändern.

Hilden präsentiert deshalb seinen Bürgern das Hildopoly. Es vermittelt den Umgang mit dem "Kommunalen Bürgerhaushalt" als Spiel.

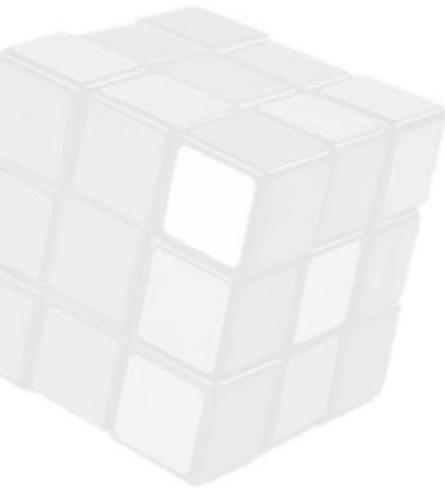
Nicht von ungefähr erinnert der Name an Monopoly. Hier wie da geht es um Geld, Grundstücke und Investitionen. Jedes Feld des Hildopoly entspricht dabei einem Teilbereich der Stadtverwaltung.

Das Spiel ist Teil eines Pilotprojekts, das vom Innenministerium NRW und der Bertelsmann Stiftung angestoßen worden ist. Der Gemeindehaushalt soll so transparent werden, dass jeder Bürger die Ausgaben seiner Kommune nachvollziehen kann.

Vorgesehen ist ein Dreischritt: erst sollen Informationen zu den Finanzen zur Verfügung gestellt werden, dann in öffentlichen Diskussionen Schwerpunkte fürs Geldausgeben festgelegt werden. Am Ende legen Rat und Verwaltung über ihre Finanzpraxis Rechenschaft ab. Neben Hilden nehmen fünf weitere Kommunen am Experiment teil.

Die Idee zum Bürgerhaushalt kommt aus dem brasilianischen Porto Alegre. In der Millionenstadt wird seit 1988 ein "Beteiligungshaushalt" aufgestellt, dessen Prioritäten die Bevölkerung festsetzt. Seitdem ist dort die Verschuldung der Stadt gesunken und der Anteil der Investitionen fast um das Zehnfache gestiegen.

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Hilden



2002 | Bildung

Hochschulreform konkret

Als erste Hochschule schließt die RWTH Aachen eine Zielvereinbarung mit der Landesregierung. Das Thema: Hochschulreform konkret.

In den "Zielvereinbarungen" vereinbaren Hochschulen und Land einzelne Reformschritte, um die Vorgaben des 1999 abgeschlossenen "Qualitätspaktes" zu regeln.

Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH) diskutiert bereits seit 1996 ein Leitbild und legt nun auch offiziell ihr Profil und ihre Struktur fest: Sie wird Schwerpunkte auf Energie-, Umwelt- und Verfahrenstechnik sowie auf Informationstechnologie und Architektur und Städtebau legen.

Bei der Orientierung der Hochschulen steht aber nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen im Focus, sondern auch die Bemühungen um einen "europäischen Hochschulraum".

Seit Ende der 1990er Jahre bemühen sich die europäischen Staaten um eine Harmonisierung des Hochschulwesens in Europa. In diesem sogenannten "Bologna-Prozess" sollen die nationalen Abschlüsse durch europaweit vergleichbare und leicht nachvollziehbare Prüfungen und Titel ersetzt werden.

Längerfristig soll der zweistufige Abschluss des Bachelor of Arts (BA) und Master of Arts (MA) das Diplom ersetzen, die Studienleistungen sollen über ein einheitliches Punktesystem bewertet, einzelne Studiengänge überprüft und akkreditiert sowie die Mobilität und kulturelle Kompetenzen gefördert werden. Zum Konzept gehört auch der Hinweis auf die Bedeutung des "Lebenslangen Lernens".

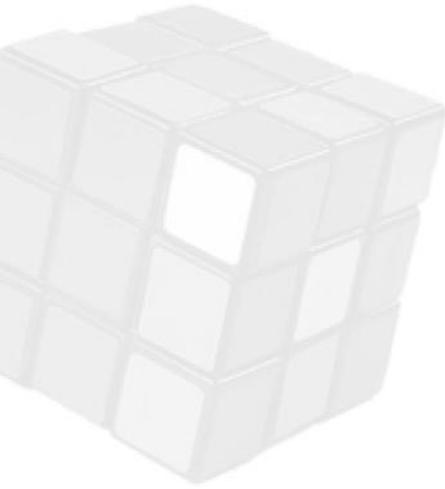
Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Europa/EU

Ort:
Templergraben 55
52062 Aachen



2002 | Politik



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Im Trüben fischen

Eine Woche vor der Bundestagswahl lässt der FDP-Politiker Jürgen Möllemann ein antisemitisches Flugblatt verteilen. Seine Zielgruppe: rechtsradikale Wähler.

Als Landesvorsitzender der NRW-FDP und Stellvertretender Bundesvorsitzender verfolgt Jürgen Möllemann ein ehrgeiziges Ziel: Er will die FDP mit 18 Prozent als dritte Volkspartei etablieren.

Für das "Projekt 18" fischt Möllemann skrupellos auch im Trüben. Als der Syrer Jamal Karsli - Mitglied des Landtags und der Grünen - der israelischen Nahost-Politik "Nazi-Methoden" und Rassismus vorwirft und sich damit in seiner Partei isoliert, unterstützt Möllemann Karsli und bietet ihm an, in der FDP mitzuarbeiten.

Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland wirft er vor, durch sein Auftreten den Antisemitismus in Deutschland zu schüren.

Als sein Kurs auch in der FDP heftig kritisiert wird, gibt Möllemann scheinbar klein bei und widerruft. Der Beitritt von Karsli ist kein Thema mehr.

Doch eine Woche vor der Wahl lässt der Landesvorsitzende fünf Millionen Flyer an Haushalte in NRW verteilen, in denen erneut die israelische Politik und Vertreter des Zentralrats der Juden angegriffen werden.

Die Aktion erweist sich als Bumerang: die FDP verliert Stimmen, Möllemann gerät innerparteilich noch mehr unter Druck und muss seine politischen Ämter Zug um Zug abgeben. Der Flyer beendet seine politische Karriere.

Dirk Bitzer



2002 | Kultur

Kultur für die Ruhr

Mit der Premiere "Deutschland deine Lieder" startet die RuhrTriennale in ihre erste Saison.

Mehr internationale Kultur soll die RuhrTriennale unter Leitung von Gerard Mortier nach Nordrhein-Westfalen bringen und zwischen 2002 und 2004 für Aufsehen und Ansehen weltweit sorgen.

Zwar macht die Kritik im Dreijahresprogramm viele Highlights aus, doch auch aus anderen Gründen gerät das Festival in die Schlagzeilen. Das Publikum bucht nicht so viele Karten wie erhofft, die Kosten sind höher als erwartet.

Schließlich muss das Land außerplanmäßig 2,5 Millionen Euro investieren, um eine Pleite der veranstaltenden Kultur Ruhr GmbH zu verhindern.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen Wolfgang Hippe

Ort:
Leithestraße 35
45886 Gelsenkirchen



2002 | Politik

Müllskandal in Köln

Die Kölner Staatsanwaltschaft verhaftet die beiden Müll-Manager Siegfried Michelfelder und Ulrich Eisermann. Sie wirft ihnen vor, beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage ca. 29 Mio. DM unterschlagen zu haben.

Nach umfangreichen Ermittlungen geht die Staatsanwaltschaft Köln davon aus, dass es beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (Gesamtkosten: 800 Mio. DM) nicht immer mit rechten Dingen zugegangen ist.

Um den Auftrag für die L+C Steinmüller GmbH zu sichern, sollen ihr Ex-Manager Siegfried Michelfelder und Ulrich Eisermann, der Geschäftsführer der städtischen Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Köln ca. 29 Mio. DM unterschlagen und teilweise als Schmiergeld verwandt haben. Bei einer Hausdurchsuchung stellt die Polizei bei Michelfelder rund 7 Mio. Euro sicher.

Wenig später wird auch Norbert Rüter, der Vorsitzende der Kölner SPD-Ratsfraktion und "graue Eminenz" seiner Partei, verhaftet. Er soll sog. Danke-Schön-Spenden für die Parteikasse eingetrieben haben - als Lohn für kommunale Aufträge, die er an Privatfirmen vermittelt hatte.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Köln

Ort:
Geestemünder Straße 23
50735 Köln



2002 | Sport

NADA: Null Doping!

Mit einem Festakt wird die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) im Bonner Rathaus gegründet.

Die Gründung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) feiert Manfred von Richthofen, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB) als einen "großen Tag des deutschen Sports im Kampf gegen die Seuche Doping". Bonn hat sich als Standort im Vorfeld gegen die Mitbewerber Wiesbaden und Mainz durchgesetzt.

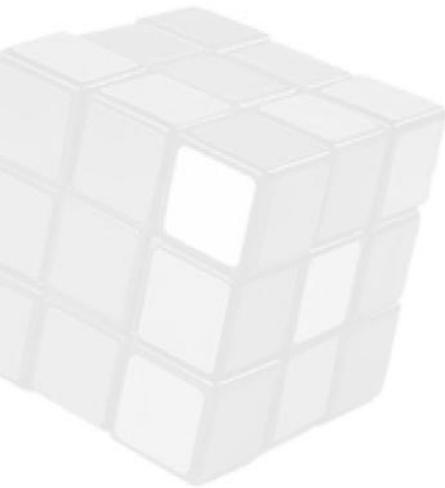
Die NADA arbeitet als unabhängige Stiftung und tritt an die Stelle der Anti-Doping-Kommissionen des DSB und des Nationalen Olympischen Komitees.

Das Bundesinnenministerium bringt 10 Millionen DM (ca. 5 Millionen Euro) ein, NRW und die anderen Bundesländer zahlen einmalig zusammen 2 Millionen DM. Für den laufenden Etat der NADA stellt der Bund jährlich 2 Millionen DM, die Sportverbände 1,4 Millionen zur Verfügung.

Zu den Aufgaben der NADA gehört neben der Überwachung der Sportler durch Trainings- und Wettkampfkontrollen auch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Gesprächsthema während des feierlichen Gründungsaktes ist der gerade aufgedeckte Drogenmissbrauch des Radprofis Jan Ullrich. Er steht wie Erich Zabel beim Team Telekom unter Vertrag, das seinen Sitz in Bonn hat.

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Heussallee 38
53113 Bonn



2002 | Staatspreis NRW

Paul Spiegel

Staatspreisträger des Landes Nordrhein-Westfalen 2002.

Paul Spiegel (1937-2006) ist Inhaber einer Künstleragentur und arbeitete als Journalist und Redakteur für zahlreiche deutsche und jüdische Zeitungen des In- und Auslands.

Seit den Sechziger Jahren ist er auf vielen Ebenen der jüdischen Gemeinden und Verbände ehrenamtlich tätig. Im Jahr 2000 wurde er zum Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland gewählt. In seine Amtszeit fallen u.a. die Debatte um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter des NS-Regimes und die Verhandlungen über einen Staatsvertrag zwischen den jüdischen Gemeinden und dem Staat nach dem Vorbild der christlichen Kirchen.

Paul Spiegel und seine Mutter überleben den Holocaust in Verstecken in Belgien, eine Schwester wird in Auschwitz ermordet, der Vater kehrt aus dem KZ Dachau zurück. Vor allem er will nach Warendorf und damit nach Deutschland zurück.

Spiegel beginnt 1958 ein Volontariat bei der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" in Düsseldorf, wird dort Redakteur und arbeitet bis 1965 daneben auch als Korrespondent für andere Zeitungen. Nach Tätigkeiten für den Jüdischen Pressedienst und als Assistent des Generalsekretärs des Zentralrats engagiert Friedel Neuber ihn 1974 als Leiter der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit beim Rheinischen Sparkassen- und Giroverband.

1986 macht er sich mit der "Internationalen Künstler- und Medienagentur Paul Spiegel" selbstständig. Neben Pop und Show vermittelt die Agentur auch Opernprogramme und Konzertklassik.

Seit Mitte der Achtziger Jahre ist Spiegel in verschiedenen Funktionen für die jüdische Gemeinde in Deutschland aktiv, u.a. als Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle und als Mitglied im WDR-Rundfunkrat. Seit 1993 gehört er dem Zentralrat an. Nach dem Tod von Ignatz Bubis im August 1999 wird er dessen Nachfolger als Präsident.

Ministerpräsident Peer Steinbrück über den Staatspreisträger: "Paul Spiegel ist seit Jahrzehnten im jüdischen Gemeindenleben unseres Landes aktiv. Zuerst in der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf und dann im Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, deren langjähriger Vorsitzender er ist. Paul Spiegel gehört zu den Frauen und Männern, die seit den frühen 60er Jahren an entscheidender Stelle mitgeholfen haben, auf den Trümmern des Vergangenen etwas Neues, etwas Besseres, etwas wieder Menschliches aufzubauen."

Wolfgang Hippe



2002 | Gesellschaft

Religionsfreiheit oder Tierschutz?

Schächten in NRW geregelt.

Die Halsschlagader und die Luftröhre der Tiere werden durchtrennt, sie bluten aus. Zum Islamischen Opferfest Kurban Bayrami werden überwiegend Schafe auf diese Art von muslimischen Metzgern geschlachtet. Das Schächt-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2002 räumt in Deutschland lebenden Muslimen unter bestimmten Bedingungen das Schächten nach islamischen Vorschriften ein.

Umweltministerin Bärbel Höhn schränkt im Dezember 2002 diese Erlaubnis für Nordrhein-Westfalen durch einen Erlass ein: "Religionsfreiheit und Tierschutz stehen sich als Verfassungsgüter gegenüber." Der Verzehr von nicht-geschächtetem Fleisch bedeutet für im Ausland lebende Muslime keinen Bruch mit ihrer Religion, stellen Islam-Experten fest. Und: Eine Elektroschock-Betäubung der zu schächtenden Tiere widerspricht nicht dem Koran!

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Irmgard Bernrieder



2002 | Wirtschaft

Starke Frau in Gütersloh

Liz Mohn übernimmt den Vorsitz der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft und sitzt jetzt an allen Schaltstellen des Medienkonzerns.

Damit ist Liz Mohn endgültig "Mrs. Bertelsmann". Denn die Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft mbH kontrolliert 75% der Stimmen in Europas größtem Medienkonzern. Zugleich ist sie Mitglied des Präsidiums und des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung, und sitzt auch im Aufsichtsrat der Bertelsmann AG selbst.

Zu den Konzerntöchtern gehören u.a. die RTL Group (Fernsehen), BMG (Musik), Gruner + Jahr (Stern, Geo u.a.), Buchklubs und mit Random House einer der größten Buchverlage überhaupt.

Weltweit erreichen die ca. 80.000 Mitarbeiter einen Umsatz von rund 20 Mrd. Euro. Und nebenher kümmert sich die First Lady von Gütersloh noch um soziale Projekte und organisiert den lokalen "Rosenball" ebenso wie den internationalen Klassikwettbewerb "Neue Stimmen".

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Carl-Bertelsmann-Straße 207
33311 Gütersloh

Wolfgang Hippe



2002 | Bildung

Streiks gegen Studiengebühren!

In NRW streiken Studenten gegen die Einführung von Studiengebühren.

Im Mai werden Pläne der Landesregierung bekannt, Studiengebühren einzuführen. Jeder Student soll 50 Euro Einschreibgebühr zahlen, für ein Zweitstudium und Langzeitstudenten sollen 650 Euro pro Semester anfallen.

Die Antwort der Studenten: Streik! Bildung soll öffentliches Gut bleiben und nicht nur Besserverdienenden und ihrem Nachwuchs offen stehen. Man fürchtet, dass Bildung in einem weiteren Schritt zur "Handelsware" wird: Wer mehr zahlen kann, bekommt bessere Chancen.

Aber Bildung ist ein Menschenrecht, das nicht über den Markt allein garantiert werden kann. Hier muss der Staat wie bisher die Ziele definieren, Bildungschancen für alle und allgemeine Bildungsstandards durchsetzen und den Zugang zu Schulen und Universitäten offen halten.

Kritiker weisen darauf hin, dass jetzt mehr als nur Studiengebühren zur Debatte stehen. Im Rahmen der Welthandelsorganisation wird bereits über eine Liberalisierung des Bildungsangebotes verhandelt. Der weltweite Bildungsmarkt wird auf 2,2 Billionen Dollar geschätzt und gilt als lukrativer Teil des Dienstleistungssektors.

Droht hier eine globale Disneyfizierung der Bildung?

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2002 | Politik

Überraschung im Oktober

Wolfgang Clement wird Bundesminister, Peer Steinbrück neuer Ministerpräsident in NRW.

Die Bundestagswahl am 22. September hat Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen: Am 7. Oktober gibt der amtierende Ministerpräsident Wolfgang Clement seinen Wechsel nach Berlin bekannt. Er übernimmt dort das neugeschaffene Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, wird ein "Superminister" in der Tradition Karl Schillers.

Sein Nachfolger ist schnell gefunden: Peer Steinbrück, der bisherige Finanzminister, wird am 6. November zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Philipp Sanke

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wahlen, Wahlkampf, Parteien



2003 | Politik

"Peer der Schreckliche"

Ministerpräsident Peer Steinbrück will in der rot-grünen Landesregierung mehr "rot pur" durchsetzen. Doch am Ende des "Aufbruchs für NRW" herrscht Katzenjammer.

Ministerpräsident Peer Steinbrück will seiner SPD mehr Profil in der Landespolitik verschaffen und legt sich deshalb mit dem grünen Koalitionspartner an.

Nicht nur Igel oder Hamster schützen, sondern Arbeitsplätze schaffen lautet seine Parole: die Grünen sollen dafür jede Menge Kröten schlucken.

Sein Positionspapier trägt den Titel "Bündnis für Erneuerung - Aufbruch für NRW" und fordert Vorrang für Bildung, Verkehr und Arbeit gegenüber Umwelt- und Verbraucherschutz. Der Steinkohlebergbau soll länger subventioniert, der Flughafen Düsseldorf ausgebaut und die Magnetschwebebahn Metrorapid mit Landesmitteln errichtet werden.

Als die Grünen Widerspruch einlegen, wird öffentlich über einen Wechsel der SPD zur FDP spekuliert. Das hört man im rot-grünen Berlin gar nicht gern. Ein Scheitern der Koalition in Düsseldorf könnte auch im Bund ein politisches Erdbeben nach sich ziehen. Bundespolitiker beider Regierungsparteien vermitteln in NRW, Steinbrück muss einlenken und verkündet nach fünf Konfliktwochen sogar das Aus für den Metrorapid.

Dafür lassen die Grünen zwar mit sich über den Ausbau des Flughafens Düsseldorf reden, doch "Peer der Schreckliche" hat nicht nur seinen Spitznamen verloren.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2003 | Bildung

Besser, schneller, erfolgreicher

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) präsentiert das "Hochschulkonzept 2010" der Landesregierung, mit dem das Wissenschafts- und Forschungsland NRW besser, schneller und erfolgreicher werden soll.

Zur Sicherung ihres Vorhabens setzt Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft auf vier Bausteine: die Hochschulen sollen eigene Profile ausarbeiten, zukunftsfähige Strukturen entwickeln, eine regelmäßige Evaluation soll die Qualität überprüfen und sichern. Schließlich will das Land den Prozess über ein Anreizsystem bei der Mittelvergabe steuern.

Die Ministerin: "Es geht darum, dass die Hochschulen für sich weniger effektiv genutzte Ressourcen definieren und sie dafür verwenden, ihre Stärken zu entwickeln." 2010 soll das Land auch international an der Spitze stehen.

Das "Hochschulkonzept 2010" steht am vorläufigen Ende eines mehrjährigen Diskussionsprozesses, der 1999 mit dem Qualitätspakt zwischen Hochschulen und Landesregierung beginnt und über zahlreiche Zielvereinbarungen zwischen beiden Partnern vorangetrieben wird.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2003 | Wirtschaft

Download-Piraten und Schwarzbrenner

Razzia in Heinsberg!

Bei der bundesweiten Jagd auf illegale Downloads und Schwarzkopien von Musik-CDs wird die Polizei im Juli 2003 auch in Heinsberg bei Aachen fündig.

"Und die Moral von der Geschicht': Mit Raubkopien spaße nicht", reimt seit einigen Monaten der Deutsche Phonoverband als Vertreter der Tonträgerindustrie. Denn die Zahl der verkauften Musik-CDs und der Umsatz sinken, während die Zahl der (illegalen) Kopien ungebremsst steigt.

Als Ursache macht die Branche vor allem die zahlreichen Kopiernetzwerke im Internet und die zügige Verbreitung von CD-Brennern aus.

Damit soll jetzt Schluss sein. In einer Großoffensive wird mit Unterstützung von Polizei und Staatsanwaltschaft allortort Jagd auf Download-Piraten und Schwarzbrenner gemacht.

Wolfgang Hippe

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Heinsberg



2003 | Gesellschaft

Eine neue Form der Bestattung

Im Friedwald der Eifelgemeinde Hümmel teilen sich in Zukunft 40 Tote 25 Bäume.

Bis zum September herrscht in Deutschland noch Friedhofszwang. Bestattungen sind nur auf öffentlichen oder kirchlichen Friedhöfen zulässig.

Als die Landesregierung diese Vorschrift ändern will, fürchten Kirchen und Opposition aufgeregt um die Ruhe und Würde der Toten. Erst recht besorgt macht sie Pläne, den Angehörigen zu überlassen, wie sie mit der Asche eines Verstorbenen verfahren.

Auch die Kommunen protestieren hier, denn Bestattungen sollen in jedem Fall Geld bringen. Zu diesem Preis nimmt man schließlich auch einen Friedwald in Kauf. Außerhalb von NRW ist diese Bestattungsform bereits seit längerem erlaubt.

Hier kostet ein Platz am "Gemeinschaftsbaum" rund 700 Euro, rund 3350 Euro muss man für einen "Familienbaum" zahlen. Die Gebühr gilt für 99 Jahre. Das Geld bekommen die jeweiligen Forstämter. Sie müssen ihrerseits nur noch sicherstellen, dass die Bäume - Waldsterben hin, Waldsterben her - auch über die Jahre stehen bleiben.

Thema:

Landschaften und räumliche Strukturen
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:

Falkenbergstraße
53947 Tondorf

Dirk Bitzer



2003 | Wirtschaft

Im Osten geht die Sonne auf ..

... in Opladen geht sie unter, texten die Streikenden des Bahn-Ausbesserungswerkes Opladen im Juli. Auch ein Hungerstreik von zehn Betriebsräten kann die Arbeitsplätze nicht retten.

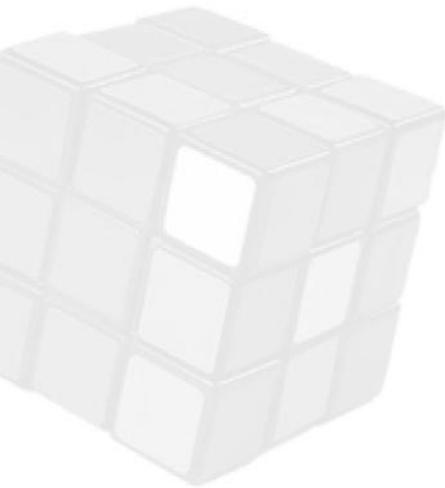
Bereits 2001 setzt die Deutsche Bahn die Schließung von acht ihrer insgesamt 18 Ausbesserungswerke auf die Tagesordnung, weil die bessere Technik die Wartungszeiten verkürzt.

Aus politischen Gründen sollen dabei vor allem Arbeitsplätze im Osten Deutschlands erhalten bleiben - so der Vorwurf der Streikenden in Opladen.

Dabei scheinen sie zunächst Erfolg zu haben: Zwei private Investoren wollen das Werk übernehmen, das Land NRW für die notwendigen Bankkredite bürgen. Voraussetzung ist allerdings die Zusage der Bahn, noch bis 2007 insgesamt zwei Prozent ihrer Wartungsarbeiten in Opladen durchzuführen. Doch die Bahn lehnt ab, weil dann 180 Arbeiter in Dessau ihre Arbeitsplätze verlieren würden.

Der Hungerstreik wird als letztes Mittel eingesetzt. Einige Betriebsräte landen sogar auf der Intensivstation. Doch die Bahn hart bleiben wird. Nach über zwei Wochen ist der Streik beendet, die 420 Arbeitsplätze im Westen verloren.

Dirk Bitzer



Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Werkstättenstraße
51379 Leverkusen



2003 | Bildung

Proteste gegen Mesut Yilmaz!

Interkultureller Dialog - oder Korruption und verletzte Menschenrechte?

Den "interkulturellen Dialog" fördern - das sollen die Vorlesungen des ehemaligen Ministerpräsidenten der Türkei, Mesut Yilmaz, im Sommersemester 2003 an der Ruhr-Universität Bochum.

Der AstA der Ruhr-Universität hält Yilmaz jedoch für einen der Verantwortlichen für die schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die Kurden in der Türkei der 90-er Jahre. Deshalb organisiert er im Juni 2003 Protestveranstaltungen gegen Yilmaz' Vorlesungen. Das Bündnis für Menschenrechte an der Universität veröffentlicht zur gleichen Zeit einen "Aufruf: Mesut Yilmaz ausladen!" und sammelt Unterschriften gegen die Gastprofessur.

Die Universität hält jedoch an Yilmaz fest. Auch im Vorlesungszeichnis des Wintersemesters 2003/2004 werden Vorlesungen von Mesut Yilmaz angeboten.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Universitätsstraße 150
44801 Bochum

Irmgard Bernrieder



2003 | Politik

Tödlicher Absturz

Am 5. Juni stirbt Jürgen Möllemann, der Landesvorsitzende der NRW-FDP, bei einem Fallschirmsprung. Er hinterlässt keinen Abschiedsbrief.

Die Öffentlichkeit rätselt, ob Möllemann freiwillig in den Tod ging. Viele halten die Geschäfte des Politikers für dubios, gegen ihn ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft.

Doch in der Vergangenheit hat er sich als politisches Stehauf-Männchen bewiesen. Trotz vieler Krisen ging seine Karriere immer weiter.

Am Tag seines Todes durchsucht die Staatsanwaltschaft Büro und Wohnung Möllemanns. Es geht um mögliche Verstöße gegen das Parteiengesetz. Möllemann will in 2002 einen antisemitischen Flyer privat finanziert haben, Indizien verweisen dagegen auf illegale Parteispenden. Im Zuge des Verfahrens hebt der Landtag seine Immunität als Abgeordneter auf.

Die Affäre hat ihn bereits seine politischen Ämter gekostet, viele politischen Weggefährten haben sich von ihm abgewandt. Die aktuellen Ermittlungen belasten ihn und seine Partei beträchtlich. Jetzt steht auch seine persönliche Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Hat der leidenschaftliche Fallschirmspringer Möllemann da bei seinem Hobby mehr als nur Ablenkung gesucht?

Mit seinem Tod werden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Seine Partei muss sich weiter mit Verstößen gegen das Parteiengesetz auseinandersetzen.

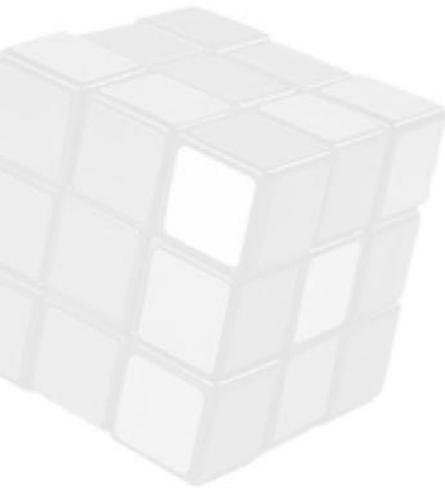
Dirk Bitzer

Thema:

Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2004 | Wirtschaft



"Zero Base" bei Karstadt

Dicke Probleme und dicke Luft bei zwanzig Stunden Verhandlungsmarathon, anschließend dicke Augenringe - aber auch eine Lösung, wie die Kaufhauskette vor der Insolvenz gerettet werden soll.

Gemeinsam präsentieren die übermüdeten Verhandlungsführer von Karstadt und der Gewerkschaft ver.di im Oktober 2004 den Rettungsplan: "Zero Base"-Budgeting soll eine Kostenersparnis von über 700 Millionen Euro in drei Jahren bringen.

NRW ist besonders betroffen von den massiven Problemen des Kaufhaus-Konzerns: Hier stehen die meisten der über 180 Karstadt-Filialen, hier treffen sich Landes- und Bundeswirtschaftsminister mit siebzig Bürgermeistern und Karstadt-Vorständen, um Rettungsmaßnahmen zu finden.

Der Konzern mit Sitz in Essen musste sich bereits von kleineren Filialen und sogar von eigenen Handelsketten wie Sinn-Leffers und Runners Point trennen.

Um eine Insolvenz zu vermeiden, verkauft Ex-Bertelsmann-Vorstandschef Thomas Middelhoff bald darauf sogar die Immobilien der Karstadt-Häuser.

Der Konzern, zu dem auch der Reiseveranstalter Thomas Cook und Versandhandelshäuser wie Quelle gehören, kommt dennoch nicht auf die Beine - einem zu restrukturierenden Unternehmen will keiner Kredit geben.

Auch die Umbenennung in Arcandor im März 2007 hilft nicht: Die Aktie stürzt von zwischenzeitlich fast 30 Euro auf etwa ein Zehntel ihres Wertes ab. Im Juni 2009 schließlich meldet die Arcandor AG Insolvenz an.

Doch Karstadt lebt und kriselt weiter: Der Investor Nicolas Berggruen übernimmt 2010 alle Karstadt-Filialen, 2014 reicht er die noch immer schwächelnde Warenhauskette an die österreichische Signa Holding weiter.

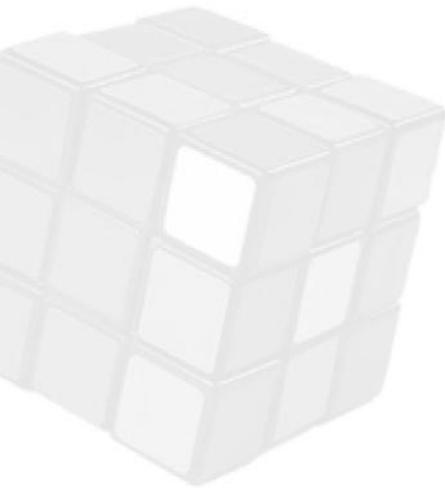
Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Theodor-Althoff-Straße 2
45133 Essen



2004 | Politik



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Abfindungssache?

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer gerät in die Schusslinie wegen "Sonderausschüttungen" seines alten Arbeitgebers.

Im "bürgerlichen Leben" steigt der Diplom-Volkswirt Lauerenz Meyer schnell vom Sachbearbeiter zum Hauptabteilungsleiter auf. Sein Arbeitgeber, ein Dortmunder Energieunternehmen, will ihn auch über seinen Weggang hinaus an sich binden. Man einigt sich auf eine verschwiegene Regelung einschließlich einer "angemessenen" Bezahlung.

Meyer wechselt in die Politik und ist auch hier erfolgreich. Er wird für die CDU in den NRW-Landtag und später in den Bundestag gewählt. Als Schatzmeister veröffentlicht er die Parteifinzen und versucht so, auf dem Höhepunkt der CDU-Parteispendenaffäre ein wenig Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ein Jahr später macht ihn CDU-Chefin Angela Merkel zu ihrem Bundesgeschäftsführer.

Da holt ihn seine Vergangenheit ein. Es wird öffentlich, dass er neben seinen Abgeordnetendiäten auch Zahlungen von seinem früheren Arbeitgeber erhalten hat. Wofür diese Sonderausschüttungen sind, wird nicht recht klar.

Der Dortmunder Energie-Konzern spricht von einem "Kommunikationsfehler" und einer irrtümlichen Überweisung. Meyer zahlt dieses Geld zurück, löst seinen Vertrag einvernehmlich und erhält erneut eine Abfindung – diesmal sollen es 400.000 Euro sein.

Als Bundesgeschäftsführer muss er zurücktreten und wird auch hier abgefunden – mit 52.000 Euro. Danach bleibt das einfache Bundestagsmandat - keine Abfindungssache ...

Dirk Bitzer



2004 | Staatspreis NRW

Anneliese Brost

Staatspreisträgerin des Landes Nordrhein-Westfalen 2004.

Anneliese Brost (geb. 1920) ist als Verlegerin und Gesellschafterin der WAZ-Mediengruppe eine der wichtigsten "Medienfrauen" des Landes, auch wenn sie selbst selten in der Öffentlichkeit erscheint.

Neben ihrer Tätigkeit als Unternehmerin fördert sie viele soziale und kulturelle Projekte in bestem mäzenatischen Sinne. Dazu gehören ein Seniorenwohnheim, ein Kinderheim und das Erich-Brost-Institut für Journalistik an der Universität Dortmund.

Das Folkwang-Museum und die Zeche Zollverein in Essen werden von ihr ebenso gesponsert wie Roberto Ciullis Theater an der Ruhr oder der Deutsche Tanzpreis. Als überzeugte Sozialdemokratin ist es für sie selbstverständlich, "entschieden sozial" zu sein.

Anneliese Brost, geborene Brinkmann, gehörte 1948 zum Gründungsteam der WAZ und arbeitete zunächst als Sekretärin und "rechte Hand" des Chefredakteurs und Mit-Eigentümers Erich Brost - zunächst in Bochum, später in Essen.

Die Erfolgsstory der WAZ ist eng mit dem von Brost und seinem Mitgesellschafter Jakob Funke schon früh formulierten Konzept verbunden: kein einheitliches Blatt für das gesamte Revier, sondern viele Lokalausgaben für die Besonderheiten vor Ort.

Hinzu kommt eine straffe Organisation des kaufmännischen Bereichs, die Rationalisierung von Druck, Vertrieb und Anzeigengeschäft bei gleichzeitiger redaktioneller Vielfalt.

Heute verlegt die WAZ-Mediengruppe über 500 Print-Titel und hält Anteile an Radio- und Fernsehsendern. Nach Bertelsmann und Springer ist sie beim Umsatz die Nummer 3 in Deutschland, aber das Verlagshaus mit der höchsten Rendite.

Anneliese Brost heiratet 1975 Erich Brost und übernimmt nach dessen Tod im Jahr 1995 seine Aufgaben. Schon vorher hatte das Ehepaar Erich Schumann, den Geschäftsführer ihres Unternehmens, adoptiert.

Ministerpräsident Peer Steinbrück in seiner Laudatio über die Preisträgerin: "Anneliese Brost wägt sorgsam ab - unabhängig von rein kurzfristigen finanziellen Vorteilen. Der WAZ, ob nun als Einzelzeitung, als Zeitungs- oder Mediengruppe, ist diese am publizistischen Gemeinwohl orientierte Geschäftspolitik gut bekommen. Aus dem mittelständischen Familienbetrieb, von dem Erich Brost oft sprach, ist ein wohlsituiertes, großes Unternehmen mit wohlsituierten Unternehmern geworden."

Wolfgang Hippe



2004 | Wirtschaft

Die Förderbank von NRW

Die Bürger von NRW haben seit März eine eigene Bank: die NRW-Bank. Konten können sie hier aber nicht eröffnen.

NRW-Bank: der Name klingt wie eine kleine Unterfiliale der Deutschen Bank. Dabei ist sie eine eigenständige, mächtige Größe im Gewerbe, die die Bürger im Visier hat - und zwar positiv.

Im Sinne ihres Selbstverständnisses will sie das öffentliche Leben Nordrhein-Westfalens stützen.

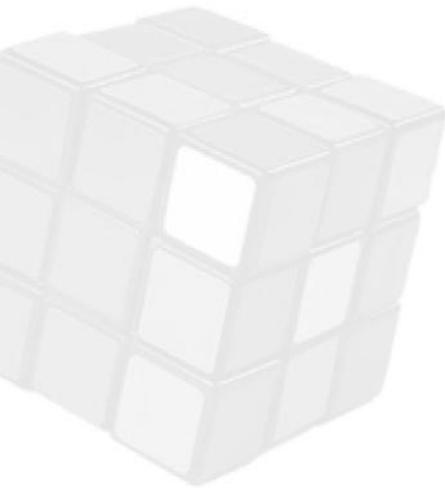
Ihre Aufgabe: Fördern - ob sozialer Wohnungsbau oder Kredite für kommunale Projekte, die die Gemeinden aus eigenen Mitteln nicht stemmen können.

Eine Zielrichtung ganz im Sinne der Eigentümer: Die NRW-Bank gehört zu über 60 Prozent dem Land NRW, weitere 35 Prozent teilen sich die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe.

Die Bilanzsumme beträgt über 100 Milliarden Euro, die NRW-Bank ist damit die größte Förderbank in Deutschland. Trotz ihrer Bedeutung soll sie wettbewerbsneutral arbeiten - im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin, der Landesbank NRW.

Vordergründig geht das, denn diesen Geschäftsbereich übernimmt die West-LB von der früheren Landesbank NRW. Alleinaktionärin der West-LB wiederum ist: die NRW-Bank.

Dirk Bitzer



Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Kavalleriestraße 22
40213 Düsseldorf



2004 | Bildung

Erster Studiengang für Islamlehrer

Deutsch, Mathe und Islam! Zwei Jahre nach der Ankündigung wird er Wirklichkeit - der erste Studiengang für Islamlehrer. Muhammad Sven Kalisch wird zum Professor für das Fach "Religion des Islam" an der Uni Münster ernannt.

"Für uns ist es wichtig, dass der Unterricht in Deutsch erteilt wird", so der Professor. "Ich habe überhaupt nichts gegen muttersprachlichen Unterricht. Ich selber schätze die türkische Sprache sehr und spreche sie auch, aber wenn wir möchten, dass der Islam ein Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft wird, dann müssen Muslime lernen, ihre Religion in deutscher Sprache zu lernen. Es ist uns sehr wichtig, dass es deutschsprachiger islamischer Religionsunterricht werden muss."

Wichtig ist Kalisch auch, in Münster wissenschaftlich muslimische Religionslehrer als Theologen auszubilden, die extremistischen Tendenzen entgegen wirken.

"Münster bietet damit als bundesweit erste Hochschule ein wissenschaftliches Hochschulstudium im Bereich Lehrerausbildung Islamunterricht an", so Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft anlässlich der Berufung von Prof. Kalisch.

Ein wichtiger Schritt zur Integration und Gleichberechtigung der über 282.000 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens.

Ulrike Filgers

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Schlossplatz 2
48149 Münster



2004 | Politik

Integrationsrat statt Ausländerbeirat?

Mehr Mitbestimmung für Migranten.

"Mitreden war damals, Mitentscheiden soll heute sein!" Der Integrationsrat soll die Interessen von Migrantinnen und Migranten in den Städten besser vertreten. Ausländerbeiräte gibt es zwar schon länger, aber sie haben keine direkten Befugnisse - ihre Arbeit bleibt oft ineffektiv.

Ab 2004 ist es den NRW-Städten möglich, einen Integrationsrat mit erweiterten Rechten einzurichten. Er hat mehr Einfluss und ein Budget, über das er entscheiden kann. Als "echter" Ratsausschuss sitzen in ihm neben den direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern auch ordentliche Mitglieder des Rates: Allein dadurch soll seine Arbeit mehr Beachtung finden.

Die Städte müssen keinen Integrationsrat einrichten, die Mehrzahl der Städte in NRW wird sich aber an dem Experiment beteiligen.

Über die genaue Ausgestaltung des Integrationsrats und über die Wahlmodalitäten entscheiden die einzelnen Kommunen selber. Gewählt werden die meisten Integrationsräte erstmals am 21. November 2004.

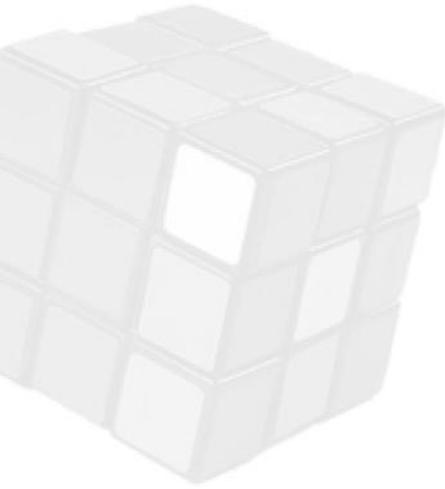
Irmgard Bernrieder

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf



2004 | Gesellschaft



NRW - geschrumpfte Zukunftsaussichten

Eigentlich stimmt im Februar 2004 die Aussicht optimistisch, dass bald alles wächst und die schlimmsten Zeiten vorbei sind. Doch NRW wird schrumpfen - keine gute Aussicht ...

Die Folgen der Bevölkerungsprognose, die das Landesamt für Statistik in diesem Monat vorstellt, sind bedeutend. Um es vorwegzunehmen: NRW wird alt und ländlich werden. Und arm.

Während heutzutage das Verhältnis von arbeitenden Menschen und Ruheständlern 100:44 beträgt, wird es im Jahr 2040 bei 100:63 liegen - fast ein Drittel höher. Die Folge ist, dass immer mehr Wohnraum leersteht und immer weniger Menschen Steuern zahlen.

Das heißt: Die Kommunen haben weniger Geld, mit dem sie die öffentlichen Betriebe wie Bibliotheken oder den Nahverkehr unterhalten können. Die Folge sind höhere Gebühren für jeden Bürger.

Wer sich das nicht leisten kann, zieht ins Umland, wo Miete und Gebühren oft niedriger sind. Dann aber steht noch mehr Wohnraum leer, der Kreislauf beginnt von vorne.

Außerdem sind leerstehende Wohngebiete nicht attraktiv für qualifizierte Arbeitskräfte, die ebenfalls ins Umland gehen. Siedeln sich dort auch die Betriebe an, verlieren die Städte mit dem Wissen ihrer Bürger auch deren Kaufkraft - es droht weitere Verödung.

Es gibt unterschiedliche Reaktionen auf dieses Szenario. Zum einen werden alte Menschen in öffentliche Einrichtungen eingebunden, um ihr Wissen zu erhalten und zu nutzen. Außerdem wird bei öffentlichen Neubauten wie Kraft- und Klärwerken bereits der zukünftige Bedarf hinterfragt, um nicht überdimensioniert zu bauen.

Und auch ein kontrollierter Abriss von Wohnraum wird diskutiert, um andere Viertel gezielter für die Zukunft planen zu können. Die Städte von NRW schrumpfen sich gesund für die Zukunft.

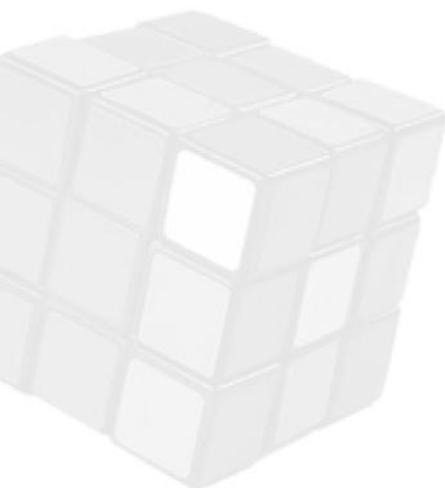
Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf



2005 | Politik



Die Mahner von Bonn

Eine "Epochenwende" sieht Meinhard Miegel in seiner neuen Studie heraufziehen: der Westen hat seine Vormachtstellung verloren und muss sich neu ausrichten.

Die "Epochenwende" ist nur das letzte Buch in einer langen Reihe von Veröffentlichungen, mit denen der "provokante und kompetente Denker" – so ein Rezensent – in Erscheinung tritt. Seine Analysen erarbeiten er und seine Mitarbeiter im Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG).

Ihre Themen reichen von Untersuchungen zu Fragen des Arbeitsmarktes, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen bis hin zu Aspekten der Arbeitskultur, der Migration oder der Verteilung des materiellen Wohlstands. Eine der Thesen: der Westen gibt zuviel für die Rüstung und zu wenig für die Qualifizierung aus. Neue Strategien müssen sich an den realen gesellschaftlichen Gegebenheiten orientieren.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Der Think Tank wird 1977 von Miegel und Kurt Biedenkopf gegründet, dem späteren Vorsitzenden der NRW-CDU und sächsischem Ministerpräsidenten. Das IWG residiert im Bonner Wissenschaftszentrum und betreibt neben eigenen Projekten auch Auftragsforschung, u.a. für Bundesministerien und die Bertelsmann Stiftung.

Ort:
Bonn

2003 gründet Miegel zusammen mit politischen Freunden den parteiübergreifenden "Bürgerkonvent", der über Lage und Perspektiven der Gesellschaft aufklären will. Zu den Gründungsmitgliedern gehören u.a. Hans-Olaf Henkel, Unternehmensberater Roland Berger, Otto Graf Lambsdorf, Rupert Scholz und Peter Glotz.

Wolfgang Hippe



2005 | Politik

Regierungswechsel in NRW

Die Landtagswahl 2005 bringt in Bund und Land Steine ins Rollen!

Seit 39 Jahren regiert die SPD in NRW - mal alleine, mal mit wechselnden Partnern. Mit Peer Steinbrück als Spitzenkandidat zieht die SPD in die Landtagswahl.

Die bundes- und landespolitische Lage ist zugespitzt, denn seit zehn Jahren regiert die SPD mit den Grünen, und diese Koalition in NRW ist auch die letzte auf Länderebene: Alle anderen rot-grünen Landesregierungen haben gewechselt.

Kann die SPD in ihrer Hochburg NRW nicht gemeinsam mit den Grünen erneut die Mehrheit gewinnen, drohen Konsequenzen für die Bundespolitik: Bundeskanzler Gerhard Schröder regiert als Chef einer rot-grünen Koalition im Bund. Eine Abwahl von Rot-Grün in NRW könnte als Votum der Wähler gegen Rot-Grün im Bund bewertet werden.

Das besondere Interesse an dieser Wahl zeigt sich am 22. Mai 2005: Die Beteiligung an dieser Wahl liegt bei 63%, damit deutlich höher als bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2000.

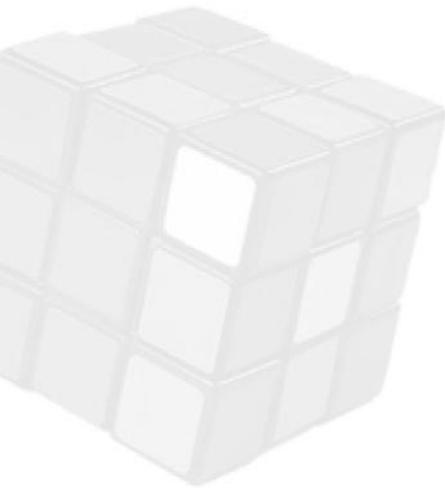
Mit knapp 45% liegt die CDU vor der SPD, die es nur auf 37% bringt. Erstmals seit fast vier Jahrzehnten ist damit eine SPD-Regierung in NRW abgewählt worden.

Der CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers wird neuer Ministerpräsident in NRW.

Millionen Zuschauer vor den Fernsehern glauben zunächst an einen Versprecher vom SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering, als er, auf die Bedeutung des Wahlergebnisses in einem Interview angesprochen, von Bundestagswahlen im Herbst spricht.

Aufgrund des Wahlergebnisses in NRW werden die Bundestagswahlen von 2006 auf den Herbst 2005 vorgezogen.

Dirk Bitzer



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



2005 | Politik

Tief aus dem Westen

Die deutsche Nummer 2 kommt aus NRW: Norbert Lammert (CDU) wird zum Bundestagspräsidenten gewählt.

In seinem neuen Amt sieht sich Lammert nicht als Zeremonienmeister des parlamentarischen Getriebes, sondern als Repräsentant des einzigen direkt gewählten deutschen Verfassungsorgans. Schließlich steht der Parlamentspräsident in der Rangfolge der Staatsämter als Nummer zwei direkt hinter dem Bundespräsidenten.

Die Würde des Amtes will er auch nutzen, um offensiv dem Ansehensverlust des Politikerstandes entgegenzuwirken.

Als eine seiner ersten Aufgaben steht die Neuregelung der Transparenz bei den Bezügen der Bundestagsangeordneten an.

Noch nach der Bundestagswahl wird Norbert Lammert zunächst als zukünftiger Staatsminister für Kultur und Medien gehandelt. Denn vor allem in der Kulturpolitik hat sich der einflussreiche Politiker profiliert. Von 1998 bis 2002 war er der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der "Schöngest und Strippenzieher" gibt als frühen Berufswunsch auch einmal "Dirigent" an. Er spielt Orgel, befürwortet jede Art von Hausmusik und ist bekennder Fan von Herbert Grönemeyer. Kein Wunder, denn der Sänger und Musiker hat mit "Bochum" schließlich die Hymne auf Lammerts Heimatstadt "tief im Westen" verfasst.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2006 | Gesellschaft

60 Jahre: Selling Democracy!

Unermüdlich vermittelt die Landeszentrale für politische Bildung NRW seit nun mehr 60 Jahren Demokratie.

"Selling Democracy!" lautete der Gründungsauftrag der britischen Militärs. Der Auftrag ist heute so aktuell wie damals – denn Demokratie ist ein unvollendeter, sich ständig wandelnder Prozeß.

Nach zwölf Jahren Hitler-Regime mussten Bürger und Bürgerinnen an Rhein und Ruhr lernen, wie ein demokratischer Staat funktioniert, welche Rechte und Pflichten sie haben.

"Re-education" hieß das Schlüsselwort, mit dem die Briten in ihrer Besatzungszone den Aufbau eines demokratischen Staates in Deutschland fördern wollen.

1946 wird die erste „Staatsbürgerliche Bildungstelle“ in Düsseldorf eingerichtet. Ihr Ziel: das westliche Ideal der Demokratie an die Männer und Frauen hier im Land zu "verkaufen" – selling democracy!

Im Laufe der sechzig Jahre änderten sich Name und Schwerpunkte der Institution: 1967 wurde aus der Bildungsstelle die Landeszentrale für politische Bildung NRW.

2006 werden die Aufgaben durch die Mediatisierung der Politik komplexer und komplizierter. Radikal neu sind auch die Anforderungen, die die Globalisierung und die Präsenz des Fremden an Demokratie stellen.

Diese Situation erfordert eine neue Artikulation, eine neue politische Aufmerksamkeit für Gleichheit, Gerechtigkeit und Differenz.

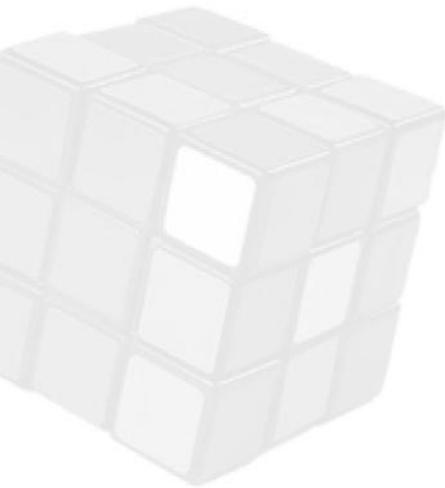
Mit Veranstaltungen, Publikationen und audiovisuellen Medien und Internetangeboten unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung NRW Bürger und Bürgerinnen und demokratische Institutionen bei dem Prozeß "Demokratie zu leben."

Landeszentrale für politische Bildung NRW

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte



2006 | Bildung



"Zeitung 4 you" - positive Schlagzeilen aus der Schule

Aktueller kann Lehrstoff an der Schule kaum sein: Im März startet das Projekt "Zeitung 4 you".

Ziel des Projektes ist es, den Schülerinnen und Schülern der 534 Hauptschulen des Landes ganz alltägliche Informationen zugänglich zu machen. Durch Zeitungslektüre und die Beschäftigung mit aktuellen Themen soll außerdem die Lust am Lesen gesteigert werden.

Auf Initiative des Schulministeriums NRW und des Verbandes der Zeitungsverleger NRW beliefern von März bis Juni 42 Zeitungen des Landes die neunten Jahrgänge der Hauptschulen kostenlos mit Tageszeitungen.

Ergänzt werden die Freixemplare durch Arbeitsmaterialien für Schüler und Lehrkräfte. Die Anregungen sind vielfältig: So können beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer Rechenarten im Mathematikunterricht anhand der aktuellen Bundesligatabelle vermitteln.

Hintergrund von "Zeitung 4 you" ist die Erkenntnis der PISA-Studie, dass bereits eine halbe Stunde Lesen am Tag unterschiedlichste Fähigkeiten von Schülern weckt.

Und tatsächlich: Während des Projektes steigt nicht nur die Leselust laut Auskunft der Lehrkräfte spürbar. Ganz nebenbei werden die Schülerinnen und Schüler durch die tägliche Beschäftigung mit der Zeitung auch auf die nach der neunten Klasse anstehenden Bewerbungsgespräche vorbereitet: Allgemeinbildung, die Personalchefs in Bewerbungsgesprächen häufig vermissen, eignen sich die Schüler durch "Zeitung 4 you" automatisch an. Das sind mal positive Schlagzeilen aus der Schule!

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Medien



2006 | Bildung

Berufsziel: Politiker

Dass Politiker mal nachsitzen und ihre Hausaufgaben machen sollten, ist eine weit verbreitete Floskel. Seit Oktober 2006 können Nachwuchstalente an der Uni Duisburg sogar vorsitzen - und den Stammtisch-Klagen künftig jede Grundlage entziehen.

Denn im Wintersemester öffnet die "School of Governance" an der Universität Duisburg-Essen. Hier lernen Studenten die Kunst des Regierens: kommunizieren, Meinungen bilden und Mehrheiten herstellen, eigene Ideen "verkaufen". Vier Semester dauert der Studiengang.

Ab dem Wintersemester 2008 wird eine in Deutschland einmalige Professur eingerichtet: "Landespolitik in NRW" wird dann erforscht und gelehrt.

Die Stiftung der West-LB finanziert diesen Lehrstuhl mit einer halben Million Euro, will aber keinen Einfluss darauf nehmen, was gelehrt wird - obwohl die Bank als Landesinstitution selbst Teil der Politik in NRW ist.

Wer selber Politik machen möchte statt immer nur darüber zu klagen - hier kann er es lernen.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Lotharstraße 53
47057 Duisburg



2006 | Bildung

Bildung gegen Gebühr

"Wissenswert" ist, was die Unis im Land seit dem Wintersemester 2006/2007 fordern.

Die Gegner der Studiengebühren bemängeln, dass diese Gebühren nicht dem allgemeinen Recht auf freie Bildung entsprechen: Abiturienten aus ärmeren Familien würden durch die Gebühr davon abgehalten, ein Studium zu beginnen.

Befürworter verweisen dagegen auf Länder wie die USA mit ihren erfolgreichen Universitäten. Jedoch müssen deren Absolventen wegen der Studiengebühren später mit teils über 100.000 Euro Schulden eine Arbeit antreten.

In NRW dürfen ab dem Wintersemester 2006/2007 bis zu 500 Euro pro Semester kassiert werden. Die genaue Summe bestimmt jede Hochschule selber, allerdings wählen die meisten den Höchstsatz.

Der Landtag verpflichtet die Hochschulen im entsprechenden Gesetz, das Geld zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen einzusetzen.

Dass dies auch passiert, bezweifeln jedoch die Gegner. Zwar sind die Bestände der Universitätsbibliotheken oft veraltet und müssten dringend durch aktuelle Werke aufgefrischt werden. Doch an vielen Unis ist es nicht Pflicht, einen detaillierten Haushaltsplan zu veröffentlichen.

Und ob ihre Gebühren dann tatsächlich zur Verbesserung der Ausstattung verwendet werden, oder ob die Uni-Verwaltung sie anderweitig verwendet, können die Studenten so nicht kontrollieren.

Nach nur wenigen Jahren ist das auch nicht mehr nötig: Zum Wintersemester 2011/2012 werden die Gebühren in NRW wieder abgeschafft. Zum Ausgleich erhalten die Universitäten nun Landesmittel für die Qualitätsverbesserung der Lehre.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2006 | Politik

Der Menschenfreund

Die Landesfahnen wehen Ende Januar 2006 auf Halbmast: Johannes Rau ist tot.

"Johannes Rau war ein großer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, dem das Land und seine Menschen viel zu verdanken haben", erklärt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und ordnet für Nordrhein-Westfalen Trauerbeflaggung an.

Bundespräsident Horst Köhler lässt mitteilen, dass in Berlin am 7. Februar ein Staatsakt zum Gedenken an den Altbundespräsidenten stattfinden wird.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2006 | Staatspreis NRW

Jürgen Habermas, der Vielfältige

Am 7. November 2006 erhält der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas als 20. Preisträger den Staatspreis NRW.

Als einen wichtigen Grund für die Würdigung nennt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers dessen spektakuläre Diskussion mit Kardinal Ratzinger, jetzt Papst Benedikt XVI. Darin betone Habermas die Bedeutung von Religion für moderne Gesellschaften in einem aufgeklärten Verständnis.

Der 77-Jährige, in Düsseldorf geboren, gilt als einer der bedeutendsten deutschen Philosophen, seine Schriften sind weltweit im Gespräch.

Habermas zählt zur zweiten Generation der "Frankfurter Schule", die durch die "Kritische Theorie" der Soziologen Horkheimer und Adorno berühmt wurde.

Mit seiner an Freud und Marx orientierten Denkweise wird er zum geistigen Anreger der '68er Studentenrevolte, distanziert sich jedoch als "verfassungsloyaler" Linker bald von radikaleren Gruppen um Rudi Dutschke.

Wegen der ungeheuren Vielfalt seines Denkens gilt Habermas als schwer einzuordnen. Über die Fachwelt hinaus ist er bekannt durch sein stetiges Einmischen in tagespolitische Streitpunkte.

So bezieht er 1999 Stellung gegen den Kosovokrieg, schreibt 2001 gegen eine liberale Gentechnik und ruft 2003 prominente europäische Intellektuelle auf, sich für ein politisch einig handelndes Europa einzusetzen.

Sabine Stadtmueller

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf



2006 | Bildung

Kernforschung spaltet

Als Auslöser nuklearer Waffen fürchtet die Welt den "roten Knopf". Für die zivile Nutzung von Kernenergie drückt NRW im Mai 2006 den "schwarzen Schalter".

Nachdem in der Forschungsanlage Jülich der letzte von drei Kernreaktoren abgeschaltet wird, die hier der atomaren Forschung dienen, läuft in NRW kein Atomkraftwerk mehr.

Zuvor waren schon das AKW in Würgassen und der Hochtemperaturreaktor in Hamm dran, außerdem der Schnelle Brüter in Kalkar.

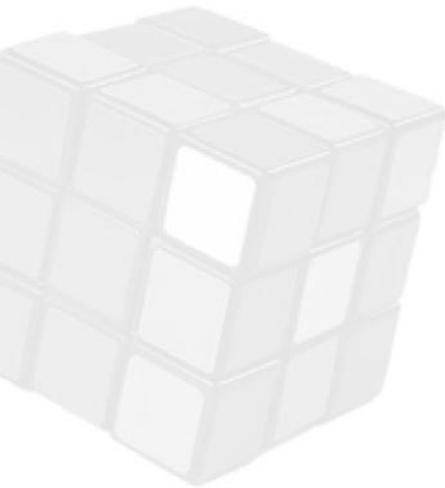
Ein Grund für das Ende der einst gepriesenen Nuklear-Fortschrittstechnologie: die Reaktorkatastrophe im russischen Tschernobyl 1986, die der Welt die tödliche Gefahr der Kernenergie zeigte.

Allerdings: Energie aus Kernspaltung belastet das Klima nicht, so wie Kohlekraftwerke, und daher halten gerade vor dem Hintergrund von Klimawandel, steigenden Öl- und Gaspreisen die Befürworter von Nukleartechnik einen Verzicht für falsch.

Doch mit der Katastrophe in Fukushima 2011 steht fest: Der Atomausstieg ist unumkehrbar, wird sogar in einen bundesweiten ausgedehnt.

In der Forschungsanlage in Jülich wird trotz abgeschaltetem Reaktor weiter geforscht. Die Wissenschaftler weichen im Bedarfsfall nach Bayern auf den Forschungsreaktor Garching aus.

Dirk Bitzer



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel



2006 | Gesellschaft

Kirchen knapp bei Kasse

Bis 2009 muss das Ruhrbistum Essen jede zweite Stelle streichen - und von den 350 Kirchen werden zunächst 96 schließen.

Im Jahr 2005 wird im Ruhrbistum kein neuer Priester mehr geweiht. Ruhrbischof Felix Genn sieht angesichts der stetig abnehmenden Zahl von Katholiken und Priestern keine andere Möglichkeit mehr, als Pfarreien zusammenzulegen und Kirchen zu schließen.

Wichtige Kriterien für die Schließung der Gotteshäuser sind ihre Lage und ihre historische Bedeutung sowie die Größe der betroffenen Gemeinden. Bis 2009 soll der Jahresetat des Bistums um 70 Millionen auf dann 150 Millionen Euro schrumpfen, vor allem, um den sinkenden Einnahmen aus der Kirchensteuer gerecht zu werden. Angepeilt ist zudem die Schließung jeder dritten Kindertagesstätte.

Auch in den anderen vier Bistümern des Landes regiert der Rotstift. In Aachen wird ebenso ein Sparhaushalt aufgestellt wie in Münster und Paderborn. Sogar in Köln, eines der reichsten katholischen Bistümer weltweit, klappt ein Loch im Geldbeutel.

Die Finanzstrategie ist überall die gleiche: Personalabbau, Schließung von Einrichtungen und Kirchen, Verkauf von Immobilien.

Was mit den leeren Kirchen geschehen soll, ist unklar. Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner mag sich nicht vorstellen, dass aus Kirchen Discos werden. Über die Umgestaltung in Wohnraum, Werkstätten, Büros oder Ateliers will er reden, ebenso über den Einzug eines "ehrbaren Gasthauses". Die Umwandlung in eine Moschee ist für ihn dagegen undenkbar.

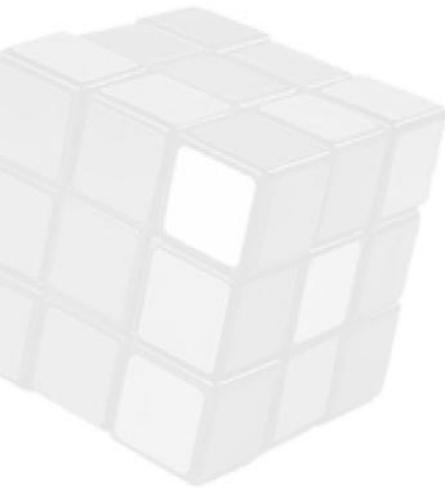
Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Zwölfling 16
45127 Essen



2006 | Gesellschaft



Kloster Walberberg vor dem Aus - Das Ende einer Ära

"Das nächste Opfer des allgemeinen Kirchensterbens", meldet der Nachrichtenticker lapidar. Doch das Ende von Kloster Walberberg bedeutet mehr.

Die theologisch-philosophische Ordens-Hochschule mit internationalem Ruf zwischen Bonn und Köln gilt als ein zentraler Ort für die Entwicklung des konservativen Denkens in der "Bonner Republik".

Der in Deutschland prominenteste Student der Hochschule ist Pater Basilius Streithofen, ein langjähriger Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU).

Gegründet 1924 ist Walberberg die größte Niederlassung der Dominikanerprovinz Teutonia. Zu der renommierten Ordens-Hochschule gehört ab 1938 das weltweit erste "Institut für kirchliche Sprecherziehung".

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Rheindorfer-Burg-Weg 39
53332 Bornheim/Rhein

Während der Nazi-Zeit hielten die Mönche engen Kontakt zum Widerstand gegen das Regime. 1945 wurden hier die "Kölner Leitsätze erarbeitet", die als Basis des ersten Parteiprogramms der CDU dienten. Die Walberberger Dominikaner hatten großen Anteil an der Orientierung der Partei am "christlichen Sozialismus".

Bis 1975 werden in Walberberg Mönche aus aller Welt ausgebildet und zu Priestern geweiht. Die Zahl der Priester sinkt jedoch und die Hochschule wird in eine Tagungsstätte umgewandelt.

Noch 2002 investiert man 2,3 Millionen Euro in die Modernisierung der Räume. Im März 2006 ist alles vorbei: Der Orden sieht sich nicht mehr in der Lage, die Klosteranlage zu finanzieren.

Wolfgang Hippe



2006 | Bildung

Konfuzius lehrt ...

... seit Dezember 2006 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

Ob Kurse in chinesischer Kalligrafie oder Tuschezeichnen, Business-Chinesisch oder Seminare für China-Reisende - dies sind nur einige der Schwerpunkte des neu gegründeten Konfuzius-Institutes an der Universität.

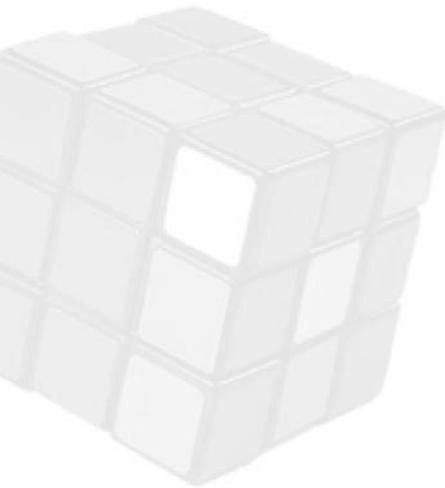
Namensgeber ist der chinesische Philosoph Konfuzius, der im 5. Jahrhundert vor Christus lebte und dessen Lehre auf Ausgeglichenheit und Harmonie im Leben jedes einzelnen Menschen zielt.

Hinter dem Projekt steht die chinesische Regierung: Man will China als Kulturation präsentieren. Dazu sollen weltweit 100 Konfuzius-Institute geschaffen werden, 100 Millionen Menschen sollen die chinesische Sprache lernen.

In NRW ist China schon lange kein unbekanntes Land mehr: Bereits seit 1987 besteht eine Partnerschaft zwischen den Universitäten in Düsseldorf und Peking, außerdem gibt es in der Landeshauptstadt ein China-Kompetenzzentrum.

Etwa 40 chinesische Betriebe gibt es in und um Düsseldorf. Allein die zwanzig Mitglieder des "Chinesischen Unternehmerverbandes" machen hierzulande über 400 Millionen Euro Umsatz. Und sie sorgen auch für fast 400 Arbeitsplätze im Land - für überwiegend deutsche Arbeitnehmer.

Dirk Bitzer



Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf



2006 | Politik

Neue Besen

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ordnet im Juli 2006 die Staatskanzlei neu.

"Einvernehmlich mit allen Betroffenen" modernisiert der Ministerpräsident die Strukturen der Staatskanzlei und besetzt dabei gleich drei Posten neu.

Chef der Staatskanzlei wird Karsten Beneke, bis dahin Vertreter des Landes in Berlin und Brüssel. Sein Vorgänger Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff konzentriert sich fortan als Staatssekretär für Kultur auf die Kulturpolitik.

Für Europa- und Bundesangelegenheiten ist nun Michael Mertes, vormals Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, zuständig.

Regierungssprecher Thomas Kemper verlässt nach nur einem Jahr die Landesregierung und geht zurück in die Wirtschaft. Sein Nachfolger wird Andreas Krautscheid.

Zugleich werden die Abteilungen der Staatskanzlei neu gegliedert und aufgestellt.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf



2006 | Gesellschaft

Paul Spiegel ist tot

Mehr als 6.000 Menschen nehmen in der Düsseldorfer Synagoge Abschied vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Nach langer schwerer Krankheit stirbt Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrats der Juden, am Morgen des 30. April 2006. Er wurde 68 Jahre alt.

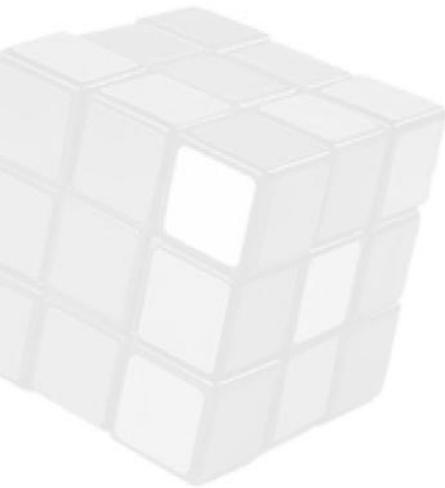
NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) würdigt ihn als "großen Deutschen und großen Juden".

Spiegel wird in Warendorf (Münsterland) geboren und wächst dort in einem traditionell religiösen und bürgerlichen Elternhaus auf. Nach dem Abitur arbeitet er als Journalist und schreibt u. a. für die "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung". Später gründet er eine renommierte Künstleragentur.

Ab 1993 ist er im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland tätig, zunächst als Vizepräsident, ab dem 9. Januar 2000 als Präsident.

Den Holocaust überlebt Spiegel versteckt bei katholischen Bauern in Belgien, seine Schwester Rosa wird als Elfjährige in das Konzentrationslager Auschwitz verschleppt und 1942 ermordet.

Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte
Düsseldorf

Ort:
Zietenstraße 50
40476 Düsseldorf



2006 | Bildung

Schwänzen - gesetzlich geregelt

Ab dem neuen Schuljahr gilt: Wer schwänzt, muss sich das leisten können - er zahlt drauf! Bildung kostet - Bildungsverweigerung künftig auch.

Betroffen sind Schüler und Schülerinnen ab vierzehn Jahren, die häufig unentschuldig fehlen: Sie sollen laut dem neuen Schulgesetz, das im August 2006 in Kraft tritt, bis zu 50 Euro zahlen.

Schwänzen galt bislang zwar auch schon als Ordnungswidrigkeit, allerdings konnten nur die Eltern schwänzender Schüler mit einem Bußgeld belegt werden - mit bis zu 1.000 Euro.

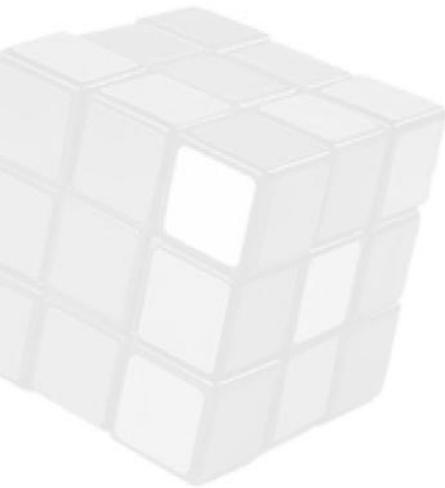
Billiger wird unentschuldigtes Fehlen durch das neue Schulgesetz allerdings nicht: Das Bußgeld für Schüler ergänzt nur die bisherige Regelung, und auch Schüler, die kein Geld haben, sind dran. In solchen Fällen kann ein Jugendrichter die Geldbuße ersatzweise in Sozialstunden umwandeln. Und das bedeutet dann: Gemeinnützige Arbeit statt Freizeit!

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Dirk Bitzer



2007 | Politik



Die Linke

Politisch steht "Die Linke", wo ihr Name hinweist - seit dem 20./21. Oktober 2007 auch in NRW.

Der Name selbst wiederum steht am Ende einer langen Liste von Parteien.

Die meisten der 5.500 Mitglieder der Partei sind zuvor bereits anderweitig politisch aktiv: entweder in der PDS, der Partei des demokratischen Sozialismus, die sich in Ostdeutschland als Nachfolgepartei der SED versteht.

Oder in der WASG, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die 2004 vor allem ehemalige SPD-Angehörige gründen, als Reaktion auf eine veränderte Arbeitslosen- und Sozialhilfepolitik der Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder.

Jede der beiden Organisationen arbeitet bundesweit und auch in den einzelnen Bundesländern zunächst für sich. Mit bescheidenem politischem Erfolg: Bei der Landtagswahl 2005 in NRW erzielt die WASG lediglich 2,2 Prozent, die PDS sogar nur 0,9 Prozent - kein Vergleich mit den guten Ergebnissen der SED-Nachfolgepartei in Ostdeutschland.

Man beschließt, gemeinsam zu handeln. Zunächst bei der Bundestagswahl 2005 unter dem Parteinamen "Die Linke", in die die PDS sich umbenennt und auf deren Listen sich nun auch WASG-Kandidaten zur Wahl stellen.

Es folgt die gemeinsame Gründung der Bundespartei "Die Linke", im Oktober 2007 gründet sich der Landesverband "Die Linke.NRW" in Gladbeck.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Gladbeck



2007 | Medien

Eine einzige Tablette

Der WDR-Fernsehweiteiler über den Contergan-Skandal wird am 7. und 8. November 2007 ausgestrahlt - ein Quotenhit.

Der Film von Adolf Winkelmann zeichnet an einem fiktionalen Fall die Geschichte des Contergan-Skandals nach.

Eigentlich sollte der Film schon im Herbst 2006 im Fernsehprogramm laufen, aber der Produzent des Skandal-Medikaments - die Firma Grünenthal - versucht mit juristischen Mitteln, die Ausstrahlung zu verhindern.

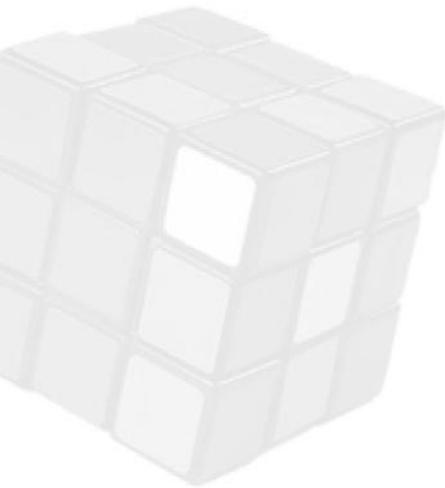
Auch ein damaliger Anwalt der Opfer fühlt sich falsch dargestellt, klagt ebenfalls. Die Produktionsfirma kürzt den Film nicht, dreht aber einige klarstellende zusätzliche Szenen.

Doch der Streit eskaliert, geht schließlich an das Bundesverfassungsgericht - dort werden die Klagen aber abgewiesen, die ARD darf den Film auf Festivals zeigen und schließlich auch im Fernsehen präsentieren.

Ein Film mit Folgen: Nach der Ausstrahlung kommt es - schon im Dezember 2007 - zu Gesprächen zwischen dem Verband der Contergan-Geschädigten und der Firma Grünenthal.

Im Mai 2008 schließlich teilt Grünenthal mit, dass man nun freiwillig 50 Millionen Euro in die Conterganstiftung einzahlen wolle. Damit sollen zusätzliche Zahlungen an die Geschädigten ermöglicht, ihre Lebenssituation verbessert werden.

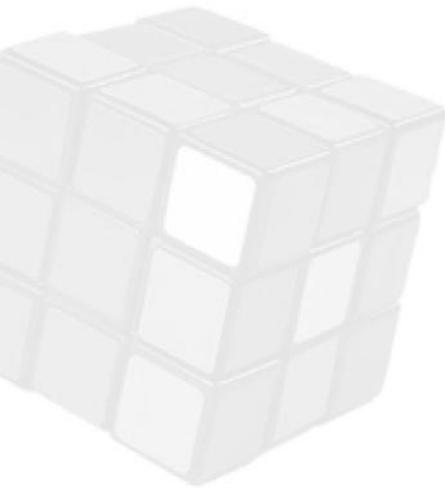
Philipp Sanke



Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2007 | Gesellschaft



Immer wieder neu anfangen

So beschreiben offizielle Vertreter die Geschichte des Judentums bei der Einweihung der neuen Synagoge am 1. Februar 2007 in Gelsenkirchen.

Sie steht genau an der Stelle, an der auch die 1885 eingeweihte und 1938 zerstörte alte Synagoge gestanden hatte.

Über 1.500 Mitglieder zählte die jüdische Gemeinde in Gelsenkirchen zu Beginn des Nationalsozialismus noch, Ende der 80er Jahre sind es keine hundert mehr.

Doch dann fällt die Mauer und der Eiserner Vorhang. Aus der ehemaligen UdSSR und anderen Staaten des zerfallenden Ostblocks strömen immer mehr Menschen jüdischen Glaubens nach Deutschland.

Auch nach Gelsenkirchen, wo die jüdische Gemeinde nun auf über 400 Mitglieder anwächst. Immer wieder neu anfangen: das müssen die Auswanderer hier im doppelten Sinne. Die neue Synagoge in Gelsenkirchen ist für sie auch ein Symbol einer neuen Heimat.

Thema:
Nachkriegsgeschichte
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Georgstraße 2
45879 Gelsenkirchen

Dirk Bitzer



2007 | Gesellschaft

Muslimisch & gemeinsam

Vier islamische Organisationen schließen sich im April 2007 in Köln zum Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland zusammen.

Die vier nach eigenen Angaben größten islamischen Organisationen sind: der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ).

80 Prozent der hier ansässigen Muslime will der Koordinierungsrat repräsentieren - auch das nach eigenen Angaben. Zum ersten Sprecher des Koordinierungsrates wird der ZMD-Vorsitzende Ayyub Axel Köhler gewählt.

Zwar wird die Gründung des Rates von der Bundesregierung begrüßt, doch die kritischen Stimmen überwiegen. Vor allem die konservative Ausrichtung der Dachorganisation steht in der Kritik.

Libérale Strömungen des Islam wie die Aleviten sind ebenso wenig vertreten wie die sogenannten "Kultur-Muslime", die für einen säkularisierten Islam eintreten.

Zudem kennt der Islam keine den christlichen Kirchen vergleichbaren Strukturen, und deshalb könne der Koordinierungsrat auch keine vergleichbaren Aufgaben übernehmen, so die Kritik. Unabhängige Schätzungen schreiben ihm auch nur ein Fünftel der in Deutschland lebenden Muslime zu.

Dagegen appelliert Ayyub Axel Köhler an die Politik: "Der Koordinierungsrat ist der einheitliche Ansprechpartner, den die Politik immer gesucht hat."

Wolfgang Hippe

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Venloer Straße 160
50823 Köln



2007 | Politik

Noch einmal davongekommen

Der ehemalige Wuppertaler Oberbürgermeister Hans Kremendahl (SPD) wird im August 2007 vom Bundesgerichtshof (BGH) endgültig vom Vorwurf der Vorteilsannahme freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft hat vergeblich Revision gegen den Freispruch von Kremendahl durch das Dortmunder Landgericht eingelegt. Dort befand der Vorsitzende Richter Johannes Nüsse: "Nicht alles, was unanständig ist, ist auch strafbar."

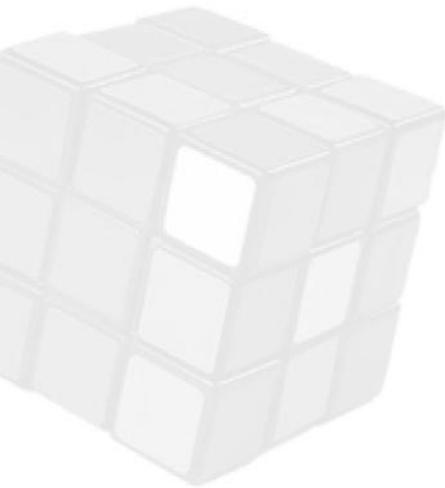
Der BGH in Karlsruhe folgt der Auffassung der Dortmunder Kollegen. Damit ist das Strafverfahren gegen Kremendahl letztinstanzlich beendet.

Begonnen hatte die sogenannte "Kremendahl-Affäre" im Jahr 1999 während des Kommunalwahlkampfes. Der damalige Oberbürgermeister Kremendahl nahm eine Wahlkampfspende des Bauunternehmers Uwe Clees in Höhe von 500.000 DM (256.000 Euro) an.

Ihm konnte in mehreren Gerichtsverfahren aber nicht nachgewiesen werden, dass er im Gegenzug Bauvorhaben von Clees unterstützen wollte. Auch Clees wird freigesprochen.

Nicht so ungeschoren kommt die Wuppertaler SPD davon. Weil sie die Großspende vorsätzlich falsch verbucht hat, verurteilte sie das Bundesverwaltungsgericht bereits ein Jahr zuvor zu einer Strafzahlung an den Bundestag in Höhe von 767.000 Euro.

Wolfgang Hippe



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Herrenstraße 45 A
76133 Karlsruhe



2007 | Politik

NRW-Verfassung verfassungswidrig?

Das Bundesverfassungsgericht kippt das NRW-Verfassungsschutzgesetz. Es sieht grundrechtswidrige Online-Durchsuchungen vor.

Das Bundesverfassungsgericht kreiert mit seinem Urteil vom 5. Februar 2007 das neue "Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme".

Damit sind Daten auf dem Computer grundsätzlich vor Zugriffen des Staates geschützt, egal ob sie sich auf einem Gerät in den heimischen vier Wänden, auf einem mobilen Laptop oder einem Smartphone befinden.

Anlass der Entscheidung: eine Verfassungsbeschwerde gegen das neue NRW-Verfassungsschutzgesetz. Das Gesetz war 2006 von NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) in den Landtag eingebracht und von der Regierungsmehrheit von CDU und FDP beschlossen worden. NRW war das einzige Bundesland, das dem Verfassungsschutz erlaubte, die Computer seiner Bürger zu durchstöbern.

In der Öffentlichkeit wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als "Sieg für die Bürgerrechte" gefeiert.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Schloßbezirk 3
76131 Karlsruhe



2007 | Kultur

Schmökern hinter Gittern

Die Gefängnisbücherei der JVA Münster wird "Bibliothek des Jahres".

Der Deutsche Bibliotheksverband und die Zeit-Stiftung zeichnen im Oktober 2007 die Gefängnisbücherei der JVA Münster für ihre vorbildliche soziale Kulturarbeit als "Bibliothek des Jahres" aus.

Bei den rund 500 Insassen der JVA Münster steht Lesen in der Freizeit auf Platz 1. Es schlägt bei einer Umfrage mit 79,1 Prozent sogar das Fernsehen (71,8 Prozent). Kein Wunder, dass die Hälfte der 10.000 Medien der Bücherei ständig ausgeliehen sind.

Neben Büchern - vom Krimi bis zum Klassiker - gibt es Hörbücher, Musik-CDs und DVDs. 30 Fremdsprachen sind vertreten.

Der 2006 gegründete "Förderverein Gefangenenbüchereien e. V." unterstützt die Arbeit der Bibliothekare ideell und finanziell.

Es gibt aber insgesamt nur vier von hauptamtlichen Bibliothekaren geleitete Bibliotheken im deutschen Justizvollzug.

Wolfgang Hippe

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Gartenstraße 26
48147 Münster



2007 | Gesellschaft

Uta Ranke-Heinemann wird 80

Am 2. Oktober 2007 feiert die streitbare katholische Theologin ihren 80. Geburtstag.

Als weltweit erste Frau habilitiert sie sich in katholischer Theologie und wird Professorin in Duisburg und Essen.

Ihre Zweifel an der "Jungfrauengeburt", ausgerechnet am Wallfahrtsort Kevelaer vorgetragen, lösen 1987 eine so heftige Debatte aus, dass sie ihren Lehrstuhl verliert.

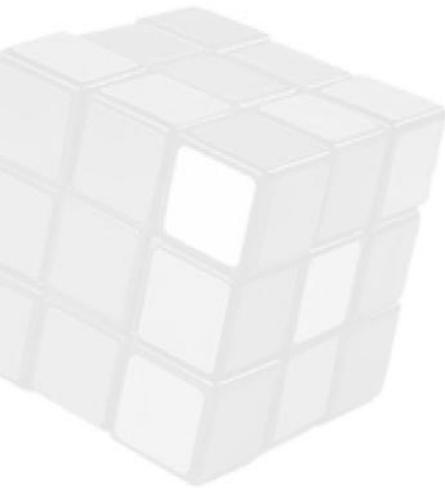
Vergeblich wendet sie sich an ihren ehemaligen Kommilitonen Joseph Ratzinger, der ähnliche Ansichten vertritt.

Ihr Hauptwerk "Eunuchen für das Himmelreich" wird 1989 zum weltweiten Bestseller. Die Übersetzungen sind von ihr selbst kontrolliert, dank ihrer außergewöhnlichen Kenntnisse von nicht weniger als zwölf Sprachen.

Die streitbare, witzige und blitzgescheite Essenerin lässt kein heißes Eisen aus: In den 70-ern reist die Friedensaktivistin mit Hilfsgütern nach Hanoi, streitet gegen das Verbot der katholischen Kirche von Empfängnisverhütung und Abtreibung, 2001 klagt sie die Geheimhaltung von Pädophilie und Homosexualität unter Geistlichen an.

Die älteste Tochter des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann bewirbt sich 1999 selbst um dieses Amt, unterliegt aber dem Ehemann ihrer Nichte - Johannes Rau.

Sabine Stadtmueller



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2008 | Politik

"We love the new"

Mit dem Slogan "We love the new" - Wir lieben das Neue - in den Landesfarben Grün, Weiß und Rot wirbt NRW ab dem 27. Oktober 2008 bei ausländischen Investoren.

Mit der Kampagne will sich Nordrhein-Westfalen als führende europäische Region positionieren. Wirtschaftsministerin Christa Thoben ist sich ganz sicher, dass damit "die Stärke Nordrhein-Westfalens deutlich" wird - von Wissenschaft und Wirtschaft bis zu Kunst und Kulinarischem.

Mit zahlreichen Motiven wird die Innovationsfähigkeit des Landes vorgeführt. So posieren etwa Doktoranden der Universität Bielefeld gemeinsam mit zwei ASIMO-Robotern, die weltweit einzigartig sind. Obwohl in der Kampagne ausschließlich "echte" Menschen aus Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden sollen.

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Wolfgang Hippe

Ort:
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld



2008 | Gesellschaft

Die Moschee von Marxloh

Sie ist die größte Moschee Deutschlands und Beweis, dass verschiedene Kulturen und Religionen in NRW nebeneinander existieren können.

Sie wird am 26. Oktober 2008 eingeweiht und hat Platz für 1.200 Gläubige sowie ein Minarett von 34 Meter Höhe, das den im osmanischen Stil gehaltenen Kuppelbau ziert.

Trotz dieser Dimensionen gab es in Marxloh, einem Stadtteil von Duisburg, keinen Streit um den Bau der Moschee - manche Journalisten schreiben schon vom "Wunder von Marxloh".

Anwohner und Kirchen wurden früh in einen Beirat integriert, auf den traditionellen Ruf des Muezzins zum Gebet verzichtet die muslimische Gemeinde. Viele ältere Anwohner, ob muslimisch, christlich oder ohne Religion, verbindet zudem die Arbeit unter Tage.

Fast ein Drittel der 18.000 Einwohner des Stadtteils hat einen türkischen Hintergrund, die Moschee dient daher auch nicht nur als Gebetshaus: In der angeschlossenen Bildungs- und Begegnungsstätte treffen sich Muslime und Angehörige anderer Religionen.

Das Land NRW und die EU fördern den Bau dieser Begegnungsstätte mit 3,2 Millionen Euro. Den Rest der Gesamtkosten von etwa 7,5 Millionen Euro decken private Spenden und Kredite.

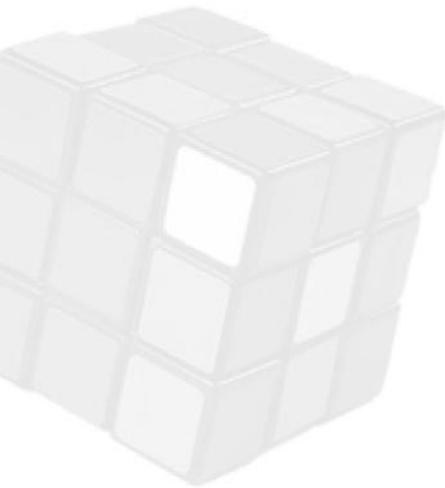
Dirk Bitzer

Thema:
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Warbruckstraße 51
47169 Duisburg



2008 | Kultur



Echt! - ein Festival des Freien Theaters

"Ich bin hier geboren, meine Eltern sind im Libanon geboren. Ich find's gut, dass ich hier geboren bin, sonst würd ich es total schwer haben, einen deutschen Pass zu kriegen", erzählt ein junges Mädchen in "Hell on Earth".

Mit Schwung und Humor spielen in dem Stück Jugendliche aus dem Berliner Problemstadtteil Neukölln ihre eigenen Geschichten. "Ich bin Mohammed al Mustafa, bin 15 Jahre alt, mach grade eine Ausbildung als Kfz-Mechaniker. Und ich würde auch gerne ein eigenes Haus haben, am Wannsee, schön am Wasser."

Mit "Hell on Earth" beginnt am 13. November 2008 in Köln "Echt! - 7. Festival Politik im Freien Theater". Seit zwei Jahrzehnten präsentiert die Festivalreihe alle drei Jahre an verschiedenen Orten Deutschlands laut Programmheft "herausragende Produktionen freier Theatergruppen, die wichtige (gesellschafts)politische Themen mit konsequenter Ästhetik verbinden".

Mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen findet das Festival im Jahr 2008 zum ersten Mal im bevölkerungsreichsten Bundesland statt. Eine weitere Neuheit: Unter den 17 Produktionen kommen neben den deutschen und den speziell erarbeiteten lokalen Beiträgen erstmals auch internationale Bühnenwerke zur Aufführung.

Zwei Preise unterstreichen die Bedeutung des Festivals - den der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten die Szenen von "Stalin - eine Diskussion über das (griechische) Theater" aus Athen. Die Auszeichnung des Goethe-Institutes geht an "Hell on Earth", das damit neben dem Auftakt auch den Schlusspunkt des Festivals setzt.

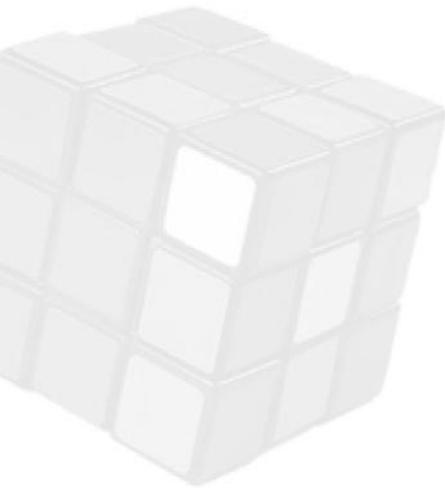
Walter Muffler

Thema:
Köln
Migration/Einwanderungsgesellschaft
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Köln



2008 | Politik



Gelebte Demokratie in Münster

Per Bürgerentscheid sprechen sich die Münsteraner gegen den Bau einer Konzerthalle aus.

Das Resultat ist eindeutig: Über 70 Prozent der Münsteraner Bürger stimmen am 27. April 2008 gegen die Musikhalle. Die Beteiligung am Bürgerentscheid ist mit rund 45 Prozent fast so hoch wie bei einer Kommunalwahl. Damit ist der von CDU, SPD und FDP getragene Ratsbeschluss vom Tisch, die Musikhalle wird nicht gebaut.

Im Mittelpunkt der emotional geführten Auseinandersetzungen um das Vorhaben steht das Finanzierungsmodell der Halle. Für den Bau sind offiziell rund 30 Millionen Euro vorgesehen. Davon will eine private Initiative rund 18 Millionen aufbringen, den Rest soll die Stadt bezahlen. Das Land NRW steuert gratis ein prominent gelegenes Grundstück bei.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Nach Ansicht der Befürworter ist eine kombinierte Konzert- und Kongresshalle für den Standort Münster ein "Muss".

Ort:
Münster

Die Bürgerinitiative "Keine städtische Finanzierung einer Kultur- und Kongresshalle" verweist dagegen darauf, dass es für die Halle weder einen Standort noch einen Architektenentwurf gibt. Unklar ist zudem, wer für den späteren Hallenbetrieb aufkommen will.

Zudem unterlaufen der Stadt offensichtliche Planungsfehler. So "vergisst" sie bei der Kalkulation die Kosten für die zwingend vorgeschriebenen 500 Stellplätze. Ein weiteres Argument der Kritiker: Das strukturelle Haushaltsdefizit der Stadt von rund 70 Millionen führte in der Vergangenheit bereits zu Kürzungen im städtischen Kulturretat.

Wolfgang Hippe



2008 | Politik

Graue Panther geben auf

Auf einem Sonderparteitag am 1. März 2008 wird die Auflösung beschlossen.

Gegründet wird die Partei 1989 von der Essenerin Trude Unruh, damals parteilose Bundestagsabgeordnete in der Grünen-Fraktion.

Mit dem Wahlspruch "Poppen für 'ne sichere Rente" erzielen die GRAUEN 2006 in Berlin mit 3,8 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte bei einer Landtagswahl.

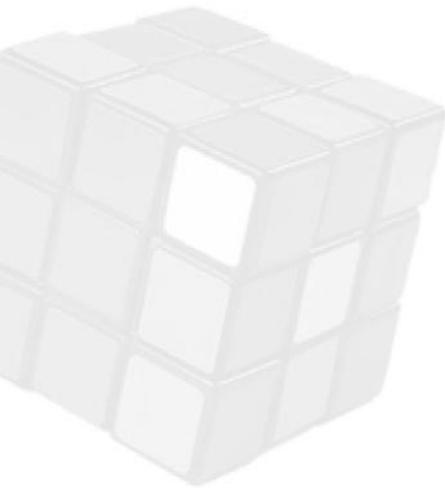
Nur ein Jahr später geraten die Panther in eine Spendenaffäre, 8,5 Millionen Euro fordert der Bundestag zurück. Mit gefälschten Spendenquittungen habe die Partei Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung erschlichen.

Auf dem Sonderparteitag am 1. März 2008 fasst die Partei wegen Zahlungsunfähigkeit einen Auflösungsbeschluss, der mit einer Urabstimmung am 17. März bestätigt wird.

Noch im selben Monat gründen sich gleich zwei Nachfolgeorganisationen: zunächst "Die Grauen - Generationspartei" um den Ex-Vorsitzenden Norbert Roeder, wenige Tage später in Fulda die "Allianz Graue Panther", hinter der auch Trude Unruh steht. Im September 2010 kommt mit der Partei "Graue Panther Deutschland" noch eine weitere Nachfolgepartei dazu.

Bis zum Jahr 2013 sind alle drei Nachfolger zu einer Partei fusioniert, die sich wieder schlicht "Graue Panther" nennt, aber nicht mehr an die Wahlerfolge der ersten Partei dieses Namens anknüpfen kann.

Sabine Stadtmueller



Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Kothener Straße 5
42285 Wuppertal



2008 | Bildung

KiBiz startet

Die Zukunft von Kindern beginnt im Kindergarten!

Und das erfordert bessere Förderung für Kinder - dieses Ziel verfolgt KiBiz, das Kinderbildungsgesetz, das im August 2008 in Kraft tritt.

Ein Kernpunkt des Gesetzes: der Sprachtest, den alle Vierjährigen ablegen müssen. Stellen die Prüfer Mängel fest, sollen speziell ausgebildete Erzieher die betroffenen Kinder gezielt fördern, damit sie später keine Nachteile in Schule und Beruf haben.

Für die 9500 Kindergärten des Landes, die über 500.000 Kinder betreuen, ändert sich vor allem die Finanzierung: Statt einer bisherigen pauschalen Abrechnung pro Gruppe erhalten die Kitas nun eine Pauschale pro Kind.

Außerdem weitere Gelder, wenn die Einrichtung beispielsweise in einem sozialen Brennpunkt liegt oder als sogenanntes Familienzentrum Aufgaben wie Ehe- und Erziehungsberatung mit den Eltern übernimmt.

Die können mit dem Inkrafttreten von KiBiz zwischen verschiedenen Betreuungsangeboten für ihre Kinder wählen: 25, 35 oder 45 Wochenstunden, außerdem sollen die Plätze für Kinder unter drei Jahren ausgebaut werden - von derzeit 16.000 auf 90.000 im Jahr 2010.

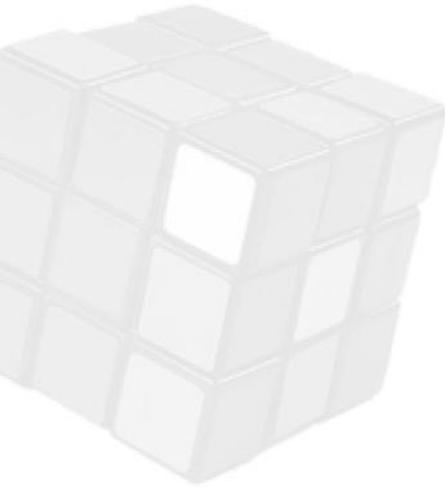
Davon profitieren nicht nur Kinder und Eltern, denn das heißt auch: mehr Arbeitsplätze für Erzieher und Erzieherinnen durch Kinderbildung.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2008 | Wirtschaft



Nokia - was unterm Strich bleibt

Es gibt auch Unternehmen, die an die zurückbleibenden Angestellten denken, wenn sie ins Ausland umziehen.

Der 15. Januar 2008 ist perfekt geplant, bis ins Detail: Für Notfälle stehen zwei Krankenwagen vor der Halle des Nokia-Werkes Bochum, in der der finnische Konzern 2.300 Beschäftigten und 1.000 Leiharbeitern verkündet, dass Nokia das Werk schließen wird.

Gerechnet hat damit keiner, im Gegenteil: Noch vor wenigen Monaten hieß es, Nokia werde kein Werk in Europa schließen.

Gerechnet hat aber offenbar Nokia, und das genau: Seit das Unternehmen vor knapp 20 Jahren begann, in Bochum Handys zu produzieren, hat es über 40 Millionen Euro Subventionen vom Land NRW bekommen. Um Arbeitsplätze zu schaffen - doch die sind jetzt zu teuer, wie Nokia mitteilt.

Billiger sind sie in Rumänien, wo Nokia ein völlig neues Werk baut. "Subventionsheuschrecken" heißt es daraufhin auch in der Politik: Gemeint sind Unternehmen, die Fördergelder annehmen und anschließend zu einem anderen lukrativen Standort weiterziehen.

Nokia kommt aber nicht ganz so billig davon: Mehrere Hundert Millionen kostet das Unternehmen ein Sozialplan für die entlassenen Arbeiter. Und: Nokia-Handys verkaufen sich in Deutschland nun schlechter, unterm Strich bricht der Gewinn ein. Die Arbeitsplätze sind dennoch weg.

Dirk Bitzer

Thema:
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Meesmannstraße 105
44807 Bochum



2008 | Gesellschaft

NRW geht stiften

Nirgendwo gibt es so viele Bürgerstiftungen wie in NRW. Von Bürgern - für Bürger.

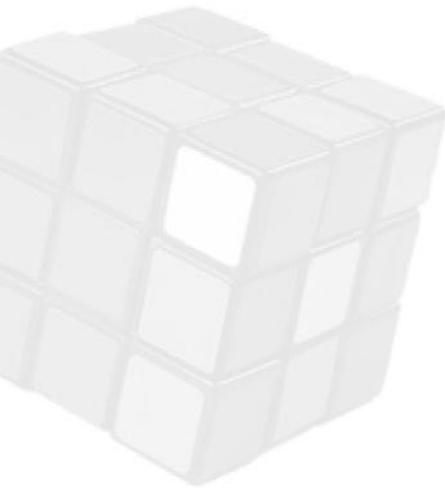
Nordrhein-Westfalen ist mit 68 Bürgerstiftungen - also "Selbstorganisationen, die gerne im lokalen Gemeinwohl agieren" - der Spitzenreiter unter den Bundesländern. Das ermittelt im September 2008 der "Länderspiegel Bürgerstiftungen".

Auf Platz 1 liegt das Land auch bei den Stiftungsvermögen. In NRW liegt es durchschnittlich bei 261.000 Euro, im Bundesdurchschnitt bei nur 128.000 Euro. Mit der Bürgerstiftung Paderborn (2,6 Millionen Euro Stifterkapital) ist hier auch die größte Bürgerstiftung zuhause.

Im Unterschied zur klassischen Stiftung wird eine Bürgerstiftung von mehreren Stiftern getragen, die sich gemeinschaftlich über die Ziele der Stiftung und deren Umsetzung abstimmen. Im Unterschied zu vielen gemeinnützigen Organisationen, die wesentlich über öffentliche Mittel gefördert werden, setzen sie auf Eigenkapital und Unabhängigkeit.

Hinzu tritt ihr starker lokaler und regionaler Bezug. Bürgerstiftungen brauchen nicht nur "Geldreiche", sondern auch "Zeit-" und "Ideenreiche", die sich engagieren wollen, heißt es dazu programmatisch.

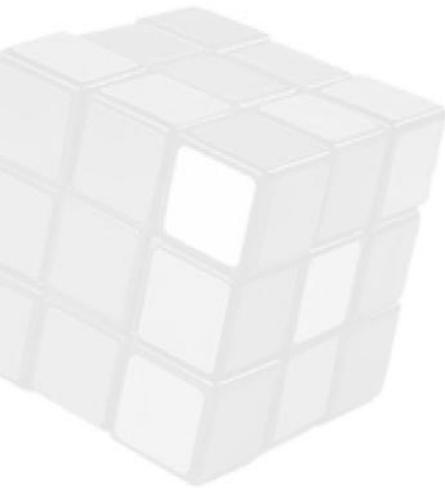
Wolfgang Hippe



Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen



2008 | Sport



Sport oder nicht Sport, das ist hier die Frage

In Köln trifft sich am 27. Mai 2008 zum fünften Mal die deutsche eSport-Branche mit internationalen Gästen.

Die Teilnehmer der 5. International eSports Conference kommen aus 15 Ländern, dabei sind rund 60 Unternehmen, Teams, Vereine, Institutionen und Organisationen vertreten.

Ein Ergebnis der Diskussionen: Noch in diesem Jahr soll in Seoul (Südkorea) ein Weltverband gegründet werden, an dem sich europäische Verbände und Unternehmen maßgeblich beteiligen sollen.

Das ist auch ein Stück Entwicklungshilfe, denn während in Asien eSport ein Massenphänomen ist, hinken die Zahlen in Deutschland und Europa dieser Entwicklung hinterher.

Auf der Konferenz werden vor allem vier Gründe für diesen Trend genannt: Die Breitbandverkabelung liegt in Ländern wie Korea bei 90 Prozent, in Europa nur bei 56. Und in Europa dominieren die klassischen Sportevents wie Fußball, Tennis oder Golf die Medien.

Gegenüber eGames gibt es weitverbreitete Vorurteile, so etwa gegen Killerspiele. Und: Es gibt im eSport keine international gültigen Regeln. Vor allem aber wird kritisiert, dass eSport noch nicht als Sport wahrgenommen oder gar anerkannt wird.

Tobias Kollmann, einer der Referenten der Konferenz und Professor für BWL und Wirtschaftsinformatik an der Universität Duisburg-Essen, sieht den eSport nicht weit vom regulären Sport entfernt: "Wichtig ist, dass Organisationen wie der Deutsche eSport-Bund weiter wachsen, eine Lobby sowohl für Hobby- als auch Profispieler entsteht und die eSportszene von Politik und Medien in ihrem Wachstum unterstützt wird."

Köln selber bietet ein halbes Jahr nach der Konferenz der eSport-Szene ein großes Forum: die World Cyber Games bringen im November 2008 über 800 eSportler aus 78 Ländern in die Deutzer Messehallen.

Wolfgang Hippe

Thema:
Köln
Wirtschaft und Strukturwandel
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Aachener Straße 999
50933 Köln



2008 | Kultur

Unterirdisches Köln

Ein Krisengipfel im Kölner Rathaus beschließt am 21. Oktober 2008 die Einrichtung der "Archäologischen Zone".

Unter dem Rathausplatz vermuten Archäologen neben dem Palast des römischen Statthalters die Überreste der ältesten Synagoge nördlich der Alpen.

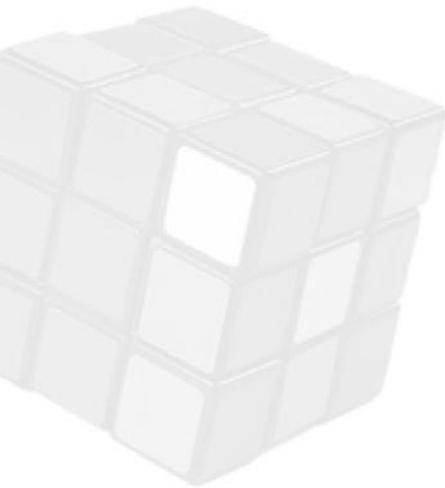
Seit Ende August finden in dieser rund 7.000 Quadratmeter großen Zone Voruntersuchungen statt, die mehr als 6.000 Fundstücke ans Tageslicht befördern und zu spektakulären neuen Erkenntnissen zur jüdischen Stadtgeschichte führen.

"Die Archäologische Zone wird nicht komplett unter der Erde liegen, sondern muss zum Teil oberirdisch begehbar sein", so Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma.

Das Projekt bekommt im Rahmen des Strukturförderungsprogrammes "Regionale 2010" die höchste Qualifizierungsstufe, somit trägt das Land 80 Prozent des 20-Millionen-Euro-Projekts.

Die Gipfelrunde um Schramma, der auch der NRW-Minister für Bauen und Verkehr Oliver Wittke angehört, berät auch über den Architekturwettbewerb, der für die Gestaltung der "Archäologischen Zone" ausgeschrieben wird.

Irmgard Bernrieder

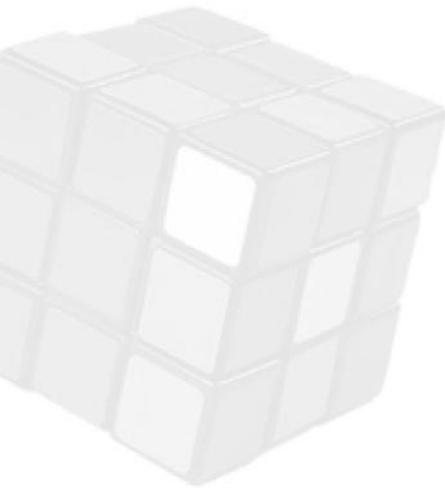


Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Judengasse 2
50667 Köln



2008 | Politik



Verjüngungskur für den Landtag

"Kinder an die Macht", forderte Herbert Grönemeyer - im Juni 2008 scheint das im Landtag von NRW geklappt zu haben!

Im Plenum des Parlamentes von NRW nehmen 187 Jugendliche Platz auf den Bänken, die sonst deutlich ältere Abgeordnete belegen; sie diskutieren, überlegen, stimmen ab wie alte Polit-Profis. Aber sie sind nur zu Gast, im Rahmen der Landtagsinitiative "Jugend und Parlament".

Ausgewählt auf Vorschlag der Abgeordneten aus deren jeweiligen Wahlkreisen oder nach Internet-Bewerbung beraten sie, inwiefern das Werbeverbot an Schulen Sinn macht oder aufgehoben werden müsste, und ob in den Kommunen Jugendbeiräte geschaffen werden sollen, die Rat und Bürgermeister beraten.

Themen, die tatsächlich in die Zuständigkeit des Landtages fallen. Am Ende sollen daher auch Jugendliche und echte Landtagsabgeordnete von der Aktion profitieren.

Die Jugendlichen erhalten so einen Einblick in den Parlamentsbetrieb, der der Öffentlichkeit sonst verborgen ist: Fachgruppen-, Fraktions- und Plenumssitzungen, die nicht nur Zeit, sondern auch das Talent zur Rede und zum Interessenausgleich erfordern.

Am Ende der Beratungen sprechen sich die Jugendlichen für den Erhalt des Werbeverbotes, aber für die Schaffung von Jugendbeiräten aus. Jetzt sind die Landtagsabgeordneten aufgefordert, aus dieser Vorlage etwas zu machen.

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dirk Bitzer



2008 | Gesellschaft

Viel Rauch um Nichts

Das Nichtraucherschutzgesetz gilt seit dem 1. Juli 2008 auch in Gaststätten - geraucht wird dort trotzdem weiterhin heftig: Willkommen im Club!

Nur in Gaststätten, die einen eigenen abgeschlossenen Raucherraum haben, dürfen Gäste noch ungehemmt den blauen Dunst atmen - in allen anderen Kneipen und Restaurants herrscht Rauchverbot.

Das ist der Kern des gesetzlichen Rauchverbotes, das im Juli 2008 in Kraft tritt. Es geht vor allem um den Gesundheitsschutz der Nichtraucher: Jeden Tag sterben in NRW zwei Menschen an den Folgen des Passivrauchens, obwohl sie nie selber geraucht haben, argumentieren die Befürworter des lange umstrittenen Gesetzes.

Die Gegner, vor allem die Wirte kleiner Einraum-Kneipen, befürchten Umsatzeinbußen im zweistelligen Prozentbereich, wenn ihre rauchenden Gäste sich nun neue Kneipen mit Raucherraum suchen.

Mit allerlei Tricks versuchen sie, das Verbot zu umgehen. Besonders beliebt: die Gründung von Raucherclubs, deren Ziel "Pflege und Erhalt von Rauchkultur" ist. Ende Juli wird ihre Zahl bereits auf 2.500 im ganzen Land geschätzt.

Die wenige Wochen später ihre Ausweise wieder einstampfen können: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass Rauchen in Kneipen unter 75 Quadratmetern Größe erlaubt ist, sofern dort keine Speisen zubereitet werden und Personen unter 18 Jahren der Zutritt verboten ist.

Außerdem ergeht an jedes Bundesland die Aufforderung, bis Ende 2009 neue Nichtrauchergesetze zu erlassen, die aber einzelne Gastronomiebereiche wie Einraumkneipen nicht besonders belasten.

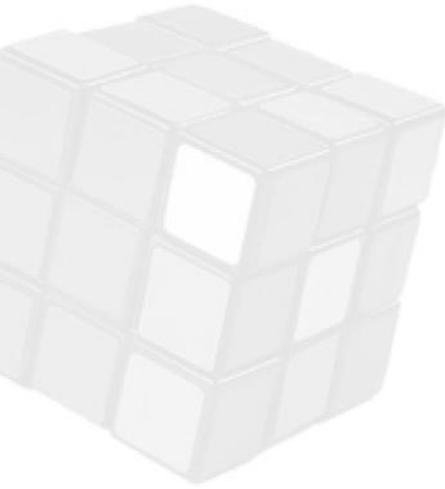
Dann aber ist sogar ein generelles Rauchverbot denkbar: Die Richter schätzen in dem Urteil ausdrücklich den Schutz der Gesundheit höher ein als das Recht der Wirte auf Berufsfreiheit.

Dirk Bitzer

Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Wirtschaft und Strukturwandel



2008 | Gesellschaft



Wissenswertes über Scientology

Erfährt man außerhalb des neuen Zentrums, das die Sekte im April 2008 in Düsseldorf eröffnet.

Sie sind aktiv, sie werden vom Verfassungsschutz beobachtet, und sie werden scheinbar mehr: Scientologen, die Anhänger der Lehre von Ron Hubbard.

Sie behaupten: Jeder Mensch werde durch Ereignisse der Vergangenheit in der Entfaltung seiner Persönlichkeit gehindert - und könne diese Blockaden aufbrechen, dank Scientology.

Am Anfang steht oft ein kostenloser Persönlichkeitstest, zu dem die Werber einladen. Es folgen weitere Kurse, häufig gegen Gebühr. Am Ende kann die Abhängigkeit von Scientology stehen.

Nicht zuletzt darum ist die Organisation in Deutschland nicht als Kirche anerkannt, nicht zuletzt deshalb interessieren sich Verfassungsschützer für sie.

Doch Scientology wirbt mit bekannten Mitgliedern wie dem Schauspieler Tom Cruise, und das offenbar erfolgreich; das neu eröffnete Zentrum in Düsseldorf ist mit 900 Quadratmetern etwa drei mal so groß wie das bisher bestehende. Angeblich wegen steigender Nachfrage.

Da Scientology nur beobachtet wird, aber nicht verboten ist, können Lokalpolitiker das neue Zentrum nicht verhindern, wehren sich aber dennoch: durch Information und Aufklärung - zur Vorbeugung, bevor Scientology noch mehr Mitglieder wirbt.

Dirk Bitzer

Thema:
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Herrmannstraße 3
40233 Düsseldorf



2008 | Kultur

Work in Progress

Der Rat der Stadt Köln beschließt am 28. August 2008 erneut den Bau eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur.

Die Mehrheit des Kölner Stadtrates entscheidet: Das Haus und Museum der Jüdischen Kultur soll auf dem Rathausplatz gebaut werden, obwohl es in der Bevölkerung viel Protest gegen diesen Standort gibt.

Entscheidendes Argument für die Wahl des Ortes: Hier befand sich im mittelalterlichen Köln das damalige jüdische Viertel der Stadt.

Über den Bau wird schon länger diskutiert. Aus dem Jahr 2000 datiert der erste Grundsatzbeschluss des Rates, in den Jahren 2001 und 2002 folgten zwei hochkarätig besetzte Symposien zum Thema. Schließlich wurde 2006 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit nochmals im Grundsatz für das Museum entschieden.

Kritiker bemängeln allerdings, dass es für das neue Museum weder eine Konzeption noch eine sichere Finanzierung gibt.

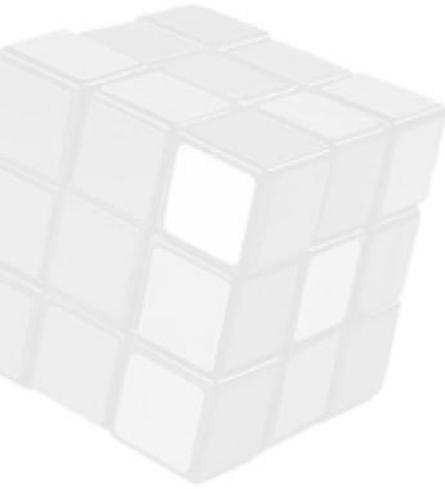
Wolfgang Hippe

Thema:
Köln
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Judengasse 2
50667 Köln



2010 | Politik



Sind wir nicht alle ein bisschen NRW?

„Wir in Nordrhein-Westfalen“ – mit diesem Slogan tritt die CDU unter Jürgen Rüttgers zur Landtagswahl an, um die Macht, die sie 2005 zum ersten Mal seit fast 40 Jahren wieder errungen hat, zu verteidigen. Man präsentiert sich also als ein großes Ganzes mit den Bürgern von NRW – keine schlechte Strategie.

Mit der allerdings der politische Gegner, die SPD, schon mal große Erfolge gefeiert hat: „Wir in NRW“ – so zog die SPD mit Johannes Rau in den 80er Jahren in den Wahlkampf, holte die absolute Mehrheit. Und Johannes Rau wurde, nachdem er dieses Kunststück noch zweimal wiederholt und schließlich fast 20 Jahre Regierungszeit erreicht hatte, endgültig zum "Landesvater".

Was im Vergleich Jürgen Rüttgers 2010 nach fünf Regierungsjahren noch nicht ganz gelungen zu sein scheint. Das jedenfalls zeigt das Wahlergebnis: denn „wir in Nordrhein-Westfalen“ wählen nicht eindeutig!

Weder die amtierende schwarz-gelbe noch die vorherige Rot-Grüne Koalition erhalten eine Mehrheit. Die Optionen Rot-Gelb-Grün – die sogenannte "Ampel"-Koalition – sowie Rot-Grün-Rot – also mit den Linken – werden zwar erwogen, schließlich aber beide verworfen.

So kommt es zum zweiten Mal in der Landesgeschichte zu einer Minderheitsregierung. Die neue rot-grüne Koalition, die sich mit wechselnden Mehrheiten Unterstützung für ihre Gesetzesvorhaben holen möchte, wählt Hannelore Kraft mit einfacher Mehrheit am 14. Juli 2010 zur neuen Ministerpräsidentin.

Die erste Minderheitsregierung in NRW - oder besser: das erste Minderheitskabinett - dauerte übrigens nur sechs Wochen: Der damalige Ministerpräsident Karl Arnold war vom Landtag wiedergewählt worden, bevor eine Koalitionsvereinbarung geschlossen war. So gab es zunächst ab dem 1. August 1950 ein reines CDU-Kabinett, welches am 15. September um Zentrums-Minister ergänzt wurde - dann nämlich erst stand die damalige Koalition.

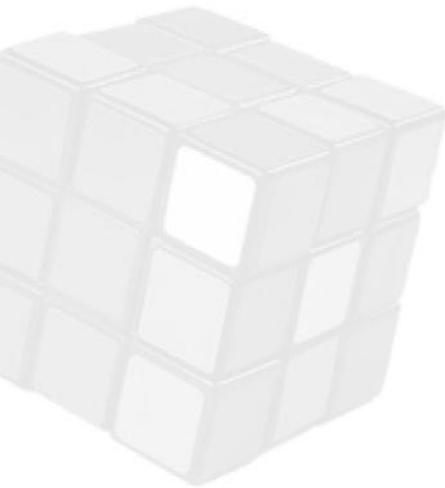
Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



2012 | Politik



Selbstauflösung des Landtags

Am 14. März 2012 ist Schluss: In der zweiten Lesung im Landtag scheitert die Regierung mit ihrem Haushaltsplan für das Innenministerium - er wird abgelehnt. Und damit, was manche überrascht, auch der gesamte Haushalt des Landes NRW.

In erster Lesung hatte die FDP, eigentlich in der Opposition, dem Gesetz noch zugestimmt, in zweiter Lesung dann aber dagegen votiert. Ein Druckmittel, um politische Forderungen an die Regierung durchzusetzen, so die Vermutung, und um anschließend, in der dritten Lesung, vielleicht doch noch zuzustimmen. Auch die Linksfraktion wollte sich ihre endgültige Entscheidung bis dahin noch überlegen.

Falls das der Plan der kleinen Parteien gewesen sein sollte, ging er schief: Scheitert ein Haushaltsplan in zweiter Lesung, sei dieses Ergebnis endgültig, und damit scheitert auch der gesamte Haushaltsentwurf; eine dritte Lesung, eigentlich das Besondere an Haushaltsgesetzen, gäbe es dann nicht mehr - so die maßgebliche, wenn auch nicht unumstrittene juristische Einschätzung.

Wie auch immer: Infolge beschließt der Landtag einstimmig seine Auflösung, es gibt Neuwahlen, bereits am 13. Mai.

Das Wahlergebnis: Die SPD kann stark zulegen, und obwohl die Grünen ein knappes Prozent verlieren und die FDP zwei gewinnt, reicht es jetzt für eine stabile rot-grüne Koalition. Denn die Verluste der CDU sind groß, mit 26,3 Prozent erzielt sie ihr schlechtestes Ergebnis seit 1947.

Neu und erstmals im Landtag: die Fraktion der Piraten mit 7,8 Prozent. Die Piraten verzeichnen die kräftigsten Zugewinne von allen Parteien.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



2013 | Politik

Der Kommunal-Soli

Narren wiegen sich Arm in Arm untergehakt vor dem Landtag zu den Klängen von „Wer soll das bezahlen ...?“ – es ist November 2013, die Aktion aber kein Teil der karnevalistischen Session, sondern ironischer Protest von den Gegnern der neu beschlossenen Abgabe "Kommunal-Soli": 59 reiche, jedenfalls finanziell besser aufgestellte Gemeinden sollen 27 armen Kommunen mit hohen Schulden ab 2014 jedes Jahr 92 Millionen Euro zahlen.

Die Geber-Städte drohen allerdings mit gerichtlichen Klagen, verweisen darauf, dass sie nicht dafür bestraft werden wollen, dass sie besser wirtschaften als andere.

Die Landesregierung widerspricht und verweist darauf, dass das Land einen Großteil der Kosten des kommunalen Stärkungspaktes trage und dass man den Städten schon entgegengekommen sei: Ursprünglich sollten die reichen Städte sogar 180 Millionen Euro zahlen. Doch denen geht es um das Prinzip – und natürlich auch um ihr Geld!

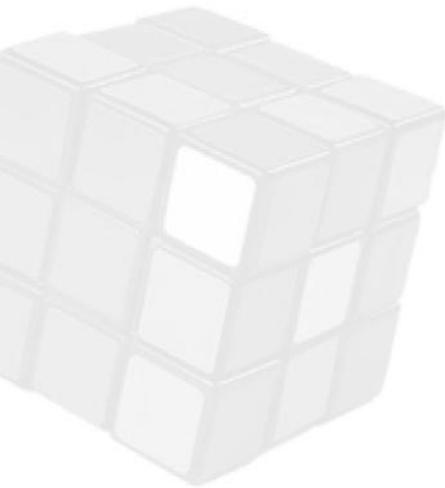
Thema:
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dirk Bitzer



2015 | Politik



Anschlag auf die Demokratie

Ein umgestürzter Eimer mit Rosen, von denen Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker eine gerade ihrem Attentäter gibt, als der zusticht: Dieses Bild bestimmt den zweiten Teil der Kommunalwahlen in NRW 2015.

Im Jahr zuvor der erste Teil, das Besondere an dieser zweigeteilten Wahl: Sie soll zum letzten Mal so stattfinden, denn man will die erst kurz zuvor entkoppelten Wahlgänge von kommunalen Spitzenämtern wie Bürgermeister und Landrat in Zukunft wieder mit denen der Kommunalparlamente gemeinsam durchzuführen.

Davon erhofft man sich eine Kosteneinsparung, und eine höhere Wahlbeteiligung. Also am Ende auch mehr Demokratie.

Wie stark die gefährdet ist, zeigt das Attentat auf Henriette Reker: Drei Parteien - CDU, Grüne und FDP - unterstützen die Sozialdezernentin der Stadt als gemeinsame Kandidatin. Eine breite Mehrheit, ein Ausdruck von Demokratie.

Eine Messerattacke aus der rechten Szene, wegen toleranter Flüchtlingspolitik, kann diese nicht zerstören: Nach kurzer Genesung tritt Henriette Reker ihr Amt als Oberbürgermeisterin an.

Thema:
Köln
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Aachener Straße 460
50933 Köln

Dirk Bitzer



2016 | Medien

70 Jahre NRW - 70 Jahre Demokratie!

Am 23. August 2016 wurde Nordrhein-Westfalen 70 Jahre alt. Wem der Blick in die Landesgeschichte mit den über 1.000 Artikeln dieser Chronik zu umfangreich ist, wird begeistert sein von diesem Film: 70 Jahre NRW schafft der nämlich in nur sieben Minuten!

Gegliedert ist der Animationsfilm - der inklusive Download-Möglichkeit und CC-Lizenz hier zu sehen ist - in fünf Kapitel, zu denen sich natürlich auch in dieser Chronik Infos finden:

Von den Anfängen erzählt "Operation Marriage", von der Rolle des Ruhrgebiets das Kapitel "Von der Waffenkammer zur Wiege des geeinten Europas", über Partizipation berichtet "70 Jahre Mitbestimmung".

Die beiden letzten Kapitel berichten dann über den Strukturwandel und schließlich über das "Einwanderungsland NRW".

Thema:

Nachkriegsgeschichte

Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Wirtschaft und Strukturwandel

Philipp Sanke



2016 | Kultur

Die Ruhrfestspiele werden 70

"Ein Gespenst geht um in Europa, es heißt Angst", stellt Festivalchef Frank Hoffman zum Auftakt der 70. Ruhrfestspiele fest. Dagegen sollen einmal mehr neue Perspektiven und Utopien helfen.

Am Anfang stand ein „Akt der Solidarität“. Bergleute der Zeche König Ludwig 4/5 in Recklinghausen versorgten Hamburger Theater im Winter 1946/47 mit Kohle – etwas außerhalb der Legalität. Im Sommer spielten die Theater dann zum Dank in der Stadt – die ersten Ruhrfestspiele. "Kunst für Kohle" war der Gründungsmythos. Inzwischen gibt es kaum noch Zechen an der Ruhr, König Ludwig wurde 1965 stillgelegt.

Das Renommee die Ruhrfestspiele lebt inzwischen von der Bereitschaft, sich solidarisch immer wieder aktuellen Fragen der Zeit zu stellen und mit der Kunst nach Antworten zu suchen. "Das scheinbar Fremde einer anderen Nation kann durch das Erleben ihrer kulturellen Vielfalt näher gerückt werden", befand der einstige Intendant Hansgünther Heyme schon 1990. Nicht umsonst gehören die Festspiele zu den ältesten und größten Theaterfestivals Europas.

Wolfgang Hippe

Thema:
Ruhrgebiet
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Nachkriegsgeschichte

Ort:
Otto-Burrmeister-Allee 1
45657 Recklinghausen



2016 | Politik

Vom "größten Schutthaufen Europas" zum Land NRW

Am 23. August 2016 wird in Düsseldorf der offizielle Festakt zu "70 Jahre NRW" begangen - mit britischen Gästen.

Es ist ein Geburtstag im Angesicht von zwei politischen Meilensteinen: Der historischen "Operation Marriage", mit der in der britischen Besatzungszone 1946 das für Europa später so wichtige Land NRW gegründet wurde - und dem aktuellen "Brexit", dem Beschluss der Briten vom Juni 2016, aus der Europäischen Union auszutreten.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dankt in ihrer Festrede ausdrücklich den Briten, ihrer "klugen Gründung" des Landes NRW mit einer "gelungenen Balance von Industrieregionen und ländlichen Räumen", die dafür gesorgt habe, dass sich NRW "von Anfang an als ein starkes, wandlungsfähiges Land entwickeln konnte."

Unter den Geburtstags-Gratulanten in der Düsseldorfer Tonhalle ist auch Bundeskanzlerin Merkel: Sie stellt fest, die Briten hätten nach dem Krieg zusammengefügt, was historisch nicht zwingend zusammen gehöre. Also Rheinland und Westfalen. Was sich aber dann doch als Glücksgriff herausgestellt habe ...

Natürlich gratuliert auch ein Vertreter Großbritanniens, nämlich Prinz William, Duke of Cambridge, dem Land NRW zum Geburtstag. Und verspricht, dass mit dem Brexit-Beschluss die guten Beziehungen zwischen NRW und Großbritannien nicht beendet sein werden.

Dirk Bitzer

Thema:
Nachkriegsgeschichte
Düsseldorf
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Ehrenhof 1
40479 Düsseldorf



2017 | Politik

Keine Kraft mehr!

Im Mai 2017 verliert die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die lange Zeit sicher geglaubte Landtagswahl.

Das für alle Beteiligten Positive: Diese Wahl wurde nicht wie so oft von bundespolitischen Themen überschattet, obwohl im Herbst schon die Bundestagswahl ansteht.

Das Negative für die Regierungskoalition: Unter den landespolitischen Themen, die die Wahl zu einem guten Teil mitentscheiden, sind einige Projekte der Landesregierung: So das G8, der um ein Jahr verkürzte Weg zum Abitur, oder die Inklusion, das gemeinsame Unterrichten von Kindern mit und ohne Behinderungen. Wahlkampfthema ist auch die Innere Sicherheit: hier wird an die öffentlichen Diskussionen nach der Kölner Silvesternacht angedockt.

Dem Negativsog dieser Themen kann auch die eigentlich beliebte Ministerpräsidentin Kraft nichts entgegensetzen.

Noch in der Wahlnacht tritt sie von allen Ämtern zurück und macht so den Weg frei für Armin Laschet, Spitzenkandidat der CDU, dessen Beharrlichkeit viele im Vorfeld unterschätzt haben.

Ein weiterer Gewinner der Wahl ist Christian Lindner mit der FDP - trotz seiner Ankündigung, bei einem Wahlerfolg nach Berlin zu wechseln. Die FDP steigert ihren Stimmenanteil um vier Prozent, und für viele überraschend reicht es gemeinsam mit der ebenfalls erstarkten CDU zu einer schwarz-gelben Koalition. Ein Grund dafür ist auch das knappe Ergebnis der Linken, die mit 4,9% gerade so an der 5-Prozent-Hürde scheitert.

Mit der hat die AfD keine Probleme - sie nimmt sie deutlich und zieht erstmals in den Düsseldorfer Landtag ein.

Dirk Bitzer

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



2017 | Wahlen

Wahlergebnis

Landtagswahlen am 14. Mai 2017

Wahlbeteiligung: 65,2%

SPD: 31,2%
CDU: 33,0%
Grüne: 6,4%
FDP: 12,6%
Piraten: 1,0%
Linke: 4,9%
AfD: 7,4%
Sonstige: 3,7%

[Die offiziellen Ergebnisse beim Landeswahlleiter.]

Thema:
Wahlen, Wahlkampf, Parteien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen
Düsseldorf

Ort:
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf



2017 | Medien

Web, Wahl – Bam!

Es ist das Superjahr des Julien Bam: Preise wie Heu, so viel Abonnenten wie nie, und am Anfang eine wichtige Wahl.

Am 12. Februar 2017 ist Webvideoproduzent Julien Bam Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten. Als Promi nominiert von der nordrhein-westfälischen SPD. Die Wahl ist geheim, es darf aber spekuliert werden, dass er zu den 74% der Versammelten zählt, die ihre Stimme Frank-Walter Steinmeier geben.

Dann räumt er am 1. Juni 2017 in Düsseldorf bei der Verleihung des Webvideopreises die meisten Trophäen ab. Julien Bam siegt bei diesem größten Social-Media-Award Europas gleich in drei Kategorien: Interactive, Community, Social Influencer Campaign.

Und schon im folgenden Monat, am 18.07.2017, meldet BRAVO online: „Mega-Erfolg für Julien Bam! Der Youtuber hat die magische Marke von 4 Millionen Abonnenten auf seinem Kanal geknackt.“ Im deutschen YouTube-Portal rangieren vor ihm nur noch je ein Beauty-, Webspiele- und Fußball-Kanal. Aber auf seinem Gebiet – eine Mischung aus Comedy, Musik, Vlog und Tanz – liegt der 28-jährige Aachener 2017 an der Spitze.

Thema:
Medien
Politik in NRW: Akteure und Ebenen

Ort:
Theodorstraße 281
40472 Düsseldorf

Walter Muffler

